

Frédéric Walthard  
Kommentare zu Zeitfragen

# Die Stimme der Anderen

Sammlung der Zeitungsartikel im Jahre 1995

*Wer sein ganzes Lebens damit verbrachte, der Stimme der Kleinen und Schwachen Gehör zu verschaffen; wer immer wieder, aus einer tiefempfundenen Allergie gegen alles Grosse, Mächtige und Beherrschende, versuchte dagegen aufzutreten; wer sich schliesslich stets darum bemühte, in einer verwinkelten Welt eine klare Linie zu verfolgen auch auf die Gefahr hin, überall "anzuecken", der musste unweigerlich ins Abseits geraten, zum Oppositionellen gestempelt werden, um schliesslich, ganz allein auf sich angewiesen, den Mut zu finden, das zu sagen, wozu er sich vor seinem Gewissen den Anderen gegenüber verpflichtet fühlte. In einer Welt, in welcher nur noch Wenige wagen, etwas anderes zu sagen als das, was die herrschenden Meinungsmacher in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Staat als richtig finden, ist es schwer sich selber treu zu bleiben. Die Stimme der Anderen, die Stimme der Kleinen und Schwachen, die Stimme gegen die vorherrschenden Meinung zu erheben, vielleicht aber auch die Stimme der Vernunft und Wahrheit ertönen zu lassen.*

*Die Zeit ist der Meister, der auf die Dauer in jeden Wirrwar Ordnung zu bringen vermag, sagte einmal Corneille und ich bin überzeugt, dass diejenigen, die für ein solidarisch vereintes Europa aber gegen ein supranationales Gebilde sind, unserem Lande als ein selbständiger Bundesstaat mit einer direkten Demokratie einen grösseren Dienst erweisen werden als diejenigen, die meistens aus höchst persönlichen Gründen oder aus Profitdenken ( sie nennen es ein globales - weltweites- Wirtschaftsdenken ) lieber schon gestern Mitglied der EU geworden wären. Und wenn wir wirtschaftlich ins Hintertreffen geraten, dann werden davon nur die ganz Grossen betroffen, die ohnehin ihre Produktion ins Ausland verlegen und durch serienweise Entlassungen Umsatz und Profit erhöhen, denen es aber gleichgültig ist, was aus unserem Volk, unserer noch einigermassen unversehrten und schönen Landschaft, unserer Umwelt sowie der noch, im Vergleich zu unseren Nachbarn, relativen Sicherheit für Leib und Leben unserer Bürger wird.*

## Inhaltsverzeichnis

Seite

I.	Sind jetzt alle fünf Kontinente verrückt geworden?.....	7
II.	Bitte unsere Neutralität nicht mehr beschimpfen.....	11
III.	Direkte Demokratie auf dem Prüfstand.....	15
	<i>Ist der Souverän "überfordert"?</i>	
IV.	Lichtblick für unsere Europa-Politik.....	21
V.	Was ein neutrales Land in Europa vermöchte.....	25
	<i>Stolz auf die Schweiz</i>	
VI.	Reformen - ein neuer Wahlschlager.....	31
VII.	Mazedonien - wieder Brennpunkt im Balkan.....	35
VIII.	Rechts - Links - Mitte: Wie heisst der neue Kurs?.....	41
IX.	Fernseh - Zirkus: Präsidentschaftswahlen in Frankreich.....	45
X.	Ist die Schweiz wirklich weltweit isoliert?.....	53
XI.	Expo 2000: Gelebte Solidarität zwischen Deutsch und Welsch.....	57
XII.	8.Mai 1995: Gedanken zur Zivilcourage im letzten Weltkrieg.....	65
XIII.	Chiracs Ziel: Nationale Erneuerung.....	69
	<i>Nach der Präsidentschaftswahl in Frankreich</i>	
XIV.	"Angst vor Europa"?.....	77
	<i>Nüchterner Realitäts-Sinn statt utopischer Illusion</i>	
XV.	Verfassungswunsch: Bessere Wahlchancen für Parteilose.....	89
XVI.	Wer will schon in die EU?.....	93
	<i>Das Welschland und Europa</i>	
XVII.	Müssen wir die Parlamentarier "Im Sack kaufen"?.....	103
XVIII.	Verfassungsreformen und Parlementsahlen.....	107
	<i>Die Zukunft der direkten Demokratie</i>	
XIX.	Wir brauchen eine Regierungsform.....	115
XX.	Das "Comeback" der Russen auf dem Balkan.....	119
XXI.	Führt an der EU wirklich kein Weg vorbei?.....	123
XXII.	Europa ist Integrationsmüde.....	127
	<i>Die Europäische Integration ist ins Stocken geraten</i>	
XXIII.	"Mut zum Aufbruch" - Wie etwa in Frankreich?.....	135

## SIND JETZT ALLE FÜNF KONTINENTE VERRÜCKT GEWORDEN?

Die letzte Flugzeugentführung, die täglich auf uns einstürmenden Greuel-Meldungen aus Algerien, Bosnien, Tschechien, Ruanda, Palästina und tausenden anderen Orten in Afrika, Asien, Amerika, Europa und sogar Australien und Neuseeland gaben an Weihnachten einer 98 Jahre alten Tante, tief unten im Südwesten Frankreichs, zu folgendem Ausspruch Anlass "jetzt sind alle fünf Kontinente verrückt geworden". Das gewissermassen an Stelle der frohen Botschaft von der Geburt unseres Erlösers. Beim Papst klang es nicht viel zuversichtlicher!

Fünf verrückte Kontinente - erst heute, oder war das schon immer so? Oder sind es die neuen Medien, Radio und Fernsehen, die unsere Welt immer enger in ihr dichtmaschiges, allumfassendes Netz geistiger Indoktrination ziehen und uns so alle noch verrückter machen? Auf jeden Fall lassen sie uns die Verrücktheit unserer Zeit hautnahe miterleben. Das beeindruckt, regt zum *Nachahmen* an. In den seltensten Fällen zum *Sichbessern*!

Wo drückt uns Menschen eigentlich der Schuh? An sich sollte unsere Welt bei dem phänomenalen wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt viel besser sein. Zu-mindest materiell sollten wir in der Lage sein, all das zu produzieren, was es braucht, um die immer mehr Milliarden von Menschen zu ernähren, zu kleiden, mit einem Dach über dem Kopf zu versehen und alles andere bereitzustellen, was sie zu einem menschenwürdigen, sinnvollen und zufriedenen Dasein brauchen.

Die modernen Verkehrsmittel sollten zudem mühelos alle diese Güter und Dienstleistungen, das seit Jahrhunderten angesammelte Wissen und Können an alle, in den noch so entferntesten Ecken unserer Welt verteilen können. Unbekümmert um Rassen und Völker, Sprachen und kulturelle

Entwicklung, Religionen und Ideale. Bei näherem Zusehen und einer etwas gleichmässigeren, vor allem auch gerechteren Verteilung gäbe es eigentlich *für alle von allem genug!*

Trotzdem fehlt es an allem und jedem! Hunger, Not und Elend sind für Millionen von Menschen das tägliche Los eines hoffnungslosen Daseins. Mord und Totschlag, Terror und Völkermord, Angst und Schrecken begleiten alle Menschen, ob reich oder arm vom Anfang bis zum Ende ihres Lebens. Haben unsere Philosophen und Priester doch recht, wenn sie uns einzureden oder "einzubläuen" versuchen, dass wir als geborene Sünder unser Leben lang zu büssen haben, um mit dem Tode eine Chance für das Paradies zu erlangen.

Was für *trostlose Lebenserwartungen!* Da sind alle die Geistesgestörten, Alkoholiker und Drogensüchtigen ebensogut zu verstehen, wie die Geld- Macht- und Genussgierigen unserer permissiven Ueberflussgesellschaft. Nur mit dem Unterschied, dass die einen mehr als die anderen zur Verschlimmerung unseres Elends beitragen. Oder ist es auch da auf beiden Seiten gleich schlimm?

Es gab einmal eine Bewegung, die sich moralische Aufrüstung nannte. Bei den heute flutartig auf uns zurollenden Sekten besteht diese Bewegung vielleicht immer noch. In der ursprünglichen oder in einer neuen noch viel bunterschillernden Form. Sicher täten uns und der Welt etwas mehr *Moral, Geistigkeit* und *Idealismus* und etwas weniger *Materialismus*, exaktes wissenschaftliches Denken, kaltes Berechnen und gieriges Zusammenraffen materieller Dinge gut. Was immer die Lösung ist, sie kann nur helfen, wenn sie alle Menschen erfasst. Sonst versinken wir wieder in die zahllosen Konflikte zwischen moralisch und nicht moralisch denkenden und handelnden Menschen. Diesen Unterschied sollten wir von unserer frühesten Kindheit an erkennen und vermeiden lernen.

Das wäre jedenfalls eine verdienstvollere Aufgabe für unsere Medien als uns zu robotisierten und standardisierten Konsumenten und Bürgern zu erziehen.

Genug mit diesem Gefasel, das sogar für den Beginn eines neuen Jahres zu viel sein könnte. Die Alternative? Im bisherigen selbstzerstörenden Tramp weiterfahren? Damit die fünf Kontinente noch verrückter werden? Oder endlich mit dem *Umdenken* und *Umschwenken* anfangen?

Original Text vom 26. Dezember 94  
publiziert am 5. Januar 95 in Basellandschaftlichen Zeitung.

## II

### **BITTE UNSERE NEUTRALITÄT NICHT MEHR BESCHIMPFEN!**

Leider gehört es neuerdings zum guten Ton - offenbar um fortschrittliches Denken unter Beweis zu stellen - sich über unsere Neutralität lustig zu machen. So war kürzlich in einer schweizerischen Tageszeitung zu lesen "mit dem Ende des kalten Krieges und dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks habe die Schweiz fast über Nacht "ihre neutrale Nische verloren". Damit sei auch das Ende des "*beschaulichen schweizerischen Nischendaseins zwischen den Blöcken*" gekommen.

Seit dem Fall der Berliner Mauer und der inzwischen durch die Realitäten (Bosnien, Tschetschenien) widerlegten Illusion einer Beendigung des Kalten Krieges ist unsere Neutralität immer wieder als unnötig und als Hemmschuh für unsere Beteiligung an einem geeinten Europa angegriffen worden. Der Ton hat zwar inzwischen mit den andauernden und neu ausbrechenden Konflikten, insbesondere der beschämenden Entwicklung in Bosnien, etwas geändert. Mit der Armereform wird die Notwendigkeit einer wehrhaften Schweiz wieder anerkannt. Dank der Standhaftigkeit unseres neuen Bundespräsidenten ist der Gedanke einer *bewaffneten Neutralität* noch nicht ganz abgeschrieben.

Die Verdienste unserer Neutralität seit ihren Anfängen beim Westfälischen Frieden (1648), besonders aber seit dem Wienerkongress (1815) und der zweiten Pariser Konferenz (1815) sollten auf jeden Fall nicht nur als ein "beschauliches schweizerisches Nischendasein" abgetan werden. Unser Land hat sowohl für unsere Armee als auch für die stets sorgfältig eingehaltene Neutralität grosse Opfer erbracht. Diesen Opfern ist es zu verdanken, dass wir auch heute noch für tausende von Flüchtlingen einen Zufluchtsort zu bieten vermögen, der von den meisten Konfliktparteien, welcher Art sie auch seien, respektiert wird.

Denjenigen Medienschaaffenden, die unsere bewaffnete Neutralität und damit auch unsere Armee als rückständig belächeln, sollte die Frage gestellt werden, was sie tun würden, wenn irgendeine Macht durch terroristische, subversive Aktionen unser Land vom übrigen Ausland abblocken und versuchen würde, durch Drohungen mit Atom-, oder anderen, z.B. chemischen, bakteriellen Waffen oder die Geiselnahme einzelner Dörfer, Städte oder Regionen die Herrschaft über unser Land an sich zu reißen? Die Frage ist vor allem, wer in Europa oder in der Welt dann bereit wäre uns mit einem *raschen, massiven militärischen Einsatz* zu helfen? Oder würde es uns so gehen, wie in Bosnien oder Ruanda und an allen anderen Konfliktorten der Welt?

Glauht bei uns wirklich irgend jemand daran, dass wir als Mitglied der EU auf mehr als nur Erklärungen, Drohungen, diplomatische und humanitäre Aktionen rechnen können? Das besonders dann, wenn in einigen Jahren die Grossen in Europa hilflos unter sich zerstritten sein werden, ein neuer russischer Imperialismus sich im Osten ausbreitet oder ein islamisch-ottomanisches Reich vom Balkan her auf uns zurollt. Besonders dann, wenn wir im Vertrauen auf die Hilfe der anderen Europäer unsere Armee abgebaut oder einer multilateralen Organisation eingeordnet haben? So wie es den Finnen oder den Oesterreichern gehen könnte, obwohl ihre Gefährdung noch viel grösser wäre als die unsrige? Vergessen wir auch nicht, dass sich bosnienartige Situationen nicht in Form offener weltumfassender Kriegserklärungen und Angriffen, sondern in einer Vielfalt schwer fassbarer, meistens sich aus dem *Untergrund entwickelnder lokaler Konflikte* entstehen.

Krankhafte oder utopistische Schwarzseherei? Das ist bei den politischen Verhältnissen und modernen Kommunikationsmitteln unserer Zeit gar nicht so sicher. Sicher ist aber, dass bei der Entwicklung solcher Situationen rasch



und frühzeitig eingegriffen werden muss. Das ist nur möglich, wenn man selber über die notwendigen modernen militärischen Mittel verfügt und den *Wehrwillen* im Volk nicht einschlafen lässt. Einmal mehr gilt der Grundsatz, dass sich letztlich jeder bzw. jedes Land nur selber helfen kann! Und die beste Prävention ist, dass man von den anderen für seinen *neutralen Unabhängigkeitswillen* respektiert wird.

Das ist auf jeden Fall kein beschauliches Nischendasein, sondern die Fähigkeit jedes Landes für Ruhe und Ordnung bei sich selber und gegenüber allen Angriffen von aussen zu sorgen. Eine wirksame internationale Friedensordnung wird letztlich nur dann möglich sein, wenn sich alle Staaten zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit zu einer, auf das genaueste beachteten bewaffneten Neutralität bekennen.

Original Text vom 28. Dezember 94  
publiziert am 9. Januar 95 Basellandschaftlichen Zeitung.

### III

#### **DIREKTE DEMOKRATIE AUF DEM PRÜFSTAND Ist der Souverän "überfordert"?**

Seit dem EWR-NEIN vom 6. Dezember 1992 häufen sich die Forderungen nach einer Totalrevision der Bundesverfassung. Namhafte Staatsrechtler sehen die *direkte Demokratie als "überfordert"*: das Volk sei nicht mehr länger in der Lage, zu den komplexen Fragen unserer Zeit sachgerechte Entscheidungen zu treffen. Das *direkte Stimmrecht sei einzuschränken*, in internationalen Angelegenheiten sogar ganz abzubauen, um ein völkerrechtswidriges Verhalten der Schweiz zu vermeiden.

Kürzlich hat der Bundesrat die Karten auf den Tisch gelegt: Noch 1995 soll eine Totalrevision an die Hand genommen werden. Verschiedene Arbeitsgruppen sollen sich mit den wichtigsten Themenkreisen befassen. Im Vordergrund stehe insbesondere das "Überdenken" der Volksrechte. Auch wenn der Bundesrat eine breite Aussprache mit dem Volk in Aussicht stellt, wäre der Stimmbürger gut beraten, die entsprechenden Schritte der im Verbund mit Bundesverwaltung und den Medien operierenden *Classe politique* äusserst aufmerksam zu verfolgen.

#### **Dubiose Machenschaften**

Wir müssen damit rechnen, dass die herrschende Schicht in unserem Lande nichts unversucht lassen wird, um einen *Grundsatzentscheid des Volkes "Totalrevision: Ja oder Nein"* zu verhindern. Gemäss der geltenden Bundesverfassung kann eine solche Volksbefragung vermieden werden, wenn Ständerat und Nationalrat den Auftrag zur Einleitung der Totalrevision gemeinsam und übereinstimmend erteilen. Bundesversammlung, Bundesverwaltung, Parteien und weitere gezielt dazu eingeladene Kreise bestimmen dann allein, in welche Richtung die Totalrevision voranzutreiben sei, welche Tendenz der neue Verfassungstext bekommen soll, der schliesslich in seiner

Gesamtheit

gewissermassen als vollendete Tatsache dem Volk zur Genehmigung vorgelegt wird.

Würde lediglich nur eine der beiden Kammern der Bundesversammlung der Totalrevision zustimmen oder wird diese mit dem Mittel der Volksinitiative gefordert, dann müsste *obligatorisch zuerst das Volk befragt* werden, ob eine *Totalrevision überhaupt* an die Hand zu nehmen ist. Im bejahenden Falle wären beide Räte der Bundesversammlung NEU zu bestellen. Damit soll jede Willensdiskrepanz zwischen der amtierender Bundesversammlung und dem Volk ausgeschaltet werden, weil die amtierende Bundesversammlung keine Garantie für die Ausarbeitung der Verfassung im Sinn und Geist der Initianten - eben des Volkes - zu bieten vermag.

Fast scheint, als hätten die Väter der noch geltenden Verfassung den heute bestehenden *tiefen Graben des Miss-trauens und der zunehmenden Entfremdung zwischen dem Souverän (dem Volk) einerseits und dem Bundesrat, der Bundesversammlung*, insbesondere der *herrschenden Classe politique* andererseits in der Frage der Unabhängigkeit unseres Landes vorausgesehen.....

Wir Stimmbürger müssen deshalb gerade jetzt sehr darauf aufpassen, dass uns dieses Mitspracherecht nicht vor der Nase weggeschnappt wird, ... was leider seit der Veröffentlichung dieses Artikels geschehen ist!

### **Verwässerung der direkten Demokratie**

Welche *Rolle die Classe politique dem Volk* in Zukunft noch zu spielen erlauben möchte, zeigte sich einmal mehr anlässlich der im Eiltempo erfolgten Genehmigung des GATT - Abkommens bzw. des Beitritts der Schweiz zu der neuen Welthandels - Organisation, der WTO. Dabei handelt es sich nicht mehr nur um ein weiteres Handelsabkommen, sondern um den Beitritt zu einer zusätzlichen multilateralen Organisation - als ob es deren nicht

schon genug gäbe. Zudem ist das eine Organisation, die trotz den "dicken" und äusserst positiven Berichten aus Bern, unter dem Strich für unser Land, abgesehen von den ganz grossen MULTI- bzw. TRANS - NATIONALEN UNTERNEHMEN mehr *Nachteile, Pflichten und Kosten als Vorteile* bringt. Wir "braven" Schweizer dürfen dann unter dem Regime dieses neuen GATT-Abkommens (Uruguay - Runde) und der WTO direkt und indirekt (wenn der Sitz in der Schweiz bleibt) verhältnismässig viel mehr als die anderen zahlen, genau so wie wir gemäss dem GATT - Prinzip der Meistbegünstigung für die *Zollreduktionen zugunsten aller Mitgliedstaaten massive Zoll - Konzessionen auf Kosten der kleinen Unternehmen, insbesondere der Bauern und des Gewerbes*, zu erbringen haben. Auf jeden Fall hätte der Bundesrat oder das Parlament korrekterweise beschliessen sollen, das Abkommen der Uruguay-Runde und der WTO obligatorisch dem Volk zur Genehmigung vorzulegen! Schliesslich handelt es sich um einen Beitritt auf unbegrenzte Zeit. Es ist das genau die gleiche *Um-gehung des Souveräns* wie bei der Überführung der vom Volk 1992 abgelehnten Eurolexbestimmungen als Swisslex in unsere Gesetzgebung, die einzeln, weil 1992 abgelehnt, erneut dem Volk zur Genehmigung hätten vorgelegt werden müssen. Das ist 1993 bei der Uebernahme als "Swisslex" nicht getan worden.

Mit derartigen Umgehungen des Volkes wird die direkte Demokratie verwässert, die gleichzeitig - weil sie derartige Machenschaften der Classe politique zu verhindern vermag - von hohen Beamten, Wirtschaftsführern, immer mehr Politikern, Rechtsgelehrten und Experten, vor allem aber auch von der Mehrheit der Medien lächerlich gemacht wird: sie sei nicht mehr zeitgemäss, sie sei eine zur "Moderne" (ein von den besonders kunstbeflissenen Mitglieder der Classe politique der modernen Kunstsprache entlehnter Begriff um unsere "Post - Postindustrielle" Gesellschaft des anbre-

chenden 21. Jahrhunderts zu bezeichnen ) nicht mehr passende Institution....

Dabei beneiden uns immer mehr Länder um unsere direkte Demokratie und unternehmen alle Anstrengungen, um das System von Volks- Initiativen und Befragungen bei sich einzuführen, wie besonders in Frankreich und Deutschland, aber auch in den wieder befreiten mittel- und osteuropäischen Staaten. Vielleicht nicht zuletzt auch deshalb, weil sie erkannt haben, dass die um sich *greifende Korruption und insbesondere die unentwirrbare Verfilzung in Verwaltung, Politik und Wirtschaft* nur noch durch eine vermehrte *direkte Mitsprache des Volkes* auch in ganz kleinen Fragen bekämpft werden kann. In diesem Sinne äusserte sich der französische Premierminister Edouard Balladur bei der Einführung seines ersten Massnahmenpakets gegen die Korruption in Frankreich.

### **Das Volk ist immun**

Die Gegner der direkten Demokratie halten "Durchschnittsbürger und Bürgerinnen" für unfähig, die komplexen Probleme unserer Zeit, eben der "Moderne", zu verstehen, geschweige denn die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen und entsprechend zeitgerechte und untereinander abgewogene Entscheidungen zu treffen. Die Menschen - sagen sie - seien leicht beeinflussbar und würden - ein Argument, das immer dann besonders laut ertönt, wenn sich die regierende Schicht vom Souverän im Stich gelassen fühlt - allzuleicht oberflächlicher, populistischer Vereinfachung zum Opfer fallen.

Das stimmt vielleicht in einem gewissen Ausmass bezüglich dem, was uns von den Behörden und von den Medien serviert wird. Aber auch hier manifestiert sich etwas, das von vielen Soziologen und Politologen als eine *Art transzendente von Mensch zu Mensch fliessende Meinungsbildung* bezeichnet wird: ein *akutes Einfühlungsvermögen in Zeitprobleme* und insbesondere ein erstaunlich unbe-

einflussbares Abwehrverhalten gegenüber allzu *massiver Indoktrination* - selbst, wenn diese von den Massenmedien ausgeht. Der einzelne Mensch mag sich vielleicht den Methoden moderner Meinungsbeeinflussung vielfach hilflos ausgesetzt wähnen. Als Teil einer historisch entstandenen, im Laufe von Jahrhunderten in die politische Verantwortung hineingewachsenen Gruppe von Menschen hat er aber eine *bemerkenswerte Sicherheit entwickelt, von Machtstreben geleitete politische Manipulationen zu durchschauen*. Einfach gesagt, der Souverän, das Stimmvolk als Ganzes, lässt sich nicht so leicht ein X für ein U vormachen.

In einer Gesellschaft - und das gilt besonders für die direkte Demokratie, wo jedes Mitglied die Verantwortung für das Ganze, den Staat mitträgt - verfallen Einzelne der Korruption, niemals aber können alle Mitglieder einer Gesellschaft bzw. alle Mitbürgerinnen und Mitbürger *gesamthaft korrumpiert* werden. Gerade diese Tatsache müsste alle Gelüste, die direkte Demokratie auszuhöhlen oder gar zu beseitigen, im Keim ersticken. Das gilt besonders für unsere von Materialismus und Korruption geprägte Zeit.

### **Verstärkung der Volksrecht**

Das allein sollte Grund genug sein, um das direkte Stimmrecht des Volkes auszubauen, nicht einzuschränken. Natürlich sind alle Machthabenden darauf aus, dieses der direkten Demokratie innewohnende *Sicherheitsventil* zu beseitigen, das schon in so mancher Volksabstimmung jenem gesunde Misstrauen zum Durchbruch verholfen hat, das schliesslich jede gefährliche Machtballung in unserem Lande verhinderte.

Wenn also heute eine Totalrevision der Bundesverfassung in die Wege geleitet werden soll, dann darf dabei einzig das Ziel anvisiert werden, dass unsere direkte Demokratie

noch mehr gegenüber allen Angriffen gefestigt wird und dass jenes immer undurchdringlicher gewordene *Gestrüpp von Gesetzen und Verordnungen*, die im Lauf der vergangenen Jahre und Jahrzehnte unter Umgehung des Souveräns geschaffen worden sind, kräftig ausgelichtet wird: damit der Souverän, das Stimmvolk, auf der Grundlage der direkten Demokratie wieder zum eigentlichen Gesetzgeber im Lande wird!

## IV

### LICHTBLICK FÜR UNSERE EUROPA-POLITIK

Eine viel weniger ambitiöse, dafür umso realistischere Marschrichtung für unsere Europapolitik zeichnete sich am Davoser Seminar bei den Gesprächen von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz mit dem neuen Präsidenten der EU-Kommission Jacques SanTERS ab. Endlich ein *Lichtblick*, der weniger von Brüssel als von Bern her kommt.

Offenbar wird jetzt nicht nur von den Verantwortlichen in Bern, sondern auch von den in Davos anwesenden führenden Persönlichkeiten unserer Wirtschaft und Politik erkannt, dass die Mitgliedschaft in der EU nicht der einzige Weg für den Zugang zum grossen europäischen Markt und der Mitarbeit an einem neuen Europa ist. Auch die bilateralen Verhandlungen werden neuerdings eher etwas skeptischer beurteilt. Dafür besinnt man sich auf das immer noch gültige *Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der EU aus dem Jahre 1972*.

Als ein am Integrationsprozess massgeblich beteiligter schweizerischer Staatsmann anlässlich der Schwierigkeiten in den EWR-Verhandlungen über seine Meinung befragt wurde, stellte er die Gegenfrage, ob denn dieses Freihandelsabkommen immer noch in Kraft sei. Als dies bejaht wurde meinte er, was man denn eigentlich noch mehr brauche? Ähnlich äusserte sich Margaret Thatcher zu wiederholten Malen, indem sie die Meinung vertrat, die Erweiterung der EU könne ebensogut mit einer etwas besser ausgebauten Freihandelszone sichergestellt werden. Inzwischen hat sich auch der frühere Präsident der Kommission, Jacques Delors, zu einer ähnlichen Meinung durchgerungen, auf jeden Fall inbezug auf die mittel- und osteuropäischen Staaten. Je näher sein Rücktritt war, desto klarer sagte er dies und erwähnte sogar, wenn auch seiner Art entsprechend nur in einem Nebensatz, an einem Fernsehgespräch diese Lösung für die Schweiz!



Umso erfreulicher ist es, dass jetzt der für unsere Aussenwirtschaftspolitik verantwortliche Bundesrat einen weiteren Ausbau des Freihandelsabkommens von 1972 wieder in Erwägung zieht. Offenbar wird das auch vom neuen Kommissionspräsidenten nicht zum vorneherein kategorisch abgelehnt. Ganz allgemein scheint die Meinung vorzuherrschen, dass die grossen schweizerischen multinationalen Unternehmen ohnehin bereits ihre Lösung für ein Tätigwerden auf dem grossen Markt mit der Gründung von Niederlassungen in der EU gefunden haben und dass es nunmehr darum gehe, den kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu diesem Markt zu ermöglichen. Die Idee *eines Ausbaus der Freihandelszone* zwischen der Schweiz und der EU erhält damit neuen *Auftrieb*.

Wie immer sich diese ersten Verlautbarungen in konkrete Aktionen umsetzen, werden sie viele Schweizer aufatmen lassen... endlich löst man sich von der allzu übertriebenen Bindung an institutionelle Lösungen, wie Beitritt zur EU oder dem EWR, und gibt wieder einem pragmatischen, dafür umso konkreteren Vorgehen den Vorzug. Gelingt es Bundesrat Delamuraz und seinen Mitarbeitern das Freihandelsabkommen von 1972 an die seitherige Entwicklung in der EU anzupassen, dann werden nicht nur die meisten Probleme zwischen der Schweiz und den ehemaligen Efta-Mitglieder gelöst werden, sondern gleichzeitig kann ein, besonders auch auf dem schwierigen Gebiet der *Ur-sprungszeugnisse "A jour"- gebrachtes Abkommen* als Muster für Lösungen mit den ost- und mitteleuropäischen Staaten dienen.

Eine intensive Zusammenarbeit zwischen einer blockfreien und weltoffenen Schweiz mit seinem oesterreichischen Nachbarn als EU- Mitglied könnte sich dabei auf die dringend benötigte Brückenfunktion für Westeuropa zu diesen Staaten, insbesondere auch dem Balkan, sehr positiv auswirken. Vor allem wenn es gelingt, diese Staaten als

neue Mitglieder der jetzigen Rumpf-Efta aufzunehmen und in eine Freihandelszone mit der EU einzubauen. Daraus könnte für unser Land eine verdienstvollere Aufgabe für die Zukunft Europas erwachsen als das "Zwängen" für einen gar nicht notwendigen EU-Beitritt um jeden Preis! Zudem würden die Thesen aus der Zeit vor dem EWR-Vorschlag Delors bestätigt werden, wonach die Freihandelsabkommen der Efta-Staaten mit der EU, ergänzt durch eine weitere Liberalisierung des Welthandels im Rahmen des Gatts genügen, den Zugang zum grossen europäischen Markt sicherzustellen.

Original Text vom 30. Januar 95  
publiziert am 6. Februar 95 Basellandschaftliche Zeitung.

## WAS EIN NEUTRALES LAND IN EUROPA VERMÖCHTE Stolz auf die Schweiz

Politik und Geschichte sollen nichts mit Träumen zu tun haben. Trotzdem gehen alle grossen geschichtlichen Errungenschaften auf *Träumereien* zurück. So der *Traum der Urchristen auf Frieden und Gerechtigkeit*, einer Gesellschaft christlicher Gegenliebe. Auch der *Islam begann mit dem Traum einer neuen, mutigen, moralisch sauberen Gesellschaft* der Bewährung für das Paradies nach dem Tod. Die *französische Revolution*, so blutig sie leider endete, begann mit *dem Traum von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit*. So gäbe es noch viele Träume ...

### Die Schweiz hat noch eine Zukunft

So auch der Traum von einer *glorreichen Zukunft der Schweiz*. Denn wir sind fest davon überzeugt, dass dieses *kleine Land noch eine Zukunft hat!* Ganz im Gegensatz zu dem Gejammer weinerlicher Bürger ob dem selbstgewollten Ausschluss aus einem Europa aus dem niemals ein geeinter, und für Frieden und Ordnung sorgender europäischer Staat werden kann, weil ein zentralistischer Superstaat auf unserem Kontinent nicht lebensfähig, auf jeden Fall nicht wünschbar ist - man denke nur an Napoleon, Hitler und all die anderen Imperien in der Geschichte EEuropas. Die hochtrabenden Worte am Eurogipfel in Essen vermögen dies ebensowenig zu verdecken wie das klägliche Verhalten in Bosnien. Brüssel mag für jene interessant sein, die eine marktbeherrschende Position anstreben. Eine neue, wirklich demokratische Ordnung, die auch kleinen und hilflosen Ländern und Völkern Schutz und Sicherheit gewährt, vermag Brüssel nicht zu schaffen. Es versagt schon, wenn es darum geht, die im europäischen Osten vom sowjetischen Imperium befreiten Staaten wirklich in eine kontinentale Ordnung als gleichberechtigte Mitglieder aufzunehmen.

## **Die Demokratie in Europa erneuern**

Statt voreilig ihre wesentlichen Pfeiler der direkten Demokratie einer Brüsseler Zentralbürokratie zu opfern, sollte die Eidgenossenschaft in gut schweizerischer Tradition heute ihren Willen zur Unabhängigkeit, *ihr Bekenntnis zu einer föderalistischen Staatsordnung mit direkter Demokratie* demonstrativ unter Beweis stellen. Anstatt mit aller Gewalt das, was heute unser Staatswesen ausmacht und um das uns unter vielen anderen Jacques Delors, der vielgefeierte Präsident der Kommission in Brüssel, bei seinen Reformplänen für Frankreich beneidet, auf den Opfertisch der Eurokompatibilität zu legen, sollten wir in gut eidgenössischer Art des Mittelalters auf unsere Hinterbeine stehen, trotzig wie unsere Vorväter - oder wie die Inner-schweiz bei der Alpeninitiative - den Vögten und Fürsten zeigen, dass wir auch heute nicht mit uns herumspielen lassen. Genau gleich, wie die Serben der ganzen internationalen Gemeinschaft von der UNO bis zur Nato gezeigt haben, dass entschlossene Frauen und Männer sich durch noch so moderne Waffen nicht einschüchtern lassen. Oder haben die modernen Eidgenossen, durch ihre während Jahrhunderten erbrachte eigene Arbeit reich geworden, etwa Angst bekommen, ihre Freiheit zu verteidigen, weil sie fürchten, dabei vielleicht etwas von ihrem Wohlstand zu verlieren oder unbequemes auf sich nehmen zu müssen... bei der Verteilung des grossen, uns von Brüssel vorgegugelten Wirtschaftskuchens zu kurz zu kommen. Die Befürworter eines EU-Beitritts haben scheinbar vergessen, dass *wirklicher Mut die Bereitschaft ist, alles was man hat, sogar das eigene Leben, aufs Spiel zu setzen*, wenn es darum geht, althergebrachten Rechte von Freiheit, Gleichheit und Unabhängigkeit zu bewahren.

## **Es fehlt an Mut**

Gelingt es uns - auch den Regierenden in Bern - zu diesem Mut zurückzufinden, dann könnten wir auch selbstbe-

wusst einen Beitrag leisten zur Sicherung der Freiheit in Mittel- und Osteuropa, indem wir helfen, eine Verfassung nach schweizerischen Muster aufzubauen. Eine Ordnung, bei welcher das Volk der oberste Souverän ist. Mit allem, was dazu gehört von der Initiative, Referendum und einer Art von Ständemehr, das den Minoritäten ein geschütztes Mitspracherecht gibt. Solche Staaten sollten gleich wie wir, die anderen Staaten und deren Bürger als gleichbrechtigt anerkennen und ihre Andersartigkeit respektieren.

Warum sollte es der Schweiz nicht gelingen, durch aktive Mitarbeit, massive wirtschaftliche und finanzielle Hilfe die mittel- und osteuropäischen Staaten auf diesen Weg zu bringen. Zunächst wirtschaftlich durch eine speziell angepasste Organisation wirtschaftlicher Zusammenarbeit (OECD in Paris), eine Freihandelszone und ein gemeinsamer wirtschaftlicher Entwicklungsfonds. Der Weg, der dann im nächsten Jahrhundert die Grundlage bieten würde, diese Staaten zu einer starken wirtschaftlich und politischen Gemeinschaft, einem nicht supranational, sondern von unten nach oben aufgebauten *Staatenbund unabhängiger und einander gleichberechtigter Klein - Staaten* zusammenzubringen.

### **Eine wirklich neutrale Macht**

Mit der Zeit könnte daraus eine auch militärisch starke Koalition gegen jegliche Hegemonietendenzen auf unserem Kontinent werden: ein starker, aber strikte neutraler Gürtel zwischen dem vornehmlich unter deutschem und französischem Einfluss bewirkten "Drang nach Osten" der Europäischen Union und dem bereits jetzt wiedererwachten ( wie in Tschetschenien ) russischen Imperialismus. Dieser Zusammenschluss *europäischer Kleinstaaten* könnte in den nächsten Jahrzehnten einen massiven Zulauf von all denjenigen Mitgliedern der jetzigen EU erhalten, die einfach genug haben von den dank der supranationalen

Struktur auf ihrem Buckel und auf ihre Kosten ausgetragenen Machtkämpfen zwischen den Grossen in Europa und deren weltweite Abenteuer und Konflikte mit der übrigen Welt, angefangen vom fernen Osten, den USA, Lateinamerika, dem vorderen Orient, das ganze Mittelmeer bis zu Australien, Afrika und die Antarktis. Niemand wäre verwundert, wenn es gerade die Oesterreicher und die Finnen, aber auch die Dänen und die Beneluxstaaten wären, die als erste zu dieser Koalition europäischer Kleinstaaten zurückkehren möchten.

### **Alles nur ein Traum**

Das alles ist ja nur ein Traum - aber vielleicht ein Traum, der uns heute in der Schweiz besser tun würde als all das Gejammer um die angeblich verloren gehenden Marktanteile einer sich ungesund aufblähenden EU. Kein Traum ist aber die Tatsache, dass die Kleinstaaten Europas *NIEMALS* mit den Grossen, zu denen neben Deutschland, Frankreich und Grossbritannien auch noch Italien und Spanien von ihrem Gehabe her gehören möchten, *gleichberechtigt* zusammenleben können. Das kann mit noch so hochfliegenden Plänen eines Mitterand, Kohl oder Delors nicht weggeredet werden! Auch nicht von der Europa Stiftung, die Bundeskanzler Kohl für seinen Freund Jacques Delors als Präsident gründen will.

Also besser einen eigenen Club der Kleinstaaten aufbauen. Da soll man uns auch nicht mit dem Argument kommen, die Kleinen wären dazu nicht stark genug. Die alten Eidgenossen haben es bereits und neuerdings die Serben in Bosnien gezeigt, wer nichts zu verlieren hat - und das wäre der Fall in einem Europa, das supranational von den Grossen beherrscht wird - der ist auch bereit aufs Ganze zu gehen. Spätestens, wenn die supranationale EU zu einem Scherbenhaufen in sich zusammengefallen ist, wird der Zeitpunkt gekommen sein, aus dem *Nichts ein wirklich*

*neues Europa* wenigstens der Kleinstaaten als Gegengewicht zu den Grossen aufzubauen... nur ein Traum oder der Anfang einer neuen Realität und Zielsetzung für die Schweiz und alle Kleinen in Europa vom Atlantik bis zum Ural?

Auf jeden Fall ein Wunsch für 1995 und die Jahrzehnte danach...

Original Text vom 11. Dezember mit redaktionellen Änderungen  
publiziert am 10. Februar Schweizerzeit.

## VI

### REFORMEN - EIN NEUER WAHLSCHLAGER

Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich haben *ein neues Werbeprodukt* in Mode gebracht. Es heisst *Reformen*. Entweder in der nüchternen Art eines Balladur der Anpassung oder Erneuerung ohne Bruch mit dem Bisherigen oder in der brutalen Art Chiracs, der lautstark umwälzende, buntschillernde Änderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in die Zukunft blendet. Dazwischen die Sozialisten, mit neuerdings Lionel Jospin an der Spitze, die vor allem im sozialen Bereich einen Ausbau des bisher erreichten und weltweit höchsten Standards staatlicher Fürsorge versprechen; Jean-Marie Le Pen, der mit seinem als rechtsextrem bezeichneten Nationalismus in Konkurrenz steht mit Phillip de Villiers, der unter Reformen eine Rückkehr zu vielen guten und alten französischen Traditionen von Familie, Sparsamkeit, Anständigkeit (radikale Ausmerzungen jeder Korruption), einschliesslich einem Schutz der Souveränität Frankreichs vor dem supranationalen Brüssel, versteht.

Bei näherem Zusehen zeigt sich, dass diejenigen, die möglichst radikalen Reformen das Wort sprechen und sich so als mutig, dynamisch und fortschrittlich präsentieren möchten, nicht viel anderes vorschlagen, als die anderen bescheidener, dafür sachlicher und wirklichkeitsnaher auftretenden Kandidaten. Oder wie es ein Politologe formulierte es sei leicht bei Wahlen den Mund voll zu nehmen, schwieriger dann *nach den Wahlen das Versprochene einzuhalten* (wie sich das schon in den ersten zwei Monaten nach der Wahl Chiracs, zur grossen Erbitterung der Franzosen, gezeigt hat und die Popularitätsquoten Chiracs auf 32% und diejenige seines Premierministers Juppé auf 31% gesunken sind).

Die sonst eher hellhörigen und sich nicht so leicht aufs Glatteis führen lassenden *französischen Wähler schei-*



Jahre dauernden Präferenz für den nüchternen Balladur, scheinen sie auf das Spektakel eines Chirac oder die Versprechungen der Sozialisten hereinzufallen, obwohl Balladur in zwei Jahren zur Gesundung von Wirtschaft und Finanzen mehr geleistet hat als dies während des 14-jährigen Regime Mitterands der Fall war.

Erneut bahnt sich eine Situation an, bei welcher die im Hintergrund von Mitterand orchestrierte Treibjagd Chiracs gegen Balladur wiederum einen Sozialisten an die Spitze des Staates bringen könnte. Obwohl die Mehrzahl der Franzosen das nicht wollen und sich noch genau daran erinnern, dass *Chirac nicht der Gewinnertyp gegenüber den Sozialisten* ist, scheinen sie alle irgendwie von dem für sie magischen Wort der Reformen geblendet zu sein. An sich verständlich, wenn die prekäre Lage einiger Schichten des sozialen Gefüges und die damit verbundenen Unruhen, besonders bei den Jugendlichen, den Arbeitslosen und den marginalisierten Einwohner von Vorstadtquartieren, meistens zu einem beträchtlichen Teil sich illegal im Land aufhaltenden Ausländern, berücksichtigt wird.

Ganz allgemein scheinen breite Kreise der französischen Gesellschaft irgendwie mit ihrem "*grauen*" *Alltag unzufrieden* zu sein. Trotz all dem Fortschritt in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik und den damit verbundenen Annehmlichkeiten. Oder ist es gerade der dadurch bewirkte Materialismus und die geistige Leere, welche unsere postindustrielle Gesellschaft charakterisiert und die Sehnsucht nach einer Aenderung weckt?

Werbeleute und Medien kennen diese *Sehnsucht* der Menschen ganz genau. Naheliegend, dass sie diese auch bei den Werbeprogrammen für die Politiker ausnützen; ihnen die schönen Worte von Reformen für eine bessere Zukunft in den Mund legen, obwohl sie ganz genau wissen, dass beim heutigen Stand der Dinge auf unserer

dem vorherrschenden Materialismus und geistiger Leere, Reformen gar nicht so leicht sind und dass zum Überleben mit Vorteil am bisher Bewährten festzuhalten ist.

Denn bei den dem Wähler vorgegaukelten Reformen ist es gleich wie mit den wunderschönen Bildern auf Reisespektakeln, die in Wirklichkeit meistens ganz anders aussehen. Nur seriöse Politiker sollten sich nicht zu solchen Methoden herablassen; kluge und gewissenhafte Wähler sollten auch nicht darauf hereinfallen. Umso bedauerlicher ist es, dass ein Mann wie Balladur, der sich von Anfang an verwehrt hat, das *Spiel politischer Schönfärberei* mitzumachen, sich nüchtern an die Realität und Wahrheit zu halten versucht und keine leeren Versprechungen macht, ins Hintertreffen gerät.

Sollte er nicht gewählt werden, dann täten auch wir gut daran, bei unseren bevorstehenden Parlaments-Wahlen den uns vorgespiegelten "Reformen" und Zukunftsvisionen mit einer beträchtlichen Dosis von Skepsis zu begegnen und unser Vertrauen nur denjenigen zu schenken, die uns weniger hochfliegende Visionen, dafür nüchtern das wirklich Mögliche und auf jeden Fall das Festhalten an Bewährtem versprechen!

## VII

### **MAZEDONIEN - WIEDER BRENNPUNKT IM BALKAN ? Friedensinsel oder ein zweites Bosnien?**

Beim Auseinanderfallen Jugoslawiens wurde erwartet, dem *erstmalig als ein unabhängiger Staat in Erscheinung tretenden Mazedonien* werde das Schicksal Bosniens erspart bleiben. Ein Staat, der gewissermassen als eine "Schweiz im Zentrum des Balkans" das friedliche Miteinander verschiedener Einwohner-Gruppen, die sich während Jahrhunderten immer wieder in ethnischen, sprachlichen und religiösen Konflikten blutig bekämpft hatten, vorleben könnte.

Die UNO, die USA, Russland, die EU und eine Reihe weiterer Staaten beeilten sich, das kleine, landschaftlich höchst attraktive Bergland mit seiner im Laufe der Jahrhunderte aus Bulgaren, Albanern, Serben, Griechen, Aromunen (Rumänen), Türken und Juden zusammengewürfelten Bevölkerung von knapp 2 Mio Menschen als unabhängigen Staat anzuerkennen. Selbst Bulgarien und Serbien rangen sich zur Anerkennung durch, obwohl sie teils jahrhundertalte Ansprüche geltend machen könnten.

#### **Bulgariens Ansprüche**

Die Ansprüche der Bulgaren gehen auf das Jahr 870 n.Chr. zurück als der damalige Zar Boris I *das Christentum byzantinischer Prägung* in sein Reich, zu dem damals Mazedonien und grosse Teile des Balkans gehörten, einführte. Zu diesem Zwecke beauftragte er zwei bulgarisch sprechende Mazedonier in Saloniki (Thessaloniki), die Brüder Kyril und Methodi, ein phonetisch ans Bulgarische angepasstes Alphabet als *Kirchensprache* (auch Alt- oder Pravoslavisch genannt) zu entwickeln. Mazedonien wurde zu einem Zentrum, von dem aus sich die orthodoxe Kirche dank ihrer in Altbulgarisch abgefassten Kirchenbücher und Liturgien über alle slawischen Völker ausbreitete.

Ab Mitte des 19. Jh. formierten sich die Kräfte der geistigen Befreiung sowohl von den Türken als auch von der griechisch-orthodoxen Kirche dank der *ersten bulgarischen Kirchenbibel*, die, von Otez(Pater) Paisi in Mazedonien entwickelt, in den Klöstern Mazedoniens und Bulgariens insgeheim zum Schulunterricht der bulgarischen Sprache benützt wurde, weil die Kinder in den offiziellen Kirchenschulen nur Griechisch lernten. Wird zudem berücksichtigt, dass ein *grosser Teil der bulgarischen Schriftsteller und Poeten Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts aus Mazedonien stammen*, so erklärt sich daraus die oft gehörte Behauptung, "die Mazedonier seien sowohl von der Sprache als auch von der Entwicklung des slawisch-bzw. bulgarisch - orthodoxen Kulturkreises als Bulgaren zu betrachten".

### **Ansprüche der Griechen**

Die Griechen ihrerseits befürchten, die völkerrechtliche Anerkennung der ehemals jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien als unabhängiger Staat könnte *Abspaltungstendenzen in dem Teil Mazedoniens* aufleben lassen, der nach den Balkankriegen 1912/13 Griechenland zugeteilt worden war. Trotz wiederholter Ermahnungen aus Brüssel haben deshalb die Griechen bis heute die formelle Anerkennung Mazedoniens verweigert. Schon der Name Mazedonien sei irreführend; es gäbe in Nordgriechenland eine grosse Provinz mit dem gleichen Namen, die sich im Westen von der albanischen Grenze südlich der Stadt Kastoria und des Aliakmon Flusses über Saloniki und die Hafenstadt Kavala hinaus, entlang dem Aegäischen Meer weit in den Osten erstreckte und deren Bevölkerung griechisch bzw. griechisch-mazedonisch sei. Es sei dies der grössere Teil von Mazedonien, der von Griechenland als Aegäis-Makedonien bezeichnet wird. Scharf kritisiert wird zudem von Athen, dass die neue Republik als Hoheitszeichen den Stern mit 16 Strahlen benütze, der auf das gleich-

namige, makedonische Reich Alexander des Grossen im 4. Jh. v.Chr. zurückgeht; gerade dieses Symbol - argumentiert die griechische Regierung - beweise, wie sehr eigentlich "ganz Mazedonien bzw. Makedonien zu Griechenland gehöre".

### **Ansprüche der Albaner**

Neuerdings sind auch die Albaner, die gut 20% der Bevölkerung ausmachen, in Bewegung geraten. Angeschürt von denjenigen in Kosovo verlangen sie eine eigene, natürlich vor allem *religiösen Zwecken dienende islamische Universität*. Im Hintergrund die Türkei, die nicht nur in ihrem Verhalten gegenüber den ehemaligen islamischen Sowjetrepubliken, sondern auch im Vorderen Orient und im Balkan Tendenzen nach einem neuen osmanischen Reich, zumindest eines islamischen, von der Türkei dominierten Staatenbundes, manifestiert.

### **Grossmazedonien**

Sehr viele Mazedonier, vor allem auch jene, die in der Zeit der kommunistischen Herrschaft in Jugoslawien nach Australien und in die USA emigriert sind, träumen von einem *Grossmazedonien*, wie es 1878 im Vorfrieden von San Stefano zwischen Russland und den Türken ( dem Osmanischen Weltreich) nach ihrer Vertreibung aus dem Balkan vereinbart wurde. Dieses Grossmazedonien umfasste alle Gebiete, die von den Türken selber 1870 dem aus der griechisch-orthodoxen Kirche abgetrennten bulgarisch-orthodoxen Eksarchat zugeordnet worden sind. Eine von der Hohen Pforte ( Regierung des Osmanischen Weltreichs) durchgeführte Befragung hatte damals gezeigt, dass die Bevölkerung in diesen Gebieten den Gottesdienst auf bulgarisch hören wollte. Dieses sowohl ethnisch als auch religiös der bulgarischen Sprache verhaftete Gebiet, zu dem neben der heutigen Republik Mazedonien, der zu Griechenland gehörende Aegäis-Teil und das Piringebirge

in Bulgarien gehörten, ist in der Folge am Berliner Kongress 1878, nach den Balkankriegen 1912/13, sowie nach dem ersten und zweiten Weltkrieg *mehrfach zerstückt worden*. Den *Löwenanteil* erhielten die *Serben* bzw. Jugoslawien und *Griechenland*, die beide seither nichts unversucht gelassen haben, die Mazedonier zu serbisieren bzw. durch Implantationen griechischer Bevölkerungsgruppen im Aegäis-Teil ihrer bulgarisch-orthodoxen Herkunft zu entfremden.

Den Bulgaren blieb nur das Piringebirge, das zu einem der wichtigsten "Reduits" der 1893 in Saloniki gegründeten "*Mazedonisch Revolutionären Organisation*" wurde, die später mit dem Zusatz "Innere" unter dem Kürzel *IMRO* in Erscheinung trat. Sie war besonders in den dreissiger Jahren aktiv, ist aber auch heute wieder, wenn auch in anderer Erscheinungsform, mit dem unveränderten Ziel der Schaffung eines geeinten Mazedoniens präsent und gewinnt, weil im mazedonischen Parlament vertreten, zunehmend an Bedeutung.

### **Das Sprachenproblem**

In Wirklichkeit leidet Mazedonien unter der Tatsache, dass ihm heute eine *eigene, geschlossene Bevölkerung mit eigener Sprache* fehlt. Der religiöse Zwiespalt zwischen der orthodoxen Kirche und dem Islam, aber auch innerhalb der orthodoxen Kirche zwischen dem historisch verankerten bulgarischen und dem später hinzugekommenen griechisch-orthodoxen und serbisch-orthodoxen Teil, angeheizt durch die Konflikte in Bosnien und Kosovo, ist wieder härter geworden ist. Zündstoff bietet auch der Umstand, dass sich ein ebenso grosser Teil des Landes ausserhalb der heutigen Grenzen befindet. Es kann den Mazedoniern nicht verargt werden, dass sie alle mazedonischen Bevölkerungsgruppen in einem Staatwesen zusammenfassen möchten und dass sie kulturell ihrer historisch gewachsenen Sprache, die trotz aller Serbisierungs- und

Griechisierungs-Bemühungen immer noch das Bulgarische, zumindest eine Art bulgarischer Dialekt ist, treu bleiben möchten. 500 Jahre türkischer Herrschaft bzw. des türkischen "Jochs", machen sie natürlich gegenüber dem heute auf dem Balkan wieder stark in Erscheinung tretenden Islam, ob Albaner oder Türken, besonders allergisch. Schliesslich ist auch bei diesen Menschen, wie bei allen anderen Völkern des Balkans, zu berücksichtigen, dass sie nachgerade genug haben, ständig unter einer *Fremdherrschaft* leben zu müssen.

Der eigentlich bis zum letzten Weltkrieg noch stark ausgeprägte Wunsch der *Zugehörigkeit zu Bulgarien* ist durch die unter deutscher Kontrolle durchgeführte bulgarische Besetzung dieses Teils des ehemaligen Jugoslawiens gedämpft worden. Mit dem Resultat, dass heute den Mazedoniern eine wirklich empfundene und sich auch auf die Gebiete in Bulgarien und Griechenland erstreckende nationale Identität fehlt. Und das gerade in einem Zeitpunkt, in welchem eine solche Identität dringend notwendig wäre gegenüber dem wachsenden Druck des Islams, ob Albaner aus Albanien, Kosovo oder Mazedonien selber oder Türken im Lande oder deren wachsender Bevölkerungsteil in Bulgarien und Griechenland.

### **Mazedonien - eine Schweiz im Balkan**

Verschiedene Beobachter, nicht zuletzt auch aus Kreisen der UNO, sind der Meinung, dass die Lösung in einer *Anerkennung der verschiedenen Sprachgruppen und Religionen* zu suchen wäre. Anstatt einen neuen Konflikt durch Zusammenlegung der getrennten Teile Mazedoniens oder eine Neuverteilung zwischen den einzelnen Nachbarstaaten heraufzubeschwören, sollte jetzt den in Bulgarien und Griechenland verbliebenen Teilen, nicht zuletzt auch gestützt auf die internationalen Minderheiten-Regelungen, das Statut wirtschaftlich und kulturell autonomer Provinzen eingeräumt werden. Das würde zum Beispiel

erlauben, diese Provinzen zusammen mit der heutigen Republik Mazedonien in eine Art Freihandelszone zusammenzufassen, die sich über Griechenland und die Türkei auch positiv auf die Beziehungen der EU und der Efta mit Bulgarien, die anderen jugoslawischen Ex-Republiken und Albanien auswirken könnte.

*Die Kulturell-religiös bedeutende Vergangenheit Mazedoniens* sollte dazu ausgenützt werden, um hier neue Wege für eine Zusammenarbeit mit den friedfertigen Teilen des Islams zu finden, die allerdings in letzter Zeit gleich wie vor allem in Frankreich immer mehr von einem militanten Islam unterwandert werden. Zum Beispiel durch Reformen im Schulwesen, die jedem Schulkind gestatten sollten, die ihm ethnisch und seinem Wohnort entsprechende Sprache ( bulgarisch, griechisch albanisch und serbisch) auszuwählen. Das bereits jetzt vorhandene Nebeneinander von orthodoxen Kirchen und Moscheen sollte dabei als ein gutes Omen dienen.

All das wird aber nur möglich sein, wenn diesmal, im Gegensatz zu Bosnien, die internationale Staatengemeinschaft, insbesondere die OESZ und die EU rasch handeln. Für den gegenteiligen Fall warnen der UNO-Vertreter in der Hauptstadt Skopje und besonders auch der ehemalige griechische König Konstantin II eindringlichst vor dem Aufbrechen eines neuen Konflikts, der zwangsläufig alle Nachbarstaaten, einschliesslich der Türkei und Rumänien, mitreissen würde und sich zu einem eigentlichen Balkankrieg auswachsen könnte.

Original Text vom 4. Februar 95 mit redaktionellen Änderungen  
publiziert am 3.März.95 Schweizerzeit.



## VIII

### RECHTS -LINKS-MITTE: WIE HEISST DER NEUE (POLITISCHE) KURS?

Auch wir in der Schweiz stehen in einem Wahljahr. Die Erfahrungen in Frankreich, sollten uns, auch wenn die Verhältnisse nicht die gleichen sind, zu denken geben. Seit dem Zusammenbruch des traditionellen Kommunismus in der Sowjetunion und sonst weitherum in der Welt, seit dem immer deutlicher zutage tretenden Ungenügen einer im Profitdenken verankerten kapitalistischen Marktwirtschaft zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut und seitdem sich das Bürgertum immer mehr in sich selber verkapselt sind die *bisherigen klar profilierten Begriffe* von Rechts, Links und Mitte inhaltslos geworden.

Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich zeigen dies nur allzudeutlich. Aber auch bei uns werden die bisherigen politischen Trennungen zwischen Sozialismus und Kapitalismus, sowie zwischen diesen beiden und einer bürgerlichen Mitte verwischt. Man spricht von Reformen, aber man meint etwas ganz anderes, viel *Grundsätzlicheres*.

Die kürzlich in Kopenhagen erfolglos zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit abgehaltene Konferenz von 184 Staatschefs zeigt nur allzudeutlich, dass in der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung unserer Welt die *bisherigen politischen Richtungen vollständig versagt* haben. Es braucht nicht nur neue Programme, sondern ein von Grund auf neues Überdenken der Organisation unserer Gesellschaft und der Welt - vor allem aber auch den Willen zu einem raschen und vollständigen Umschwenken!

Über alle parteipolitischen Meinungen und Richtungen hinweg, haben sich deshalb alle Präsidentschaftskandidaten in Frankreich eigentlich erstaunlich rasch zu einem neuen politischen Kurs hindurchgerungen. Im wesentlichen - kein

Spur mehr von klar abgegrenzten Fronten Rechts, Links oder Mitte - vertreten sie alle die gleichen Thesen: Der *Mensch* sollte besonders im wirtschaftlichen, aber auch im sozialen und kulturellen Bereich wieder in den *Mittelpunkt* gerückt werden. An Stelle von Arbeitslosigkeit sollte eine sinnvolle Tätigkeit für alle, von der frühesten Jugend bis ins hohe Alter, treten, auch wenn sich dies auf Konkurrenzfähigkeit und Profit nachträglich auswirken könnte. Armut und der Graben zwischen Reich und Arm sollte rasch weltweit abgebaut werden: gleiche Rechte und gleiche Chancen für alle, besonders für die Jungen.

Mehr *Gerechtigkeit für alle*, aber auch die Ausmerzung von Korruption in allen Bereichen des menschlichen Zusammenlebens. Zu diesem Zwecke wäre die Unabhängigkeit der Richter, der Gerichtsbarkeit von der staatlichen Exekutive besser zu gewährleisten.

Mit der *Verfilzung in der Politik*, insbesondere mit dem vollständig unübersichtlichen System der Parteien und Einflussgruppierungen, "Lobby- oder Pressure"- Gruppen der Wirtschaft, der Finanz aber auch der Medien und nicht zuletzt der Mafia wäre *radikal Schluss zu machen*.

Wie einer der Kandidaten, der derzeitige Ministerpräsident Edouard Balladur, es formulierte: Die Franzosen sollen wieder frei und unabhängig werden - genau so, wie er nur ein unabhängiger Präsident von unabhängigen Bürger werden möchte.

Nicht der Staat, die Regierung oder der Präsident sollen letztlich in Frankreich entscheiden, sondern *das Volk* durch seine Vertreter oder in wichtigen Fragen *direkt*. Das Volk solle auch die *Initiative zu Volksbefragungen* ergreifen können.

Der Staat müsse sich besonders der *wirtschaftlich Schwachen, Armen und Marginalisierten* annehmen.

Irgendwie erinnern diese Thesen an die Grundsätze der

Französischen Revolution, aber auch in vielem an das, was wir im Laufe unserer Geschichte aufgebaut haben und das heute zur Vereinfachung von Regierung, Parteipolitik und Einflussnahme unserer Wirtschaft eingeschränkt oder gar einem angeblich fortschrittlichen und welt- (europa) offenen Denken geopfert werden soll. Kurios - wir wollen Dinge aufgeben, um die uns sogar grosse Nachbarn, wie Frankreich beneiden, und die sie zum Gegenstand ihrer Wahlträume machen?

Original Text vom 13.März 95  
publiziert am 16.März Basellandschaftliche Zeitung.

## FERNSEH - ZIRKUS

### Präsidentschaftswahlen in Frankreich

Die französischen Präsidentschafts-Wahlen zeigen geradezu exemplarisch, wie *die Medien*, vor allem das Fernsehen, zusammen mit einer geschickten Ausnützung von Wählerumfragen die *Meinungsbildung der Stimmbürger* beeinflussen.

Noch zu Beginn dieses Jahres stand der gegenwärtige Premierminister Edouard Balladur weit an der Spitze aller Kandidaten. Nach dem Verzicht von Jacques Delors auf eine Kandidatur für die Sozialisten entwickelten die elektronischen Medien, insbesondere der französische Kanal TF1, eine regelrechte *Verfolgungskampagne*, zunächst zugunsten von Jacques Chirac und später von Lionel Jospin, so dass Balladur gemäss neuen Wählerumfragen nur noch an dritter Stelle steht - sein Stern ist von den durchschnittlich 55% während seiner zweijährigen Amtszeit als Premierminister - und immer häufiger wenn auch nicht offiziell als Kandidat herumgeboten - auf knapp 20% gesunken.

Eigentlich erwartet man von den Medien, sie würden bei so wichtigen Ausmarchungen, wie die Wahl des Staatspräsidenten, eine Rolle *höchstmöglicher Objektivität* und Korrektheit den einzelnen Kandidaten und ihre Programme gegenüber einnehmen. In Wahrheit sind ihnen alle Mittel recht, die Kandidaten gegeneinander auszuspielen, einzelne Kandidaten zu begünstigen, andere in möglichst schlechtes Licht zu stellen. So hat sich beim französischen Fernsehen seit Jahren ein System entwickelt, das einer gewissen *Gilde* von Moderatoren und Journalisten eine praktisch unbegrenzte und nur schwer kontrollierbare Macht, ein *Monopol* im wahrsten Sinne, überlässt, in weitestgehender Eigenmächtigkeit nicht nur die politischen Sendungen, sondern auch die offiziellen Nachrichten zu gestalten.

## **Die "Elite" der Polit-Moderatoren**

Patrick Poivre d'Arvor (PPDA) und Anne Sinclair sind die derzeit eindeutig dominierenden Stars in den Nachrichten von TF1 sowie in der Sonntagabend Politsendung "7 sur 7". Hohe Beachtung genießt sodann die jeweiligen am Sonntagmittag von François-Henri de Virieu gestaltete Sendung "L'heure de vérité", in welcher der Moderator zusammen mit einer Gruppe scharfer Journalisten politische Persönlichkeiten regelrecht ins Verhör nimmt, sowie Bruno Masure mit seiner Sendung "La France en direct", beide vom zweiten französischen Fernsehen; ferner Jean-Marie Cavada mit seiner Sendung "La marche du siècle" am dritten französischen Fernsehen. Daneben gibt es natürlich noch eine Reihe anderer Sendegefäße und weniger hervorstechende Fernseh-Journalisten, die aber alle mit einer ziemlich grossen Selbständigkeit die politischen Vorgänge kommentieren.

Mit den Jahren haben diese *Fernsehstars* eine Position erreicht, die ihnen erlaubt, die *öffentliche Meinung und politische Willensbildung entscheidend zu beeinflussen*. Es ist naheliegend, dass sie auch ihrerseits der Beeinflussung durch irgendwelche politischen oder wirtschaftlichen Interessengruppen oder Persönlichkeiten ausgesetzt sind. Bezeichnend dafür ist, obwohl noch kein Urteil vorliegt, dass der Superstar PPDA (Patrick Poivre d'Arvor) zur Zeit, zusammen mit dem Bürgermeister von Lyon, Michel Noir, wegen einer der grossen Korruptionsaffären in Frankreich vor Gericht steht. Das hindert ihn zwar nicht, in der Sendung "Face A la Une" nach den Abendnachrichten mit anderen Kollegen von TF1 über den zu einem Gespräch eingeladenen Kandidaten gewissermassen Gericht zu sitzen bzw. sich im Ton des Gesprächs so zu verhalten.

## **Manipulationen**

Die Manipulation in den elektronischen Medien beginnt

mit der Zuteilung der Sendezeit. Was tut ein Kandidat nicht alles, um vor den Bildschirm zu kommen und genügend Zeit zu erhalten für das was er gerne den Wählern sagen möchte. Es ist beschämend, wie die französischen Fernsehstars oft nur nach *Gutdünken* und persönlichen Sympathien *Sendezeit verteilen*. Zwar soll die Regel bestehen, dass jeder offiziell anerkannte Kandidat gleichviel Sendezeit erhält, wobei das gleichviel an der Bedeutung der Wählergruppe, die er vertritt, gemessen wird. Zu was das führt, zeigt eine kürzlich im Figaro publizierte Information, wonach bis Anfangs März Chirac 6449, Jospin 5109 und Balladur 2960 Sekunden effektive Sprechzeit erhalten haben. Dementsprechend wird dann auch gross hervorgehoben, dass Chirac die höchste Zuhörerquote von 37%, Jospin 22% und Balladur von nur 19% erhalten hätten.

Nicht nur in Frankreich ist der Trick bekannt, mit dem gewählten *Aufnahme- Winkel der Fernseh-Kamera* eine Person am Bildschirm in einer günstigen oder unvorteilhaften Art zu zeigen. Diese Technik ist in Frankreich zu einer eigentlichen Kunst entwickelt worden. Mit dem Winkel von oben oder seitwärts wirkt ein Chirac sportlich und energisch; mit dem Winkel von unten wirkt das Doppelkinn Balladurs noch schwerfälliger. Überhaupt zeigt die total Pro-Chirac eingestellte TF1 Balladur grundsätzlich bei allen Besuchen seiner Anhänger- Versammlungen immer nur dann, wenn andere, in die Versammlung eingedrungene Gruppen gegen ihn protestieren oder er sonst in einer unvorteilhaften Situation ist. Sehr oft wird das, was er sagt, gar nicht oder nur stückweise wiedergegeben. Chirac hingegen wird nur in einem für ihn vorteilhaften und von seinen PR-Leuten ausgewählten, günstigen Augenblick gezeigt. Natürlich wird nicht verfehlt, dem Fernsehpublikum gleichzeitig einzubläuen, dass er mit seinem *dynamischen, vorwärtsblickenden Reform-Programm* an die Spitze der Wählergunst gelangt sei. Balladur wird

auch dann, wenn er über die Erfolge seiner bisherigen Amtszeit spricht, als vorsichtig, konservativ, ja sogar ängstlich und unentschieden hingestellt. Alles jeweils in einer geschickten und sehr perfiden Kombination von Wort und Bild, vor allem auch mit der dazugehörenden *Mimik eines PPDA* und der anderen Moderatoren.

Noch bemühender ist zu sehen, wie die einzelnen Kandidaten durch kontinuierliche *Zwischenfragen*, Unterbrechungen und Kommentaren in einer für sie positiven oder nachteiligen Situation gezeigt oder sogar an der Präsentation ihrer Thesen gehindert werden. Bei Chirac verhält man sich äusserst *respektvoll*, bei Jospin fast wie einem *Parteikameraden* gegenüber und bei Balladur in einer *hämisch- frechen und agressiven Art*. Bei Kandidaten, wie Le Pen und de Villiers, wird das angebliche Fernsehgespräch zu einem eigentlichen *Kreuzverhör*, bei dem der Kandidat in den seltensten Fällen seine Sätze zu Ende führen kann oder dann alle gleichzeitig sprechen: Angeblich um die Sendung lebendig zu gestalten; in Wirklichkeit um den nicht genehmen Kandidaten als konfus und unklar über den Bildschirm zu bringen. Bereits in unserem, angeblich etwas demokratischeren Fernsehen könnte mancher Politiker ein endloses Klagelied über das unerzogene und unfaire Verhalten der Moderatoren singen. In Frankreich wurde dieses "hinmachen", auch "verheizen" oder "zur Sau machen" zu einer vollendeten Kunst entwickelt.

### **Cui bono?**

Zweck solch zirkushafter Fernsehvorstellungen ist weder einen vollständigen Ueberblick noch eine möglichst klare Information der Wähler über Person und Programme der einzelnen Kandidaten. So herrscht heute eine derartige Konfusion, dass auch *erfahrene Politologen*, gestützt auf die Fernseh- und Radio-Sendungen allein, nicht in der

Lage sind, eine einigermaßen übersichtliche Gegenüberstellung der Programme und Zielsetzungen der einzelnen Kandidaten zu geben. Vor allem auch zu zeigen, was die Kandidaten selber sagen und denken. Einzig die Printmedien bieten dem Wähler diese Möglichkeit, weil sie den Kandidaten den Raum bieten, selber ihre Thesen mit ihren eigenen Worten darzustellen. Die Kommentare in Leitartikeln und Kolumnen bieten dazu nur eine Ergänzung, aber im Gegensatz zum Fernsehen und Radio wird der Originaltext nicht verdreht oder ganz einfach verfälscht.

Fernseh- und Radio Moderatoren sollten endlich (auch bei uns in der Schweiz) begreifen, dass der Wähler, wenn er eine politische Diskussions- oder Gesprächssendung einschaltet, *nicht ständig* den langfädig, mehr oder weniger klar und oft in einer miserablen Sprache vorgebrachten *Meinungen und Botschaften des Moderators zuhören will*, sondern wissen möchte, was der eingeladene Gesprächspartner zu sagen hat. Käme dieser wirklich zu Wort, dann würde selbst die meist knapp bemessene Sendezeit genügen, eine möglichst vollständige Uebersicht über Standpunkte und Programme eines Kandidaten zu erhalten. Das war sicher nicht zuletzt mit einer der Gründe, warum sowohl Jacques Delors, Raymond Barre und Giscard d'Estaing auf eine Kandidatur verzichtet haben. Drei ausserordentlich fähige und erfahrene Staatsmänner, bei denen schon wegen ihrer Gedankengänge und der gepflegten Sprache das Zuhören ein Genuss sein könnte, wenn sie von den Fernsehstars mit ihrem eher plumpen und unerzogenen Verhalten nicht ständig unterbrochen würden. Etwas, dass sich sowohl Delors als auch Barre und Giscard d'Estaing einfach nicht gefallen lassen wollten. Letzterer gab das in seiner feinen Art an der Sendung mit PPDA in magistraler Art zu verstehen: auf die ständig gestellte Frage nach seiner Kandidatur schwieg er konsequent und stoisch, um erst am Ende der Sendung seinen



Verzicht bekanntzugeben nachdem sich die 5 Fernsehjournalisten eine Stunde lang vergeblich bemüht hatten mit einer frühen Antwort möglichst zu Beginn der Sendung eine Sensation zu schaffen, sodass PPDA die Nerven verlor und ausfällig wurde, was von Giscard d'Estaing mit einem eiskalten Lächeln quittiert wurde.

Für Frankreich ist schon allein der *Ausfall dieser drei Persönlichkeiten ein Verlust*. Noch grösser dürfte der, ebenfalls weitgehend von diesen Superstars verursachten Rückgang der Popularität Balladurs, ins Gewicht fallen. Verzweifelt fragte in einem Leserbrief eine Wählerin, was man denn eigentlich diesem Mann vorwerfe, der nach 14 Jahren katastrophaler sozialistischer Misswirtschaft Ordnung nicht nur in die Finanzen und die Wirtschaft gebracht habe, sondern dem es sogar gelungen sei, den nun seit Jahrzehnten dauernden Zuwachs der Arbeitslosigkeit zum Halt zu bringen? Das alles sind Fragen, welche offenbar die vor allem um ihre eigene *Profilierung und Macht besorgten Polit-Moderatoren* des französischen Fernsehens nicht sonderlich zu interessieren scheint.

### **Die Hand des Meisters**

Trotzdem kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hinter dem um die Präsidentschaftswahlen gemachten Fernseh-Zirkus mehr steckt. Bezeichnend ist dabei, dass die *Treibjagd* gegen Balladur mit dem Verzicht Delors angefangen hat. Die Sozialisten waren da in einer schwierigen Lage. Einmal mehr griff der Grossmeister politischer "Strategie" ( Intrige ), der jetzige Staatspräsident François Mitterand, ein und startete mit den von ihm während Jahren aufgebauten Super-Fernsehstars, mit PPDA an der Spitze, eine Kampagne zugunsten Chiracs und gegen Balladur. Mit dem Resultat, dass der von vorneherein als verloren geltende Jospin, blitzartig zum Zweiten Rang aufrückte. Offenbar betrachtet Mitterand Balladur mit sei-

ner umfassenden und effektiv auch sozial ausgerichteten Politik für einen sozialistischen Kandidaten gefährlicher, als die mehr *demagogisch manifestierten sozialen Gefühle Chiracs*, die einem Gaullisten nur schwer geglaubt werden und der deshalb auch bei den gemässigten Sozialisten weniger Anhang als ein Balladur finden dürfte. Schade nur, dass Chirac den Sirenengesängen eines Frédéric Mitterand (Fernsehstar und Neffe des Staatspräsidenten) glaubt und heftig nicht gegen Jospin, sondern mit diesem gegen Balladur loszieht. Zum Fernseh-Zirkus gesellt sich so auch der für Frankreich so typische Polit-Zirkus ...mit dem Ergebnis, dass der nächste Staats- Präsident Frankreichs sehr wohl Lionel Jospin heissen könnte...

Original Text vom 7.März 95 mit redaktionellem Änderungen  
publiziert am 31.März 95 Schweizerzeit.

## IST DIE SCHWEIZ WIRKLICH WELTWEIT ISOLIERT?

Weil das Uno-Klima-Sekretariat nach Bonn und nicht nach Genf kommt, ist jetzt wieder das *Wehklagen über eine weltweit isolierte Schweiz* ausgebrochen. Schuld daran ist natürlich das EWR-NEIN von 1992 - genau so wie in allen anderen Dingen, die angeblich in unserem Lande nicht funktionieren: angefangen vom harzigen Verlauf der bilateralen Verhandlungen in Brüssel über die Abwanderung unserer Industrien ins Ausland (wenn auch zum grössten Teil nicht in die EU, sondern in die Niedriglohnländer Mitteleuropas und des Fernen Ostens), über die Probleme der Swissair, die sich zwar in einer noch härteren Weise bei den meisten Fluggesellschaften der EU-Staaten manifestieren, bis zur Arbeitslosigkeit, obwohl diese in keinem Verhältnis zu den weit über den offiziell eingestandenen 17 Millionen in der EU steht. Dazu gehört auch die Tatsache der, unseren Dimensionen entsprechend, immer noch leichter als in der EU überblickbaren und deshalb auch kontrollierbaren sozialen Unruhen, Sicherheit, Kriminalität sowie die noch in unserem Lande mögliche Kontrolle der Fremdarbeiter trotz dem prozentual zur Gesamtbevölkerung höchsten Ausländeranteil in Europa, usw. usf.

Sicher ist der Entscheid betreffend das Klima-Sekretariat in Bonn für die Genfer bedauerlich. Aber auch sie sollten allmählich begreifen, dass seit dem angeblichen Ende des Kalten Krieges die von ihnen selber im Zusammenhang mit dem ebenfalls von ihnen verlangten Beitritt zur EU und Uno in Frage gestellten *Neutralität* nicht mehr so gefragt ist. Besonders bei den grossen *Umwelts-Problemen*, die uns alle auf der Welt in der gleichen Weise erfassen und somit weniger die "Autonomie in einer geteilten Welt", als die Bereitschaft und die Möglichkeit zu einem wirtschaftlich und finanziell weltweit wirksamen Beitrag entscheidend ist. Da bietet natürlich Deutschland mit Bonn weit

mehr als unsere kleine Schweiz, die bereits mit all den in Genf situierten internationalen Sekretariaten weit über das tragbare Mass hinaus belastet ist.

Auf jeden Fall kann der *negative Entscheid über Genf* weder dem NEIN zum EWR, der EU oder der Uno, noch der übrigens ausgezeichneten Arbeit unserer Delegation unter der Führung unserer Bundesrätin Ruth Dreifuss an der Klimakonferenz in Berlin angelastet werden. Wir sollten uns langsam daran gewöhnen, dass, wann immer Deutschland etwas wünscht, es wenige Länder gibt, die etwas dagegen tun können. Da hätte uns eine Mitgliedschaft in der EU oder der Uno auch nichts genützt, umso mehr als es für Bundeskanzler Kohl aus innenpolitischen Gründen zwingend war, beim Saubermachen der in der ehemaligen DDR angesammelten Umweltschäden auf die Präsenz des Uno-Klima-Sekretariats im eigenen Lande hinweisen zu können.

Schon allein aus diesem Grunde ist es kaum gerechtfertigt, auf eine Schwächung der internationalen Bedeutung unseres Landes schliessen zu wollen. Mit den zunehmenden Schwierigkeiten innerhalb der EU, dem Versagen der Uno in Bosnien und in Afrika, der Ungewissheit über die Entwicklung im zusammengebrochenen Sowjet-Imperium, der neu auftretenden Probleme im Fernen Osten, besonders in Japan, Indien und China, manifestiert sich immer deutlicher ein neu *erwachendes Vertrauen in konsequent unabhängig bleiben wollende Staaten* mit einigermaßen gesunden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, Sicherheit, Toleranz und Hilfsbereitschaft. Deshalb wohl haben wir diesen grossen Zustrom von Flüchtlingen aus aller Welt, die Suche von Arbeit bei Schweizern und Schweizer-Unternehmen im Ausland und nicht zuletzt auch das *Vertrauen in unseren Schweizerfranken*, das sich gerade jetzt während der Krise des Dollars, der seit

Jahrzehnten dominierenden Weltwährung, manifestiert.

Letztlich ist das Vertrauen in unser Geld nichts anderes als *Vertrauen in unser Land*. Niemand flüchtet sich in die Währung eines Staates, der nicht von seiner Rechtsordnung, seinen staatlichen und privaten Institutionen, den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, seiner weltweiten Stellung als eine offenes und eigenständiges ( auch eigensinniges ) und den Verhältnissen unserer Zeit entsprechend noch sehr korrektes und rechtschaffenes Land die Gewähr für eine sorgfältige Verwaltung seiner Währung bietet.

Wenn wir *wirklich international ein isoliertes Land* wären, dann würde wohl niemand als politischer Flüchtling Zuflucht bei uns suchen oder bei einer Krise der anerkannten Weltwährungen seine Ersparnisse unserem Franken anvertrauen. Wir sollten vermehrt das *Vertrauen der anderen zu uns in ein Vertrauen zu uns selber* umwandeln; nur mit mehr Selbstvertrauen können wir weltweit auch mit der Durchschlagskraft auftreten, die es heute braucht, um sich international (besonders auch bei den Herren in Brüssel) durchsetzen zu können!

Original Text vom 6. April 95 mit redaktionellen Änderungen  
publiziert am 25. April 95 Basellandschaftliche Zeitung

## EXPO 2001: GELEBTE SOLIDARITÄT ZWISCHEN DEUTSCH UND WELSCH

Im nächsten Jahrhundert dürfte die Schweiz nur überleben, wenn die Schweizer den *Geist des Miteinander*, bereits im Rütlichswur von 1291 so prägnant formuliert, zu erneuern vermögen.

Die *Solidarität zwischen den einzelnen Landesteilen, Sprachgruppen und Religionen* muss vertieft werden. Mehr Verständnis und Respekt für andere Meinungen müssten wieder zum Alltag der politischen Auseinandersetzung werden: In der direkten Demokratie kann nur das offene, ehrliche Ringen um Standpunkte den Willen zur gemeinsamen Bewältigung der Probleme neu beleben. Staaten wie die Schweiz brauchen deshalb periodisch Orte, wo ihre Bürger und Einwohner zusammentreffen, um trotz all dem während Jahren angestauten Zorn und Gram wieder zueinander zu finden.

Die Idee der Durchführung der nächsten Landesausstellung im *Raume des Neuenburger-, Bieler- und Murtensees* ist deshalb, wie heute die Jungen sagen, als "genial" zu bezeichnen; als Geste der Solidarität des zahlenmässig stärksten Bevölkerungsteils gegenüber den anderen Teilen des Landes: Ein guter Anfang des neuen Jahrtausends.

### **Mehr Verantwortung für die Romands**

Bis zum Jahre 2001 werden sicher noch viele Pläne und Projekte diskutiert werden. Natürlich wäre gerne jeder Landesteil zum Zug gekommen. Die Wahl des Bundesrats ist zu begrüssen, weil damit einer typisch schweizerischen und eigenständigen Region der Romandie Gelegenheit geboten wird, die Verantwortung für einen im Landesinteresse so wichtigen Anlass zu übernehmen.

Der Direktionspräsident der Nationalbank, Markus Lusser, hat kürzlich in einem Fernsehgespräch mit Frank A. Meier im Zusammenhang mit dem Deutsch-Westschweizer-Malaise die Meinung vertreten, man sollte den *Romands mehr Verantwortungen* für die ganze Schweiz übertragen. War sein Vorschlag, dafür selbst die Bundeshauptstadt an einen Ort in der Romandie zu verlegen, möglicherweise eher scherzhaft gemeint, so ist dieser trotzdem zu beherzigen: Vielleicht sollten wir Deutschschweizer nicht alles, was wir für unser Land als wichtig erachten, immer nur nach Deutschschweizer Manier regeln wollen. Handkehrum sollten gewisse Westschweizer endlich davon Abstand nehmen, sich allein als weltoffen und fortschrittlich zu preisen, alle andern Schweizer, die nicht ihrer Meinung sind, als rückständig und weltfremd herabzusetzen.

Beide Clichés stimmen nicht. Es gilt deshalb immer wieder, sich zu einem *Konsens* durchzuringen. Die nächste "Landi" in der Romandie könnte dazu die ideale Gelegenheit bieten. Wir Deutschschweizer müssten dann nur noch bereit sein, sie ebenso liebevoll, wie schon jene von 1964, als "unsere Expo" zu bezeichnen.

Im Hinblick auf diese Expo könnte dann auch Lussers Idee einer neuen Hauptstadt für unser Land, neben vielen anderen Fragen, wie die Schweiz und Europa, Stärkung unserer direkten Demokratie durch eine neue Verfassung, Bewaffnete Neutralität und Sicherheit, Weltoffenheit und Solidarität, Mensch und Arbeit, Umwelt und moralische Erneuerung usw., geprüft werden. Im Zeitalter von Informatik und Multimedia wäre es natürlich gar *kein Problem die Bundesverwaltung über das ganze Land* zu verteilen. Ob aber die ultramodernen Kommunikationsmittel auch den menschlichen und unmittelbaren Kontakt, der gerade bei einer direkten Demokratie so wichtig ist, sicherzustellen

len vermögen, ist eine andere Frage. Diese und noch viele andere Themen wären auf die "Expo" 2001 so vorzubereiten, dass dann auf einem der vorgesehenen zahllosen Schiffe oder schwimmenden Plattformen, irgendwo zwischen dem Neuenburger- Bieler- oder Murtensee Vorschläge für die Zielsetzungen zur Gestaltung der Zukunft der Eidgenossenschaft - die von immer breiteren Kreisen des Volkes geforderte " Zukunfts-Vision unseres Landes" - verabschiedet werden können. Das alles natürlich immer nur unter der Voraussetzung eines möglichst ruhigen Wellengangs....

### **Die Drei-Seen-Region**

Die für die Landesausstellung bestimmte Region um Neuenburger-, Bieler- und Murtensee erscheint schon deshalb als glückliche Wahl, weil dort keine *eigentlichen und akuten Konflikte* zwischen den einzelnen Volks- Sprach- und Religionsgruppen festzustellen sind. Die eng miteinander verbundenen Seen haben vielmehr von den ersten Anfängen der Besiedlung dieser Region einen engen Kontakt zwischen den an ihren Ufern lebenden Menschen gefördert und so im Laufe unserer Geschichte zu einer Art kultureller Symbiose, nicht aber einer gleichschaltenden Verschmelzung, geführt. Besonders ausgeprägt für diese Region ist die auch heute noch gültige Feststellung des letzten Weltkriegs, wonach sich die Westschweizer, auch die Jurassier, ebensowenig als Franzosen, wie die Deutschschweizer als Deutsche und die Tessiner als Italiener fühlen. Ein Auseinanderdriften im Falle einer weitergehenden Integration mit unseren europäischen Nachbarn wäre deshalb kaum zu befürchten.

Als Bürger aber auch als Bewohner der Dreiseen-Region fühlt man sich zuerst als Neuenburger, Bieler, Yverdoner, Murtener oder Zugehöriger irgendeiner der höchst *eigenständigen Städte, Dörfer und Gemeinden*. Dabei hat die Mehrheit von ihnen die ursprüngliche Eigenart erhalten,



ja konfrontiert mit Andersartigem die eigene Eigenart noch mehr ausgebaut, um so in der gegenseitigen Ergänzung von Andersartigen die Basis für ein harmonisches Zusammenleben zu schaffen. Etwas, das man sich für die ganze Schweiz als Beispiel wünschen möchte: Das gilt sowohl für diejenigen Deutschschweizer, die aus der früheren bernischen Beherrschung und späteren Verdrängung durch die Westschweizer zurückgeblieben sind und denen man ihren Ursprung nur noch am Familiennamen ablesen kann, als auch für diejenigen, die aus allen Teilen unseres Landes zugewandert sind. Als Berufstätige, Rentner, Wissenschaftler, Forscher, Studenten oder nur vorübergehend als Ferien-, Weekentouristen oder Pflege- und Erholungbedürftige.

### **Sprachen sind kein Problem**

Das sonst gerne in der Schweiz hochgespielte *Sprachenproblem* stellt sich für die Bewohner des für die Expo2001 gewählten Standorts nicht. Einmal wegen der Weltoffenheit ihrer Bewohner, die im wesentlichen durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit (Gastgewerbe, Tourismus, Unterricht, Erziehung, Pflege oder Handel, Forschung, Uhrenindustrie, neuerdings Informatik und qualifizierte Dienstleistungen) bewirkt worden ist. Zudem zeichnet sich diese Region - und das erklärt ihre landschaftliche Schönheit und Lebensqualität - durch eine gesunde Mischung von Landwirtschaft, Weinbau, Industrie und Gewerbe, vornehmlich auch kleiner und mittlerer, aber durchaus moderner Betriebe aus; ihre Bewohner, von den Nachteilen grosser städtischer Agglomerationen verschont, sind trotz der Hektik und wachsenden Verbitterung unserer Zeit positive, fröhliche und freundliche Menschen geblieben. Die Mehrheit von ihnen, allein schon aus dem langen geschichtlichen Zusammenleben heraus (starrköpfige Ausnahmen gibt es natürlich überall) gibt sich alle Mühe, die Sprache des anderen zu verstehen, sich sogar in

auszudrücken, es aber selten tun muss, weil der Anderssprachige es gar nicht braucht. Etwa so wie es im *gut eidgenössischen Geist* in bundesweit beschickten Konferenzen zur Gepflogenheit geworden ist, dass jeder in seiner Sprache spricht und vom anderen erwartet wird, dass er ihn versteht. Mit Ausnahme der Deutschschweizer, die wie es einmal Bundesrat Ritschard formulierte, ihre erste Fremdsprache benützen müssen, nämlich das Schriftdeutsch. Sogar das ist weder in Biel noch in Murten, noch andernorts in der Dreiseen-Region notwendig, weil viele "Romands", besonders auch die Jungen, ganz gerne dem anderen auf gut "Schwytzerdütsch" die Meinung sagen. Typisches Beispiel unser waadtländische Bundesrat Delamuraz, der sich sogar in den verschiedenen Dialekten zurechtfindet oder unser Bundespräsident Villiger, dessen französisch sich offenbar kürzlich anlässlich seines Besuchs in Paris (so Mitterand ) sehen lassen konnte. Vielleicht nicht in Genf, aber dort ist ja alles anders als in der übrigen Schweiz, wie das einmal öffentlich ein sehr angesehener Westschweizer festgestellt hatte. Ohnehin wird mehrheitlich von frankophoner Seite behauptet, dass das *beste Französisch in der Schweiz* nicht in Genf, sondern in *Neuchâtel* gesprochen und dort in den zahlreichen Schulen und Instituten, wo so viele junge Deutschschweizer ihr "Welschland"-Jahr verbringen, gelehrt wird. Offenbar weil Neuenburg als frühere preussische Kronkolonie durch seinen obersten Herrn, Friedrich dem Grossen, vom französisch seines Freundes Voltaires geprägt wurde.

### **Eine sehr attraktive Region**

Als ganz besondere Attraktion der Dreiseen-Region wäre der Segel- und Wassersport zu erwähnen. Zusammen mit den schon heute bestehenden ausgezeichneten Bahnverbindungen (Intercity von Deutschland und Oesterreich via die ganze Deutschschweiz nach allen grossen Städten der Romandie, Frankreich und Italien, TGV-Anschluss

Vallorbe), einem gut ausgebauten Strassennetz und einem dank den bereits bestehenden Kanalverbindungen zwischen den drei Seen ausbaufähigen Schiffsverkehr präsentiert sich die Region als ein *äusserst besucherfreundlicher Veranstaltungsort*. Besonders wenn bis dahin das noch fehlende Autobahnstück zwischen Murten und Yverdon fertiggestellt, damit der durchgehende Anschluss an das schweizerische und damit das europäische Autobahnnetz sichergestellt wird.

Diese ideale Verkehrslage, die zum grossen Teil *noch erhaltene Landschaft* ( Naturschutzgebiet am Neuenburgersee, Weinberge mit all ihrem Charme an allen drei Seen), alte historische, zum Teil noch sehr verträumte Städte und Dörfer mit zahllosen Kulturdenkmälern, die eleganten, gepflegten und gut erschlossenen Seeufer mit ihrem zum Teil vom Jura geprägten Hinterland haben besonders seit dem letzten Weltkrieg zu einem massiven Zustrom von Deutschschweizern als Weekend- , Ferien - aber auch Dauertouristen, meistens mit eigenen Villas, Häuschen und Campingcars geführt. Schon seit jeher haben die Stadtberner das gegenüberliegende Ufer von Murten als ihre "Riviera" betrachtet. Seit dem Aufschwung des Segelsports und anderen Wassersportarten kommt der Zuzug aus der ganzen Schweiz, vornehmlich aus den grossen deutschschweizerischen Städten wie Zürich, Basel, Bern, aber auch Olten, Grenchen und Biel und aus der Westschweiz, vor allem Fribourg, Lausanne, Genf. Auch dieser Tourismus wickelt sich, abgesehen von wenigen Ausnahmen, äusserst harmonisch ab.

### **Ein idealer Ort für die Expo**

Wo kaum Probleme geschweige denn ernsthafte Konflikte zwischen Sprach-, Volks- und Religionsruppen, auch nicht mit den ansässigen Ausländern auszumachen sind, da findet sich vom ominösen, hauptsächlich von den

Medienleuten und gewissen Westschweizern herbeigere-  
deten "Röschtigraben" keine Spur.

Sogar bei denjenigen, die bei sich zu Hause zu den  
fanatischsten Partisanen dieses *hochpolarisierten Konflikts*  
gehören. Wenn sie einmal hier sind, dann ist das alles  
ganz anders - viel weniger dramatisch, hart und schroff.  
Ist es die Sonne, obwohl es auch hier zur Freude der  
sportlichen Segler und Surfer viel Regen, Wind und Sturm  
gibt, der gute Wein, die gemächliche Art der eingesesse-  
nen Romands oder der zugezogenen Deutschschweizer,  
der Duft von Wasser und Seepflanzen: *Der ideale Ort für  
das endgültige Begräbnis des "Röschtigrabens"*.

Wir haben so allen Grund uns dank der vom Bundesrat für  
die Expo 2001 ausgewählten Drei-Seen-Region auf ein Fest  
zu freuen, das wir im Sinne Gottfried Kellers "in Vaterlan-  
des Saus Braus" feiern werden und wo echtes Schweizer-  
tum neu erstehen kann- zusammen mit den Miteidgenos-  
sen aus Genf, aus dem Tessin, aus Basel, aus Zürich, aus  
Lausanne, aus Bern, aus allen Regionen unserer vierspra-  
chigen Heimat.

Original Text vom 21. April mit redaktionellen Änderungen.  
publiziert am 12.Mai 95 Schweizerzeit .

## 8. MAI 1995 : GEDANKEN ZUR MANGELNDEN ZIVILCOURAGE IM LETZTEN WELTKRIEG

Mit welchem Recht werfen Schweizer ( z.B.Bundesrat Otto Stich in einer öffentlichen Ansprache anlässlich der Feiern zum Ende des Zweiten Weltkriegs) heute unserem Volk und seiner Regierung für ihr Verhalten während dem letzten Weltkrieg *mangelnde Zivilcourage* vor? Niemand stellt in Frage, dass wir uns der Nazi-Greuelthaten erinnern müssen. Heute mehr denn je in Anbetracht des täglich, überall auf der Welt tausendfach wiederholten Hitler'schen Holocaust. Dies gesagt stellt sich ganz einfach die Frage wozu es heute mehr Zivilcourage braucht? Über die Schweizer von damals aus der sicheren Distanz von mehr als 50 Jahren, gewissermassen "weit entfernt vom Geschütz", herzufallen oder gegen eine rückblickende Verurteilung und eine *deplazierte Entschuldigung* aufzutreten.

Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass dies die genau gleiche Zivilcourage ist, die ich zum Beispiel 1935 als 14 Jähriger im deutschen Gymnasium in Sofia, Bulgarien, brauchte, aus Protest gegen die mir bereits damals aus Schweizerzeitungen, insbesondere der NZZ und dem Nebelpalter, bekannten Ausschreitungen der Nazis gegen die Juden, die Abschaffung der Demokratie und die Verfolgung politischer Gegner hatte ich das überall herumhängende Hitlerbild auf dem Kopf eines Hitlerjungen zerschlagen, darauf gespuckt und mit den Füßen zerstampft. *Zivilcourage*, um später dank der Solidarität meiner bulgarischen und jüdischen Schulkameraden in dieser Schule bis zur Matura 1939 auszuhalten. Sehr rasch kam ich dann wegen der ständig manifestierten Nazifeindlichkeit, Hilfe an jüdische Schulkameraden zur Flucht in die Schweiz und die Gründung einer Paneuropa-Zelle auf die *Schwarze Liste*. Wurde dann nach dem Einmarsch der Deutschen von der Polizei gesucht. 1941 gelangte ich über die vereiste

Donau, auf Irrwegen über Bukarest, Budapest und Wien in die Schweiz, um pünktlich zu meiner Rekrutenschule anzutreten.

Zivilcourage brauchte es auch anlässlich der *Grenzbe-  
wachung* bei Jussy (Genf) mit meinen Kameraden jeden  
Flüchtling, mehrheitlich Juden, schwarz über die Grenze  
kommen zu lassen, ihnen einen sicheren Weg ins Landes-  
innere zu zeigen.

Zivilcourage, die ich als Mitarbeiter des damaligen Rechts-  
beraters des Bundesrates miterlebte, als den Amerikanern  
klipp und klar gesagt wurde, dass die *Schweiz und  
nicht sie bestimmen können wer als Kriegsverbrecher unser  
Asylrecht* in Anspruch nehmen darf.

Zivilcourage schliesslich in Basel, als ich 1972 die *Muster-  
messe internationalisierte* und der europäischen Uhren-  
industrie trotz grösstem Widerstand von allen Seiten, be-  
sonders der schweizerischen Uhrenindustrie, öffnete; fast  
gleichzeitig China und den mittel- und osteuropäischen  
Staaten eine Beteiligung und damit die von ihnen gesuch-  
ten Annäherung an den Westen ermöglichte. Nach der  
Normalisierung der Beziehungen des Westens mit diesen  
Ländern ist dieser Schritt begrüsst und von meinen Nach-  
folgern als ihr grosses Verdienst gefeiert worden; damals  
führte das umgehend zu einer "Fiche" in Bern und nicht  
wenig Anfeindungen in Basel, insbesondere der Basler  
Handelskammer, wo ich immer wieder gefragt wurde, was  
ich denn mit diesen Kommunisten zu tun habe. Gleich  
wie heute, weil ich *für Europa* aber gegen einen Beitritt  
zu dem *supranationalen Gebilde* in Brüssel - das ich aus  
direkter Erfahrung als stellvertretender Missionschef der  
Schweiz kannte - bin: Diesmal nicht als Kommunist, son-  
dern als ein "populistischer Rechtsextremist" beschimpft  
werde. Auch das zu ertragen braucht es eine gehörige  
Portion Zivilcourage.

Das alles und noch viele andere Episoden sind vielleicht nur kleine und unbedeutende Handlungen. Auf jeden Fall kein Einzelfall: Vielmehr bezeichnend für das Verhalten *der grossen Mehrheit des Schweizervolkes*, heute genau so wie während dem letzten Krieg. Jedenfalls brauchte es mehr Zivilcourage als heute mit der Mehrheit der Meinungsmacher weltweit und in unserem Lande über tausende und abertausende von Schweizerinnen und Schweizern herzufallen. Schweizer die damals den Mut hatten, offen gegen Hitler und seine Nazis mit zahlreichen Hilfsaktionen, Demonstrationen und einem bewunderungswürdigen Widerstand unserer Medien aufzutreten.

Wenn auch in der Folge auf deutschen Druck hin die heute so scharf kritisierte, aber sehr *klug dosierte Zensur der Presse* eingeführt wurde, so wird dabei die damals, umzingelt von den Achsenmächten, von Regierung, Parlament und öffentlicher Meinung eingenommene Haltung vergessen, die eine "Gesinnungsneutralität" kategorisch ablehnte. Genau gleich wie die heute kritisierten wirtschaftlichen und finanziellen Leistungen der Schweiz für die Achsenmächte, mit denen in harten und mutigen Verhandlungen, fast Gramm um Gramm und Rappen um Rappen, das errungen wurde, was wir zum Ueberleben unseres Landes brauchten. Gleich wie die, unserer Neutralität entsprechend, ebenso harten Verhandlungen mit dem, was die Alliierten für unsere Versorgung durchgelassen haben.

Es war dies die gleiche Zivilcourage, die es heute wiederum braucht, um *gegen den Beitritt der Schweiz zur EU* zu sein. Auf jeden Fall mehr als sich, neuerdings vom EU Block umzingelt, dafür auszusprechen. Oder die Frage anders gestellt: Wozu braucht es mehr Zivilcourage bzw. Mut, sich für den Alleingang zur Erhaltung von Unabhängigkeit und Fortbestand zu entscheiden oder für die Einordnung in eine Mehrheit, einander immer mehr

gleichgeschalteter europäischer Länder?

Obwohl ich nur einer von vielen bin, der die Nazizeit bei vollem Bewusstsein erlebt hat, möchte ich mich im Namen aller Zeitgenossen, die im letzten Weltkrieg die Neutralität und damit die Erhaltung der Schweiz als Zufluchtsort für tausende von Flüchtlingen ermöglicht und so auch für die Zukunft erhalten haben, gegen die *Verunglimpfung mangelnder Zivilcourage wehren*. Wir verlangen keine Entschuldigungen und keine Anerkennung, nur Verständnis für die Opfer und die Umsicht mit der unser Land durch die Wirren der dreissiger und vierziger Jahre gesteuert wurde.

Ohne das wären wir vielleicht heute nicht das Land, um das wir weltweit beneidet werden und bei dem mehr Ausländer eine neue Heimat suchen und finden (bald über 25% unserer Bevölkerung) als in irgendeinem anderen Land der Welt!

Original Text vom 9.Mai 95 mit redaktionellen Änderungen  
publiziert am 19.Mai 95 Basellandschaftliche Zeitung



### XIII

#### CHIRACS ZIEL: NATIONALE ERNEUERUNG

##### Nach der Präsidentschaftswahl in Frankreich

Es war Mitterands Hoffnung, mit Lionel Jospin den Sozialisten in Frankreich eine *dritte Amtsperiode* im Staatspräsidium und sich selbst einen glanzvollen Abgang von der politischen Bühne zu sichern. Eine Hoffnung, die mit dem Sieg von Mitterands langjährigem Rivalen Jacques Chirac zunichte gemacht wurde.

Für viele Wähler ist damit aber noch *keine grundlegende Änderung* des auf beiden Seiten verklüngelten, überholten und von den Medien beherrschten politischen Systems, und damit eine Erneuerung der Demokratie, in Griffnähe gerückt. Dafür ist es dem Gaullisten Chirac gelungen, eine *patriotische Welle* im ganzen Land auszulösen. Besonders bei der Jugend weckte er Stolz, Zuversicht und neuen Elan für ein starkes Frankreich in Europa und in der Welt. Der alte Gegensatz zwischen der politisch dominierenden Rechten und der in die Opposition gedrängten Linken ist mit Chirac in Frankreich wieder Tatsache geworden, wo-mit politische und soziale Unruhen schon bald wieder zur Tagesordnung gehören dürften. Gelingt es dem neuen Staatspräsidenten nicht, die Not der am Rande oder unter dem Existenzminimum lebenden rund elf Millionen Franzosen und Ausländer (von insgesamt 58 Millionen Einwohnern) zu lindern, könnte es leicht zu Entwicklungen kommen, die noch *katastrophalere Formen annehmen würden als die Unruhen vom Mai 1968*.

#### Mitterands Abgang

Eigentlich war die erste Runde der Wahlen aus der Sicht des bisherigen Staatspräsidenten François Mitterand. planmässig verlaufen. Der in letzter Minute an Stelle von Jacques Delors als Kandidat der Sozialisten aufgestellte Lionel Jospin, hatte zur grossen Überraschung mit einem

guten Vorsprung Chirac überholt und Balladur eliminiert. Genau so wie es eigentlich von Mitterrand und Delors geplant wurde.

Wiederholt wurde im Laufe des Wahlkampfes die Frage gestellt, warum Delors auf eine Kandidatur für das Staatspräsidium auf der Liste der Sozialisten verzichtet hatte, obwohl er bei allen Wählerumfragen an der Spitze war. Delors muss, gestützt auf die ihm verfügbaren Informationen, seine Chancen weniger günstig beurteilt haben. Liest man das letzten November veröffentlichte Buch "L'Unité d'un Homme" ( Die Einheit eines Mannes), Gespräche mit Dominique Wolton, Editions Odile Jacob, Paris, so wird einem klar, dass er sich ganz der Stärkung des supranationalen Gebildes in Brüssel (und der Gründung eines *Weltsicherheits-Rats für die Wirtschaft* ) widmen möchte. Seit der Maastricht-Abstimmung in Frankreich wusste er aber auch um das Wiedererwachen der de Gaulleschen Idee eines *Europa der Vaterländer* und starker nationaler Gefühle bei allen Franzosen. Hätte er kandidiert, so wären er und seine Anhänger unweigerlich in einen Zwiespalt zwischen den nationalen und den supranationalen Kräften in Frankreich geraten.

Für Mitterrand wäre die Übergabe seines Amtes an Delors in jeder Beziehung ein glanzvoller Abgang gewesen. Die Erneuerung seiner Partei in Richtung der von Delors vertretenen Sozialdemokratie mit Ausdehnung auf die links der Mitte stehenden Teile der Rechten. Dazu die Festigung der von ihm während seiner 14 jährigen Amtszeit gepflegten Führungsrolle Frankreichs in der EU.

### **Balladurs Eliminierung**

Mitterrand erachtete die Wahlen als eine Chance, den *Bruderzwist in der Rechten* für einen "comeback" der Linken zu benützen. Dazu brauchte er nach dem Ausscheiden

Delors einen Mann, der eigentlich schon immer ein Gegensatz zu ihm war. Ein altgedientes Parteimitglied, welches das Vertrauen der Basis hat, ein grosser Schaffer und Kenner der Probleme, lange Zeit im Hintergrund von ihm Partei-Sekretär, und in den letzten Jahren öffentlich in Opposition zu ihm bzw. von ihm auf die Seite geschoben. Der ideale Kandidat für alle diejenigen Wähler, die nach 14 Jahren Mitterand einen Wechsel der Politik, des "Mitterandismus", verlangten. Also ein Mann, der wegen seiner Distanz zu Mitterand noch viel glaubwürdiger als irgendein Kandidat der Rechten mit einem Reformprogramm (das Modewort der Wahlkampagne) vor alle Franzosen treten konnte. Sehr wahrscheinlich ist Mitterand von Delors in der Wahl Jospins bestärkt worden, weil dieser seiner Idee einer *Sozialdemokratie* näher stand als ein Emanuelli, ein Lang oder ein Mauroy.

Sowohl Mitterand als auch Delors waren vor der ersten Wahlrunde vom politischen Charisma Jospins nicht sehr überzeugt - inzwischen sind sie eines besseren belehrt worden. Es ging also darum, Jospin so aufzubauen, damit er eine Chance habe, sich gegenüber einem der Schwergewichte der Rechten, Chirac oder Balladur, durchzusetzen.

Offenbar war Mitterand aus eigener Erfahrung der Meinung, dass ein *Chirac mehr Schwierigkeiten haben könnte, einen Sozialisten zu schlagen* als ein neuer Mann, wie *Balladur*, der sich zudem als Premierminister nicht schlecht bewährt hatte trotz all der Schwierigkeiten, die er, Mitterand, immer wieder versucht hatte, ihm in den Weg zu legen. Mit Hilfe des ihm von 14 Jahren Kontakt her doch sehr ergebenen Fernsehens, insbesondere des Moderators politischer Sendungen von TF1, Poivre d'Arvor (PPDA), war es relativ leicht, Balladur im ersten Wahlgang ins *Abseits* zu drängen. Chirac spielte mit - entweder übersah er die

übersah er die ihm gestellte Falle, oder er kümmerte sich in seinem ihm eigenen, den Wählern so sympathischen Draufgängertum recht wenig um die machiavellistischen Manipulationen Mitterands. Diesmal, im Gegensatz zu 1981 und 1988, sollte er Recht behalten. Umso gelegener kam ihm die Eliminierung Balladurs, die nicht zuletzt durch eine intensive *Anti-Balladur-Kampagne* aus seinen Kreisen bewirkt worden war: er betrachtete seinen langjährigen Freund Edouard als viel gefährlicher denn irgendeinen anderen Kandidaten, einschliesslich den Sozialisten Jospin, was diesem erlaubte nach der ersten Wahlrunde an die Spitze zu gelangen und was beinahe der Rechten wiederum eine Niederlage hätte einbringen können.

### **Der Sieg Chiracs**

Der Ausfall Balladurs und das in der ersten Runde von Jospin erzielte Ergebnis war gerade das, was eine *Kämpfernatur* von der Art Chiracs brauchte. Er wirkte gelöst, selbstsicher, aber auch viel weniger aggressiv und seine Ausführungen waren klar und wenig verklausuliert. Irgendwie fühlte er sich als *Gaullist in seinem Element*. Anstatt sich das Mäntelchen eines Pseudosozialisten umhängen zu müssen, konnte er als ein zwar sozial gesinnter, aber ein überzeugter Bürgerlicher mit starken nationalen und patriotischen Akzenten, besonders auch in Richtung der Jugend, auftreten. Jospin, der sich ehrlich als Sozialist bekannte, erleichterte ihm die Aufgabe eines ganz auf den Gegensatz rechts/links ausgerichteten Wahlkampfes. Das erlaubte Chirac in die Kerbe zu hauen "14 Jahre Sozialismus, besonders in der von Mitterand *monarchisch* geprägten Art, seien genug". "Time for change", der so oft in amerikanischen Präsidentschaftswahlen benützte *Slogan* wurde auch von Chirac über Gebühr strapaziert, aber gerne von allen Unzufriedenen gehört.

## Le Pens Rolle

Nach der ersten Wahlrunde wurden rein mathematisch die Chancen Chiracs als günstig betrachtet. Besonders weil Balladur sofort nach dem Bekanntwerden seines Ausscheidens am Abend des Wahltags alle seine Wähler aufforderte, für Chirac zu stimmen. Wie nachträglich festgestellt werden kann, ist diese Empfehlung von all seinen Wählern lückenlos befolgt worden. Das deutet auf ein politisches Gewicht, das von Chirac und seinen Anhängern nicht unterschätzt werden sollte.

Aber diese Stimmen, zusammen mit denjenigen des eingefleischten Maastricht-Gegners Philippe de Villiers hätten mit 45% immer noch nicht zum Sieg Chiracs gereicht. Die bürgerliche Rechte kann es drehen, wie sie will, das Zünglein an der Waage war - und das ist inzwischen einwandfrei von Stimmurne zu Stimmurne bestätigt worden - bei den als Rechtsextremisten verschrienen, sich selber als nationale Rechte bezeichnenden 15,8 % Wähler von Jean-Marie Le Pen. Dieses für viele überraschende Resultat wurde an der ersten Runde ganz einfach deshalb erzielt, weil Le Pen der einzige Kandidat war, der den Mut hatte, das heikle Problem der Immigration und Unterwanderung Frankreichs - mit zum Teil recht gefährlichen Ausländern - anzupacken und sich gleich, wie de Villiers, für die Wiederherstellung der *französischen Souveränität* im Rahmen der EU und Maastricht einzusetzen.

Damit hatte es Le Pen in der Hand, zu entscheiden, wer zum französischen Staatspräsidenten gewählt wird. Mit dem Hinweis, er werde sich der Stimme enthalten, hat er natürlich die Waage zugunsten Chiracs ausschlagen lassen. Erstens wegen den nationalen und gaullistischen Äusserungen Chiracs, seinen, allerdings sehr vage gehaltenen Andeutungen eines eventuellen Referendums inbezug auf Maastricht und schliesslich wegen seiner draufgängerischen, sich bewusst von der konservativ-

bürgerlichen Art Balladurs unterscheidenden und einen grossen Teil der Jugend ansprechenden, volksnahen Art.

### Schlussfolgerung

Ein bekannter französischer Politologe sagte vor Jahren, dass Chirac nicht der Mann sei, um einen Sozialisten zu schlagen. Er möge sich noch so sozial geben, es werde ihm weder links noch rechts abgenommen. Die nach der ersten Runde vollständig *geänderte Art des Auftritts von Chirac*, das bewusste Hochspielen des Gegensatzes Rechts/links haben diesen Politologen widerlegt.

Die Aufgabe Chiracs wird nicht leicht sein, wenn er nicht mit Balladur und dessen Anhängern eine geschlossene Front zu bilden vermag. Er wird diese Front gegenüber Le Pen, die dritte politische Kraft des Landes, aber auch gegenüber einer sich dank der ausgezeichneten Leistung Jospins erneuerten sozialistischen Partei brauchen.

Sicher ist auch, dass jetzt Jacques Delors, gewissermassen als Nachfolger von Mitterand in der Rolle des *Seniors der Partei*, Jospin bei der Erneuerung des Sozialismus in Frankreich unterstützen wird. Dabei dürfte ihm das von den Franzosen neu entdeckte Gesicht Jospins eines ehrlichen, überzeugten und nicht finassierenden Politikers nützlich sein. Von besonderem Nutzen wird dabei für Chirac sein, dass die Sozialisten im Parlament in dessen gegenwärtiger Zusammensetzung, besonders im Repräsentantenhaus stark in der Minderheit sind. Auch alle übrigen Institutionen im Lande, bis hinab zu den Gemeinden, sind in den Händen der Rechten. Das kann zu Missbräuchen führen; die Rechnung dafür würde der Rechten spätestens bei den Legislaturwahlen 1998 präsentiert werden. In der Zwischenzeit wird ein *Versagen Chiracs und der von ihm einzusetzenden Regierung* zur Lösung insbesondere der *sozialen Probleme* unweigerlich bewirken, dass man "*auf die Strasse geht*" um zu seinen Rechten zu kommen: Die Gewerkschaften haben dies schon

angekündigt und andere politische Gruppierungen bereiten sich auf diesen Kampf ausserhalb der verfassungsmässigen Institutionen vor.

Einmal mehr kommt dabei dem *Verhalten der Medien*, insbesondere dem Fernsehen eine entscheidende Bedeutung für einen ordnungsgemässen Verlauf des politischen öffentlichen Lebens in Frankreich zu. Auswüchse, wie sie sich insbesondere der unterdessen wegen Korruption zu 15 Monaten bedingt verurteilten Polit-Moderators PPDA geleistet hat, sollten vermieden, wenn nicht gar gesetzlich verboten werden. Im Hinblick auf die Wahlen bei uns im Oktober sollten auch wir gewisse Lehren aus dem Verhalten der französischen Medien ziehen, um rechtzeitig solchen Vorgängen den Riegel zu schieben.

Original Text vom 24.April 95 mit redaktionellen Änderungen  
publiziert am 26.Mai 95 Schweizerzeit.

## "ANGST VOR EUROPA"?

### Nüchterner Realitäts-Sinn statt utopische Illusionen

Die Frage ist nicht, ob die Schweizer Angst vor Europa bzw. der Europäischen Union haben; die Frage ist eher, ob die von der Schweiz bei einem Beitritt zu leistenden Opfer gerechtfertigt wären gemessen an den deutlich zutage tretenden inneren und äusseren *Schwächen* der EU.

Als erstes stellt sich für die Schweiz die Frage: Kann je mit einem *starken und in sich geeinten Europa* gerechnet werden - ein Europa, das nach innen und nach aussen die Sicherheit der Mitgliedstaaten zu garantieren vermöchte und deshalb beispielsweise unsere Neutralität überflüssig machen würde.

Frage zwei: Kann die EU die *wirtschaftlichen Bedürfnisse all seiner Mitglieder und Völker so befriedigen*, dass kein Mitgliedland mehr darauf angewiesen ist, die Interessen seiner Bevölkerung durch Abschluss individueller Verträge mit Drittländern zu wahren: Mit anderen Worten keine individuelle völkerrechtliche Handlungsfähigkeit mehr braucht. Es ist dies die auch heute noch sogar innerhalb der EU umstrittene "treaty-making-power", obwohl auf dem Papier (Römerverträge) die exklusive Kompetenz der EU-Organe auf aussenwirtschaftlichem Gebiet verbrieft ist. Von einzelnen Mitgliedstaaten wird das zwar immer wieder, im Falle ungenügender Berücksichtigung ihrer Interessen durch die Kommission in Brüssel, bestritten, wie das Frankreich kürzlich an der letzten Gatt-Runde getan hat.

Frage drei: Ist schliesslich die *gemeinsame Grenze der EU* bereits heute so solide gesichert, dass sowohl Schmuggel von Waren und Dienstleistungen als auch illegale Einreisen unerwünschter Ausländer unterbunden werden?

Nur wenn diese drei Fragen mit einem *klaren Ja* beantwort-



tet werden können, könnte dem Schweizervolk in guten Treuen der Beitritt zur EU empfohlen werden.

### **EU: Die Wirklichkeit**

Jahre lang sind die Folgen eines *Alleingangs der Schweiz* in den schwärzesten Farben geschildert worden. Jetzt, im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen im Herbst, wird die angebliche Angst der Beitrittsgegner vor der EU an den Pranger gestellt. Das sei, wird uns gesagt, ein schlechter Ratgeber, der noch teuer zu stehen kommen könnte. Anvisiert werden diejenigen Kandidaten, die "nicht den Mut haben dem Volk endlich reinen Wein einzuschenken" und ihm zu sagen, dass die EU und das supranationale System in Brüssel *gar nicht so schlimm* seien.

Dieser Forderung nach mehr Klarheit über die wirklichen Verhältnisse bei der EU kann ohne weiteres zugestimmt werden; sagte doch Mitterrand am 17. Mai beim Abgang von seinem Amt als französischer Staatspräsident, dass "das Ideal immer besser ist als die Realität". Der langjährige Präsident der Kommission der EU in Brüssel, Jacques Delors, hat besonders im vierten Teil "L'ambition européenne," des zusammen mit Dominique Wolton veröffentlichten Buches ihrer Gespräche über die "Einheit eines Mannes" (L'unité d'un homme, Edit. Odile Jacob, Nov 94) wiederholt recht eindeutig zugegeben, dass die *europäische Konstruktion* noch sehr weit von ihrem *Ideal entfernt sei*: Dieses Ideal in der ursprünglichen Form kaum je erreichen werden könne. Im Gegenteil, die EU werde noch vor dem Jahre 2000 in eine *gefährliche Krise* geraten, wenn nicht raschestens tiefgreifende Reformen durchgeführt werden.

Der beim europäischen Parlament für das EU-Budget verantwortliche Berichtersteller François d'Aubert, neuerdings Staatssekretär und Budget-Direktor der Regierung

Juppé in Frankreich, hat gestützt auf die umfangliche, ihm offiziell verfügbare Dokumentation auf mehr als 450 Seiten, unter Anführung zahlreicher, detaillierter und begründeter Beispiele, ein erschütterndes Bild der *strukturellen, administrativen und rechtlichen Unzulänglichkeiten und Unregelmässigkeiten* inbezug auf das Funktionieren des grossen freien Binnenmarkts gezeichnet (Main basse sur l'Europe, Untersuchung über die Abgleitungen in Brüssel, Edition PLON, 1994).

### **Die Gewissensfrage**

Die Frage ist, ob mit dem von den Beitritts-Befürwortern neuerdings so häufig benützten Argument "es sei alles in Brüssel lange nicht so schlimm" nicht eine Art *Beruhigungs-Hypnose* verfolgt wird? Den Schweizern einzureden, sie sollten keine Angst haben, diesem Klub beizutreten. Man könne sich immer "arrangieren," unangenehmen Verpflichtungen auszuweichen. Das läge durchaus im Rahmen einer "Realpolitik", die übrigens, nach d'Aubert, in zunehmenden Ausmass auch von allen EU-Mitgliedern praktiziert wird. Unsere von ihrem Beitritt so begeisterten österreichischen Nachbarn haben allerdings schon sehr früh erfahren müssen, dass in der EU das Arrangieren den Grossen und Starken viel leichter fällt als den Kleinen. Ab-gesehen davon würde ein solches "realpolitisches" "Sich-Arrangieren" der grundsätzlichen Einstellungen in unserem Lande zu *Recht und Moral*, aber auch dem im Völker-recht verankerten Grundsatz von "Treu und Glauben" widersprechen. Ein Land, dem die weltweit anerkannte *Glaubwürdigkeit seiner Unterschrift* unter internationalen Verträgen noch etwas bedeutet, besonders ein kleines Land wie die Schweiz, sollte nie irgendeinen Vertrag mit der von EU-Mitgliedstaaten so häufig benützten "reservatio mentalis", das heisst mit dem Hintergedanken unterschreiben, man werde sich dann schon so drehen und

wenden, um allzu lästigen Verpflichtungen aus dem Wege zu gehen. Für jeden Kandidaten zu den eidgenössischen Wahlen im Herbst ist es deshalb eine *Ehren-Pflicht*, sich zumindestens Gedanken über *Schein* und *Wirklichkeit bei der EU* zu machen. Von den Behörden in Bern, der "classe politique", den Medien, den Diplomaten und zahlreichen Professoren und Experten muss jetzt in aller Form verlangt werden, mit der Wahrheit über die ihnen zum Teil bereits bekannten Wirklichkeit des Gebildes in Brüssel herauszurücken!

### **Die Konstruktion Europas**

Nach wie vor behaupten die Befürworter eines Beitritts zur EU, dass sich die EU mit der Zeit, und zwar rascher als man glaube, zu einem *staatlichen oder staatsähnlichen Gebilde* auswachsen werde. Gemäss dem am 7. Februar 1992 unterzeichneten Vertrag von Maastricht würde der heute bestehende gemeinsame Markt mit der dazugehörigen Zollunion zu einer eigentlichen Wirtschafts- und Währungsunion, einer militärischen Verteidigungsgemeinschaft und einer gemeinsamen Aussenpolitik ausgebaut werden. Dazu kämen die notwendigen Institutionen mit einem sukzessiven Ausbau des Systems von *Mehrheitsentscheidungen*.

In seinem Gespräch mit Dominique Wolton hat sich Delors dazu, als der grosse Kenner der EU, lange nicht mehr so optimistisch geäussert. Das ist wohl auch der Grund, warum sich das nächste Gipfeltreffen am 26/27. Juni in Cannes speziell mit den Schwierigkeiten bezüglich der Verwirklichung der Zielsetzungen von Maastricht befassen wird. Bereits bei ihrem ersten Treffen am 18. Mai in Strassburg haben Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Chirac bestätigt, dass eine Relance der europäischen Idee dringend notwendig geworden und dies in erster Linie die Verantwortung Deutschlands und Frankreichs sei.

Die Beitrittsbefürworter sollten uns deshalb nicht immer wieder an den Kopf werfen, die EU sei eine *Realität*, an der auch die Schweiz nicht vorbeikomme. Die EU steht und fällt mit der *Realisierung der Zielsetzungen von Maastricht*. Maastricht ist aber heute mehr denn je in Frage gestellt! Delors führt diese Schwierigkeiten im wesentlichen auf die veränderte politische Lage in Europa seit der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 zurück.

### **Delors Europa-Idee**

Ursprünglich hatte Delors beantragt, Maastricht zu einem einheitlichen, umfassenden Vertragswerk mit einem klaren institutionellen Rahmen (Ausbau der Kommission zu einer Art Regierung, möglichst selbständig bei ihren Gesetzesinitiativen zu Handen des Europäischen Rats und des Parlaments, letzteres mit verstärkten Kontrollfunktionen) zu machen. Ein Gebilde, bei welchem, wie bei einem Baum, die einzelnen Teile vom wirtschaftlichen bis zur gemeinsamen Aussenpolitik als Teile eines Ganzen - wie die von einem starken Stamm ausgehenden Äste - straff zusammengefasst würden. Der Widerstand der einzelnen Mitgliedstaaten, insbesondere eine Initiative von Kohl und Mitterand, machte, so Delors, aus Maastricht einen *griechischen Tempel*. Die einzelnen Teile wurden in drei *nebeneinander stehende Säulen* (Wirtschaft und Währung; Aussenpolitik und militärische Sicherheit; Innere Ordnung und Justiz) mit einem nur nach aussen gemeinsamen Giebeldach, eben der Europäischen Union, konzipiert. Anstatt einer *einheitlichen Grundakte*, die nach ihm nicht von Anfang an eine Verfassung hätte sein müssen, wurde eine *multilateraler Vertrag* geschaffen. Ein Vertrag der unterschiedliche Kompetenzen schafft, die einzelnen Sektoren nebeneinander bestehen lässt und keine einheitliche zusammenfassende Führung erlaubt. Zwar habe er vorgeschlagen, wenigstens einen auf mehrere Jahre gewähl-

ten, *unabhängigen Präsidenten* vorzusehen, der nach außen eine einheitliche Präsenz der EU sicherstellen könnte. Nach innen wurde besonders von Deutschland, eine Verstärkung des Parlaments, des Ministerrats und des europäischen Rats auf der Ebene der Staatsschefs, also eine Verstärkung des *nationalstaatlichen Willen*, verlangt. Etwas, das wohl jetzt mit Chirac und vor allem mit Philipp Sequin, dem wiederbestätigten Präsidenten des französischen Repräsentanhauses, einer der Führer der Gegner von Maastricht bei der Abstimmung in Frankreich, noch stärker in Erscheinung treten dürfte! Dabei sollte auch, so d'Aubert, das gegenwärtig alleinige Initiativrecht der Kommission zur Vorlage von Gesetzestexten, das Delors als entscheidend für die Entwicklung der EU betrachtet, beschnitten werden.

Gemäss dieser Architektur würde die *Kommission* zu einem reinen *Exekutiv-Organ*. Das im Vertrag von Maastricht vorgesehene Subsidiaritätsprinzip wäre so klar zu definieren, dass es der Kommission nicht mehr zur Erweiterung ihrer Kompetenzen dienen kann. Als vordringlich werden die inneren Reformen erklärt, mit denen alle bestehenden, von d'Aubert im einzelnen aufgeführten Misstände, zu beseitigen wären. Vorher müsste aber die Währungsunion zumindestens beschlossen sein, was auch nach Delors kaum vor 1999 der Fall sein dürfte. Für Delors ist das besonders bedenklich, weil, wie er das immer wieder erklärt habe, ein *gemeinsamer Markt ohne gleiche Wettbewerbsbedingungen und einer einheitlichen Währung* nicht funktionieren könne: das komme besonders bei den durch das Wechselkursgefälle unter den Mitgliedstaaten verursachten Problemen in der Landwirtschaft und im Fischfang zum Ausdruck.

### **Das Erweiterungsproblem der EU**

Enormes *Kopfzerbrechen* lösen in Brüssel die Vorschläge

zur *Erweiterung der Europäischen Union* nach Osten aus. Delors sieht durch die Erweiterung gar das Überleben der EU schlechthin in Gefahr, weil mit dem Einstimmigkeitsprinzip eine Weiterentwicklung ohnehin nicht denkbar sei. Das Überleben der EU, sogar als eine einfache Freihandelszone wäre gefährdet. Deshalb habe er inbezug auf den Binnenmarkt *Mehrheitsbeschlüsse* eingeführt. Diese können bei einem qualifizierten Mehr (einer nach der Bedeutung des Mitgliedstaates abgewogene Stimmenzahl) nur funktionieren, wenn die einzelnen Mitgliederländer bereit und auch fähig sind, bei einem weiteren Ausbau mitzumachen, wie zum Beispiel die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Voraussetzungen einer Währungsunion zu erfüllen. Ohne eine *europäische Währung* würde der jetzt bestehende *Binnenmarkt auseinanderbrechen*.

Besonders schwierig ist für Delors die Frage qualifizierter Mehrheitsbeschlüsse bei einer Erweiterung der Zahl der Mitgliederländer, wie das von den mittel- und osteuropäischen Ländern immer dringlicher verlangt wird. Er sagt dazu wörtlich "was man nicht A 30 machen könne, müsse man halt denjenigen überlassen, die dazu bereit und fähig sind, ohne allerdings die Gesamtheit eines grossen Europas in Frage zu stellen". Das ist nichts anderes als die vom CDU/CSU-Vorsitzenden Schäuble lancierte und in letzter Zeit in Mode gekommene Idee eines *Europas der zwei Geschwindigkeiten*. Das ist nicht das gleiche wie ein Europa "A la carte", das wir Schweizer uns wünschen.

Gemäss Delors, aber auch Schäuble und Giscard d'Estaing, bedeutet ein Europa der zwei Geschwindigkeiten einen starken, inneren Kern der EU, dem sich in verschiedenen Kreisen mit *verschiedenen bzw. weniger Rechten, aber den gleichen Pflichten*, die anderen europäischen Staaten anzuschliessen, lese "zu satellisieren" hätten. Letztlich kann nach Delors dieser *innere Kern* nur aus *Deutschland und Frankreich* bestehen. Das ist neuer-

dings am Treffen in Strassburg von Kohl und Chirac klar zum Ausdruck gebracht worden indem sie betonten, die Verantwortung für die Relance der Einigung Europas sei ausschliesslich bei Frankreich und Deutschland.

### **Utopie und Wirklichkeit**

Auf jeden Fall ist die EU heute weit entfernt von den ursprünglichen Zielsetzungen eines starken, in sich gefestigten staatlichen Gebildes (Staatenbund oder Bundesstaat), das Frieden, Ordnung, eine gewisse wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit auf unserem Kontinent zu garantieren vermag. Ein Block, der weltweit zu einem besseren, wenn möglich friedlicheren Zusammenleben von Völkern und Staaten beizutragen vermöchte.

Es ist nicht einmal gelungen, einen freien, nach aussen geschützten und *einwandfrei funktionierenden Binnenmarkt* zu schaffen. Zwar sind tausende von Gesetzestexten (Richtlinien und Empfehlungen) auf allen nur denkbaren Sachgebieten erlassen worden. Margaret Thatcher meinte einmal, es hätte viel weniger gebraucht, um einen ebenso freien Markt zu schaffen. Anstatt sich auf klare, einfache, leicht verständliche Grundsätze und Ausführungs-Vorschriften zu beschränken, enthält jeder Gesetzeserlass der EU zusätzlich noch zahllose Ausnahmen, Abänderungen und zwischen den Mitgliederstaaten ausgehandelte Kompromisse. Dadurch wird der eingangs festgelegte Grundsatz *durchlöchert, verbogen und verklau-suliert*, sodass nicht einmal ein Spezialist im Endeffekt weiss, was eigentlich gilt. Oder wie es Chirac bei seiner Erklärung vor dem französischen Parlament in bezug auf sein Land formulierte, sei die *Folge von zu viel Gesetzen, in Wirklichkeit kein Gesetz mehr zu haben*. Wie d'Aubert feststellt, wird dadurch der tägliche Geschäftsverkehr innerhalb des grossen Marktes mehr behindert als erleichtert. Der ordnungsgemässe Vollzug dieser Erlasse wird erschwert; gleichzeitig wird einer missbräuchlichen

An-wendung "Tür und Tor" geöffnet.

Als Folge davon ist der *Vollzug* in den einzelnen Mitgliederstaaten stark *vernachlässigt, ungenügend koordiniert und praktisch überhaupt nicht von den Gemeinschaftsorganen kontrolliert* worden mit dem Ergebnis einer nach aussen an vielen Stellen durchlöcherten Gemeinsamen Zollmauer. Zudem zeigten die letzten Gatt-Verhandlungen eine in sich gespaltene oder sich nur mühsam zu einer gemeinsamen Handelspolitik durchringenden Gemeinschaft. Trotzdem sind den Mitgliedern direkte Handelvertrags-Verhandlungen mit Drittstaaten verboten. Von den versprochenen Vorteilen des grossen gemeinsamen Markts ist wohl auf dem Papier, aber in der Praxis wenig zu verspüren. Weniger als in einer Freihandelszone, weil bei dieser wenigstens jedes Land auf Grund der verlangten Ursprungszeugnisse selber kontrollieren kann, ob eine Ware eingeführt werden darf. Wie d'Aubert das in seinem Bericht an zahlreichen konkreten Beispielen zeigt, gelangen heute tausende von Tonnen Waren und Dienstleistungen schwarz oder "grau" in den Gemeinschaftsraum, die gar nicht dafür qualifizieren: Wandern dann ungehindert von einem Mitgliedland zum andern; werden auf den dortigen Märkten zu Dumpingpreisen, oder besonders auch bei Nahrungsmittel, unter Missachtung aller Sicherheitsvorschriften zum Nachteil der einheimischen Produzenten und Konsumenten, abgesetzt.

### **Mehr Kosten als Vorteile**

Als Folge dieses ungenügenden Funktionierens der EU steht der dafür gemachte Aufwand in keinem Verhältnis zu dem damit erzielten Nutzen für einen grossen freien, nach aussen geschützten Binnenmarkt. Das ist angesichts eines bereits 1994 jährlichen Budgets von nahezu 130 Milliarden Schweizerfranken sehr schwerwiegend. Hat bereits zu heftigen Debatten innerhalb der EU geführt und ist einer der wichtigsten Reformpunkte seitens der Deutschen



und Franzosen. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass ein grosser Teil dieses Budgets, zu mehr als 2/3, für verschiedene Struktur-Fonds, Entwicklungshilfe und Unterstützung einzelner Mitgliederstaaten verwendet wird. Davon profitieren in erster Linie Irland und Griechenland, aber auch der "Mezzogiorno" in Italien, Spanien, Portugal, sogar Ostdeutschland, die Landwirtschaft in Frankreich und neuerdings Finnland, um nur die wichtigsten zu nennen. Wie d'Aubert in seinem Bericht dokumentarisch belegt, geht ein bedenklich hoher Prozentsatz dieser Hilfe "unterwegs" zu den Nutzniessern bei vielen *obskuren Vermittlern, offiziellen und weniger offiziellen Stellen*, wenn nicht gar bei der *Mafia verloren*. Für einen Nettozahler (ein Staat der mehr in die EU-Kasse zahlt als er daraus erhält, wie das für unser Land bei seinem Beitritt der Fall sein dürfte) ist das nicht gerade eine sehr attraktive Perspektive! Auf jeden Fall wird unsere Mitgliedschaft nicht nur finanziell, sondern auch politisch und wirtschaftlich mehr kosten als der damit verbundene Nutzen. Die Frage ist berechtigt "Für was?" - nur um sagen zu können, *man sei dabei*, man "denke also fortschrittlich". In Wirklichkeit aber gibt man sich, wie das aus den Ausführungen Delors und d'Aubert klar hervorgeht, nur der *Illusion* hin, bei der Gestaltung des zukünftigen Europa mitreden und irgendwelchen Einfluss ausüben zu können.

Zudem müsste unser Land noch in Kauf nehmen, nicht nur von den Bewohnern der Mitgliedstaaten überrannt zu werden, sondern vor allem von Menschen aus der übrigen Welt, die wegen den laxen Grenzkontrollen gewisser EU-Länder relativ leicht in die Gemeinschaft einzudringen vermögen. Die EU präsentiert sich vielleicht nach aussen als der Zusammenschluss unabhängiger Staaten, in Wirklichkeit, so d'Aubert, wird sie nach innen von einer *schwerfälligen Technostruktur* und einem bereits heute erschreckende Ausmasse annehmenden *Konglomerat* von

internationalen und nationalen, nachlässigen oder korrupten Technokraten, Beamten, Experten, Beratern, Lobbyisten, internationalen Geschäftsleuten jeder Art, einschliesslich der neu entstandenen *EuroMafia* ("Euromerta" genannt) dirigiert. In die EU integriert würden wir davon noch mehr, als dies bereits der Fall ist, erfasst werden.

### **Schlussfolgerung**

Die eingangs erwähnten Fragen können in *keinem Punkt positiv beantwortet werden!*

Das heisst nicht, dass die EWG, später die EG und neuerdings die EU keine positiven Seiten bezüglich dem freien Handel und eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa aufweisen. Aber irgendwie, da zeichnen d'Aubert aber auch Delors das gleiche ernüchternde Bild, drängt sich der Eindruck auf, dass beim Aufbau eines einheitlicheren Europas nicht nur alles viel harziger läuft, sondern dass man auch beim bisher Erreichten eher rückwärts geht.

Wie immer die Entwicklung verläuft, sollten wir jetzt in der Schweiz unsere europäische Zukunft nicht mit Hypotheken belegen, die auf jeden Fall von der gegenwärtigen Wirklichkeit in keiner Weise gerechtfertigt werden!

## VERFASSUNGSWUNSCH: BESSERE WAHLCHANCEN FÜR PARTEILOSE

Seit der Einführung des Proporz bzw. der Verhältniswahl mit der Revision des Art. 73 der Bundesverfassung am 13. Okt. 1918 sind die Chancen eines Parteilosen in den Nationalrat gewählt zu werden äusserst gering. Doch seit 1918 haben sich die Verhältnisse im politischen Leben der meisten westlichen Demokratien geändert. Es besteht ein echtes Interesse an Persönlichkeiten, die *direkt von den Stimmbürgern als Kandidaten* bezeichnet und gewählt werden.

Diese "Unmittelbarkeit" bei der Wahl eines Volksvertreters wird als wesentliche Voraussetzung betrachtet, damit dieser nicht nur Partei- oder Gruppeninteressen nach genau festgelegten Richtlinien vertritt, sondern sich von Fall zu Fall, nach bestem Wissen und Gewissen und in ständigem Kontakt mit seinen Wählern, für das einsetzt, was er im allgemeinen Interesse des Landes als richtig erachtet. Der heute so oft geltend gemachte Graben zwischen Stimmvolk und Parlament, damit auch zum Bundesrat, könnte besser überbrückt werden als dies mit dem festgefahrenen System der Bezeichnung der Kandidaten durch die Parteien der Fall ist.

Wenn schon die Bundesverfassung revidiert werden soll, dann wäre es gut wenn wir alle - nicht nur eine von Bern auserwählte "Elite" - darüber nachdenken, wie das *Vertrauen der Wähler* wieder herzustellen wäre:

Die Ausgangsbasis ist klar - heute kann defacto nur derjenige dem Volk zur Wahl in den Nationalrat unterbreitet werden, der von einer Partei vorgeschlagen bzw. auf einer der zugelassenen Partei-Wahllisten figuriert. Wenn auch theoretisch die Möglichkeit einer freien Liste besteht, so sind wegen des Proporz-Systems die Chancen, als

Parteiloser gewählt zu werden, äusserst gering wenn nicht gar null.

Innerhalb einer Partei kommt nur derjenige zum Zug, der von den entscheidenden Instanzen, um nicht zu sagen vom Partei-"Establishment", vorgeschlagen und unterstützt wird. Die breite Wählerschicht ist weder daran beteiligt noch wird sie bei der Bezeichnung der Kandidaten befragt. Sie hat sich lediglich an der Urne für die ihr "vorgesetzten" Kandidaten zu entscheiden.

Der Nachteil dieses Systems ist, dass sich der gewählte Volksvertreter gegenüber seiner Partei verpflichtet fühlt und: in den seltensten Fällen den Mut hat, von den *Parteidirektiven abzuweichen*. Ein solches Problem würde für einen Parteilosen weniger bestehen. Er könnte im Parlament wirklich nur für das stimmen, was er von sich aus im allgemeinen Interesse des Landes als richtig erachtet. In der Regel ist heute ein Vertreter im Nationalrat bei seinen Entscheidungen nicht nur durch die Richtlinien seiner Partei, sondern zudem noch aus verschiedenen, nicht zuletzt auch wirtschaftlichen und finanziellen Gründen eingeengt.

Die unmittelbare Beteiligung der breiten Masse der Stimmbürger bereits bei der Bezeichnung der Kandidaten - ähnlich wie das früher bei den Landsgemeinden war - könnte ein erster Schritt zur Wiederherstellung des verloren gegangenen Vertrauens sein. Zu prüfen wäre deshalb, das Proporz- genau so wie das frühere Majorz-System durch einen Wahlmodus zu ersetzen, der an Stelle der verschiedenen Parteilisten nur eine *einzigste offizielle Wahlliste* (wie bei den französischen Präsidentschaftswahlen) für einen ersten Wahlgang vorsieht. Auf diese Liste kann jeder wahlfähige Schweizerbürger gesetzt werden, der von 300, 500 oder gar tausend Stimmbürger schriftlich vorgeschlagen wird, wobei selbstverständlich (und behördlich

kontrolliert) ein Stimmbürger seine Stimme nur einem Kandidaten geben kann.

Zu einem zweiten Wahlgang werden dann wiederum auf einer einzigen offiziellen Wahlliste nur noch dreimal soviel Kandidaten als der betreffende Wahlkreis Sitze hat zugelassen und die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erreicht haben. Im ersten und im zweiten Wahlgang kann der Stimmbürger auf den offiziellen Wahlliste jeweils nur soviel Namen anstreichen als der betreffende Wahlkreis über Sitze verfügt. Als gewählt im zweiten Wahlgang gelten dann die Kandidaten, die an der Spitze im Rahmen der verfügbaren Sitze sind.

Ein *revolutionäres System*? oder gar ein Hirngespinnst? Vielleicht, aber auf jeden Fall ein System, das mit der in den meisten westlichen Demokratien festgefahrenen Situation bei den bestehenden Parteien Schluss machen würde. Es geht auch gar nicht darum, die politischen Parteien abzuschaffen oder auf die Seite zu drücken, sondern vielmehr darum, den Stimmbürgern wieder die Gewissheit zu geben, dass sie bei der Auswahl der Kandidaten, genau so wie bei der anschließenden Wahl ein entscheidendes Wort mitzureden haben!

Auf jeden Fall könnte damit das Interesse am politischen Geschehen neu geweckt werden. Das neue System hätte noch den Vorteil, die Kombinationen und Rechenkünste bei Wahlen abzuschaffen. Gewählt würde nicht, wer den Parteien, den diversen Finanz- und "Pressuregroups" genehm ist, sondern wer das Vertrauen einer, allerdings nur einfachen Mehrheit von Stimmbürgern erhält. Eine wichtige Voraussetzung dazu wären eine behördlich kontrollierte und vollständig *objektive Information über die einzelnen Kandidaten* vor beiden Wahlgängen: Gleiche Zeit am Radio und Fernsehen und gleichviel Raum in den

Printmedien. Mit auf diese Weise gewählten Volksvertretern würden die Verhandlungen im Nationalrat wieder lebendiger. Sie würden ausgefahrene Geleise verlassen. Die Abgeordneten könnten nicht mehr aneinander vorbeireden, sondern sie müssten miteinander reden. Sie müssten versuchen, im kreativen Gespräch Lösungen zu finden, die weniger vorbelastet und deshalb wiederum mehr auf das allgemeine Interesse ausgerichtet zu sein hätten!

Original Text vom 1.Juli 95  
publiziert am 11.Juli 95 Basellandschaftliche Zeitung.

## WER WILL SCHON IN DIE EU?

### Das Welschland und Europa

Die Frage ist heute schwierig zu beantworten. Sind es wirklich - wie die Medien behaupten - mehrheitlich die Westschweizer? Oder wird der "Röstigraben" nur von jenen beschworen, die aus ganz spezifischen Interessen - die in den wenigsten Fällen mit dem angeblichen Gegensatz zwischen Deutsch- und Westschweiz etwas zu tun haben - versuchen, dem Schweizervolk einzureden, eine *Zukunft ohne EU-Beitritt* sei für unser Land nicht denkbar.

Auf jeden Fall kann schon heute eine Wette eingegangen werden: Würde die Schweiz tatsächlich der EU beitreten und würde danach die ungebremste Regulierungssucht des supranationalen Gebildes in Brüssel in seiner ganzen Wucht über die Schweiz hereinbrechen, dann wären die Romands mit Sicherheit die ersten, die sich gegen den alles einschränkenden Dirigismus wortreich auflehnen würden. Bei mehr als 2130 Gemeinschafts-Erlassen, die gemäss dem Zwischenbericht des Bundesrats vom 29. März 1995 bis Ende 1994 von dem Rumpf-EWR übernommen werden mussten und die auf dem Schleichweg der sogenannten Swisslex in unsere Gesetzgebung eingebaut wurden, wäre dies keineswegs verwunderlich. Sind es doch gerade die Romands, die sonst so empfindlich auf alles, was von Bern kommt, reagieren!

Aus der langen Liste solcher schon heute mit Sicherheit voraussehbarer Enttäuschungen seien nur einige, besonders frappierende Beispiele erwähnt.

### Enttäuschung der Medien

Die meisten westschweizerischen Printmedien erhoffen von einem Beitritt zur EU eine beträchtliche Ausweitung ihrer Ausstrahlungskraft und damit ihres in der Schweiz viel zu kleinen Marktes. Ihr täglicher *Kampf zum Überleben*

- es sei nur an das Schicksal der "La Suisse" erinnert  
- hat sicher seinen Grund auch darin, dass sie mit der nun seit Jahren systematischen Hetze gegen alles aus der Deutsch-schweiz, besonders auch in der Europafrage, die Leser jenseits des Röstigrabens vor den Kopf stossen. Das gleiche gilt vom westschweizerischen Fernsehen. Es ist einfach undenkbar, das Leser oder Zuhörer angezogen werden können, wenn bei jeder Gelegenheit, insbesondere nach eidgenössischen Abstimmungen, die Deutschschweizer pauschal als hinterwäldnerisch und hoffnungslos borniert beschimpft werden.

Anstatt die Überlebenschancen der westschweizerischen Medien in etwas mehr Öffnung und Objektivität den Deutschschweizern gegenüber zu suchen, glauben sie ihr Heil in einem *Anschluss* an die grossen französischen Medien suchen zu müssen, was nach Meinung führender westschweizerischer Persönlichkeiten nur bei einem Beitritt zur EU möglich wäre.

Man sollte einmal die Belgier fragen, wie es in Wirklichkeit um dies "Francophone Solidarität" bestellt ist? Wer die komplexe, von inneren Kämpfen und von ständigen staatlichen Eingriffen geprägte französische Medienszene kennt, der weiss, dass es nach einem Beitritt zur EU nicht lange dauern wird, bis von einigermaßen unabhängigen westschweizerischen Medien überhaupt keine Rede mehr sein kann!

### **EU-Zentrum in der Schweiz ?**

Massgebende Kreise der Westschweiz, insbesondere die "classe politique" in Genf und dem Waadt, sind davon überzeugt, dass sie gleich, wie für die UNO, zu einem Ab-leger bzw. eine Art *regionales Zentrum der EU-Organ*e für einen grossen Teil der Schweiz werden können. Sie vergessen dabei, dass die UNO-Stellung von Genf mit finanzieller Unterstützung der ganzen Schweiz, und zwar mehr-



heitlich mit deutschschweizerischen Steuergeldern, erkaufte wurde. Zudem wäre es eine Illusion dabei an eine massgebende Unterstützung der Franzosen zu glauben. Eine tief verwurzelte Eifersucht gegenüber den doch relativ besser geordneten politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnissen in unserem Lande, nicht zuletzt auch der Neid dem starken Schweizer Franken gegenüber, die auf jeden Fall besser funktionierende Demokratie und vieles andere mehr haben schon immer *die Franzosen uns gegenüber negativer eingestellt* als zum Beispiel die Engländer, Italiener, Spanier und vor allem die Deutschen. Kurioserweise manifestiert sich diese negative Einstellung viel häufiger den Romands gegenüber als den Deutschweizern.

Wenn schon im Falle eines Beitritts seitens der EU überhaupt irgendwelche regionale Zentrumsfunktionen vergeben werden, dann ohne Zweifel an Orte wie Bern, der Raum Zürich oder die Regio Basiliensis. Das ist seinerzeit am Treffen in Basel von Bundeskanzler Kohl viel deutlicher gesagt worden als mit den schönen, aber nicht sehr substantiellen Erklärungen Mitterands. Mit Hochsavoyen als besonderes Problemkind, die Konkurrenz von seitens des Raumes Lyon mit der Ambition eines Paris II bieten sich für Genf keine besonders aussichtsreichen Chancen. Ganz im Gegenteil zu Basel am Dreiländereck, der von Paris aus entwicklungspolitisch besonders geförderten Region um Mulhouse, Belfort/Besançon und dem dynamischen Baden Württemberg.

### **Mitreden, Mitentscheiden, Mitgestalten**

Möglicherweise gelingt es einigen unserer begabten westschweizerischen Diplomaten, Politiker und hohen Beamten bei den "hohen" Behörden der EU einen wichtigen und gutbezahlten Posten zu ergattern - Generaldirektoren und Direktoren, Generalsekretäre und Präsidenten der ver-

schiedensten Ausschüsse gibt es ja bei der Verwaltung in Brüssel, mit ihrem weitmaschigen administrative Netz von Experten- und Abreitsgruppen, haufenweise.

Bereits bei der Besetzung wenigstens eines Sitzes in der Kommission dürften die ersten Enttäuschungen eintreten. Wie Delors in dem vielzitierten Buch über seine Gespräche mit Dominique Wolton (*L'unité d'un homme*, Ed. Odile Jacob, Nov.1994) festgestellt hatte, kann die Zahl der Mitglieder der Kommission nicht beliebig erhöht werden. Besonders dann, wenn die Zahl der EU-Mitglieder von heute 15 auf 24 oder mehr anwachsen sollte. Im günstigsten Falle gäbe es entsprechend der Idee einer EU der "Zwei Geschwindigkeiten" auch *zwei oder drei Kategorien von Kommissaren*. Richtig, antworten die Beitritts-Befürworter der Westschweiz, aber die zwei oder drei Kategorien in der EU richten sich dann nach dem Grad der Integrationsfähigkeit in die europäische Währungsunion und da habe die Schweiz weit bessere Chancen als die Mehrheit der anderen Mitglieder. Man brauche dann eben die schweizerischen Bank- und Finanz-"Genies", die sich schon seit Jahrhunderten von Genf aus in Frankreich manifestiert haben. Sicher, aber zum Leidwesen unserer westschweizerischen Miteidgenossen ist damit zu rechnen, dass ein solches "Genie" eher auf dem Finanzplatz Nr. 1 unseres Landes, nämlich Zürich, gesucht werden wird.

Was das *Mitreden* anbelangt, so darf noch einmal Delors zitiert werden, der auf eine Frage Woltons ziemlich unumwunden antwortete, er habe wenig Zeit gehabt, sich mit den einzelnen Kommissaren zu besprechen und deren Rat schläge einzuholen. Hätte er das getan, dann wären mehr als 40% der verfügbaren Zeit draufgegangen. Sein Kabinett habe jeweils die Geschäfte für seine Empfehlungen an die Regierungen viel rascher vorbereitet. Von *Mitreden und Mitentscheiden* darf da nicht viel erwartet wer-

den - noch weniger von einem *effektiven Mitgestalten* als Vertreter eines so kleinen Mitgliedlandes wie die Schweiz: Auch wenn es sich bei unserem Lande bei einem EU-Beitritt um einen wichtigen Nettozahler - der mehr in die Gemeinschaftskasse zahlt als er von ihr erhält - handeln würde. Die Finnen, aber auch die Österreicher und Schweden haben dies inzwischen genau so gemerkt, wie vor ihnen die Dänen und viele der anderen kleineren EU-Mitglieder.

### **Der Vorteil der Sprache**

Für Uneingeweihte besteht nach wie vor der Eindruck, dass das *Französisch die Sprache der europäischen Integration* geblieben ist. Seit den Zeiten der alten OECE (Organisation Européenne pour la Coopération Economique) den Anfängen der europäischen Gemeinschaften, Montanunion, EWG und das Euratom, in welchen das Deutsch nur allmählich als offizielle Sprache anerkannt wurde, hat sich viel geändert. Die Domination des Französischen wurde aus rein praktischen Gründen durch das Englisch ersetzt, um neuerdings schon von der wirtschaftlichen Bedeutung her durch das Deutsche ergänzt zu werden. Die Illusion der Romands bei einem Beitritt der Schweiz zur EU würde sich das Französisch als ein Vorteil erweisen, ist heute allein schon deshalb überholt, weil die äusserst perfekten Simultanübersetzungssysteme sprachliche Nachteile vollständig eliminiert haben. Die Deutschschweizer müssen sich deshalb nicht mehr, wie das noch bis in die 70iger Jahre der Fall war, eines betretenen Schweigens befleißigen aus Angst, mit einem holprigen französisch oder englisch aufzufallen. Auch die Wendigkeit und Eleganz, mit der die meisten französisch sprechenden Delegierten zu glänzen pflegten, ist proportional zur wachsenden *Technizität* und *Präzision* der behandelten Themen, besonders im wirtschaftlichen, durch eine *nüchternen, technokratische Fachsprache* ersetzt worden, der

sowohl das Englische als auch das Deutsche besser entsprechen dürfte als das Französische. Abgesehen davon werden die Franzosen ihre Stellung als eine der zwei wichtigsten EU-Nationen auch auf sprachlichem Gebiet nicht so leicht an andere francophone Länder abtreten. Daran ändern auch die netten Worte Chiracs an der 50 Jahrefeier der UNO in Genf nichts.

### **Wegfall der Grenzen**

Mit dem Wegfall der Grenzen, so hoffen die Romands, würden sich die angeblich angeschlagenen "*Standort-Vorteile*" der Schweiz, besonders von Genf und Lausanne, im Personenverkehr, im Tourismus, im Waren- und Dienstleistungssektor, aber auch inbezug auf einen erleichterten Kapitaltransfer wiederum verbessern; wenn nicht gar Anlass zu neuen Vorteilen geben. Die bereits heute feststellbaren Anzeichen sehen leider anders aus:

Typisch ist da einmal die Tatsache, dass Frankreich den im Abkommen von Schengen vorgesehenen vollständigen Abbau der Grenzkontrollen zunächst einmal auf 6 Monate, wohl aber, angesichts der gegenwärtigen Terror- und Attentatswelle in Frankreich, noch auf längere Zeit verschoben hat. Der Grund dazu ist die vollständig ungenügende Kontrolle an der gemeinsamen Aussengrenze der EU, aber aus französischer Sicht auch die in der Schweiz selber ungenügende Kontrolle, sodass tausende von Flüchtlingen und Arbeitssuchenden, vor allem auch zunehmend gefährlichere Kriminelle, Geldwäscher, Drogenschlepper und Terroristen jeder Art über den europäischen Raum und bereits heute auch über die Schweiz nach Frankreich eindringen und sich ungehindert auf die anderen EU-Staaten ausbreiten. Das gemeinsame *Europapolizeisystem* erscheint auf dem Papier und in den superinformatisierten Strukturen perfekt: Gegenüber der Wirklichkeit hat es sich indessen bisher kaum bewährt. Um

so leichtfertiger erscheinen angesichts dieses Ungenügens von Europol Behauptungen des schweizerischen Justizministers, wonach die Schweiz nur als Mitglied der EU die durch Ausländer verursachte Kriminalität und Unsicherheit unter Kontrolle bringen könne. Frankreichs neuer Innenminister Debré ist da ganz anderer Auffassung.

Bei einem allfälligen EU-Beitritt der Schweiz müssten die Romands von der damit verbundenen Öffnung der Grenzen sogar damit rechnen, von der französischen Kriminalität weit stärker als heute belastet zu werden, weil zahlreiche Kriminelle, besonders auch Terroristen und politische Flüchtlinge vor der gegenwärtig überorganisierten Strafverfolgung in Frankreich ins Welschland und von dort in die übrige Schweiz auszuweichen versuchen. Als ob wir mit bald 30% Ausländer und der bereits jetzt ziemlich stark eingewanderten "*Euromafia*" *nicht schon genug Probleme hätten.*

Die Öffnung der Grenzen würde sich gerade in der Westschweiz auch für den Kleinhandel und das Gewerbe katastrophal auswirken indem noch mehr als bisher die Schweizer ihre Einkäufe in Frankreich besorgen und das billigere französische Gewerbe und Handwerk bevorzugen würden. Zudem würden wir mit relativ *billigen Arbeitskräften* überflutet werden. Unsere immer noch in der Romandie vorhandenen qualifizierten Unternehmen und Arbeitskräfte würden in vermehrtem Ausmass nach dem EU-Raum auswandern. Die Schweizer würden wegen dem *starken Franken* ihre Ferien noch häufiger in Frankreich verbringen, dafür würden die Franzosen einen grossen Bogen um die Schweiz machen. Es gäbe noch eine ganze Reihe anderer Beispiele, wie die nachteiligen Folgen der Landwirtschaftspolitik der EU auf den florierenden Weinbau in der Westschweiz, die Milchwirtschaft, insbesondere auch mit den neuerdings bereits festgestellten nach-

teiligen Auswirkungen der billigeren französischen Milch auf die weltweit bekannte schweizerische Schokoladenproduktion, unsere Käsewirtschaft usw. usf.

### **Warum also diese fanatische Befürwortung eines Beitritts zur EU?**

Angesichts all dieser Tasachen fragt sich der unvoreingenommene, der Romandie besonders zugetane Schweizer, weshalb die *westschweizerischen Miteidgenossen* eigentlich so *fanatisch* auf einen raschen EU-Beitritt versessen sind?

Ist es ein angeblich unsolidarisches Verhalten der Deutschschweiz den Romands gegenüber? Wenn ja in welcher Beziehung? Etwa weil wir in guten Treuen anderer Meinung in der Europafrage sind, die wie gezeigt wurde, der Westschweiz im Falle eines Beitritts noch mehr Nachteile als der Deutschschweiz bringen würde?

Oder sind es die *wirtschaftlichen Schwierigkeiten* der Westschweiz? Wofür die Ursachen vielleicht nicht nur den Deutschschweizern allein angelastet werden dürfen, sondern zu einem Teil auch bei den Romands selber zu suchen wären.

Oder findet die Polemik gegen die Deutschschweiz die Ursache in Kreisen, die an einem Beitritt zu EU aus Gründen interessiert sind, die *wenig mit dem Allgemeinenwohl des Landes* zu tun haben?

Oder wird die entfachte Polemik von der *Rechthaberei* jener diktiert, die es noch immer nicht verkraften können, dass das Schweizervolk in der Europafrage nicht ihren Empfehlungen gefolgt ist?

Das wäre sehr schade für unsere direkte Demokratie, um die uns viele Länder auf der ganzen Welt beneiden.

Sollte es diesen Kreisen gelingen, das Volk umzustimmen, nur um Recht zu behalten, dann würde die Zukunft unseres Landes bedenklich aussehen! Alle diejenigen, die als Deutschschweizer tief in ihrem Herzen francophon sind, würde es besonders schmerzen, wenn der Anstoss dazu von der Westschweiz käme. Da würde es auch nichts mehr nützen, wenn die Romands bei einem Beitritt die ersten wären, die am meisten unter dessen Folgen leiden und als erste darüber klagen würden.

Aus all dem ergibt sich, dass bevor wir an Europa denken, wir uns der *Schweiz bewusst werden* und wieder näher zueinander rücken sollten!

## MÜSSEN WIR DIE PARLAMENTARIER "IM SACK KAUFEN"?

Die alte bulgarische Bauernweisheit "man kaufe eine Katze nicht im Sack", sondern sehe sich das Kaufobjekt vorher genau an, prüfe und probiere es, um ganz sicher zu gehen, dass es die Erwartungen erfüllt, gelangte ursprünglich nur bei der Brautschau zur Anwendung. Neuerdings wird diese Regel in allem und jedem benützt - und sie sollte auch in unseren Demokratien bei der *Wahl der parlamentarischen Vertreter* befolgt werden.

Denn einmal gewählt können die Volksvertreter tun und lassen, was sie wollen bzw. was ihnen von ihren Parteien oder den dahinter stehenden Kreisen vorgeschrieben wird. Die breite Masse der Wähler wird in den wenigsten Fällen gefragt, muss sich bei Reklamationen mit mehr oder weniger plausiblen Erklärungen zufrieden geben oder geduldig bis zu den nächsten Wahlen warten, um einen Volksvertreter allenfalls durch Nichtwiederwahl zur Rechenschaft zu ziehen.

Einer der Mitverfasser unseres heute noch gültigen Verfassungstextes sagte damals, dass sich die direkte Demokratie nur für kleine Staaten eigne, weil nur da jeder jeden kenne und so einen Kandidaten aus eigener Erfahrung beurteilen könne. Gerade das - so wird uns heute gesagt - werde durch die elektronischen Medien, insbesondere das Fernsehen, genau so gut, wenn nicht besser als an einer Landsgemeinde ermöglicht. Gross am Bildschirm die Gesichtszüge und Reaktionen eines Kandidaten studieren zu können und anzuhören, was er sagt und wie er auch auf schwierige Fragen antwortet, sollte doch jedem genügen, sich *ein Bild über die Person eines Kandidaten* zu machen. Theoretisch ist das ein bestechender Gedanke. In der Praxis läuft das aber ganz anders. Erstens wird nicht jedem Kandidaten am Bildschirm, wenn überhaupt, gleich



viel Zeit eingeräumt. Die moderne Technik ist - wie sich das an den französischen Präsidentschaftswahlen gezeigt hat - so perfektioniert, dass ein Kandidat möglichst vorteilhaft und der andere höchst nachteilig gezeigt werden kann. Das fängt schon mit dem *Blickwinkel* der Fernsehkamera an, der Schminke, der Position, Bekleidung und vielen anderen Kleinigkeiten. Dazu kommen die Fernsehmoderatoren, die mit ihren Fragen, vor allem mit ihren Unterbrechungen und Kommentaren, einen Kandidaten in kürzester Zeit effektiv "fertigmachen" oder einen anderen hoch hinaus bringen können.

Und was die Kandidaten uns über ihr Programm und ihre Ziele sagen, wie sie es sagen und wie es in allen anderen Medien verbreitet wird, das alles stammt in der Regel aus der Küche der heute so mächtig gewordenen Polit-Werbespezialisten. Natürlich kostet das Geld, sehr viel Geld, von dem nicht jeder Kandidat gleich viel hat: Die einen können leichthin dank der hinter ihnen stehenden finanzkräftigen Kreise 600'000, 800'000 oder gar eine Million Franken und mehr für einen Nationalratssitz ausgeben, die anderen müssen sich mit einigen Tausendern zufrieden geben.

Dieses breitmaschige Gewebe von Manipulationen im Zusammenhang mit der Wahl eines Volksvertreters breitet sich wie ein *undurchsichtiger Schleier* vor dem Wähler aus, sodass er effektiv die "Katze im Sack" kaufen muss. Er mag noch so viele Stunden vor dem Bildschirm verbringen, haufenweise Zeitungen durchblättern oder von einer öffentlichen Gesprächsrunde zur anderen eilen - er wird nicht klüger als zuvor. Resigniert nimmt er dann die Liste der ihm sympathischsten Partei in die Hand, ändert vielleicht ein paar Namen und wählt die Frau oder den Mann, die dann vier Jahre lang nicht seine Interessen wahrnehmen, sondern die im Geiste unserer Verfassung nach bestem Wissen und Gewissen, möglichst unabhängig von irgendeiner "Pressure"-Gruppe, das Beste für das

Land zum Inhalt ihrer parlamentarischen Tätigkeit machen sollten.

Sehr bald nach den Wahlen setzt dann die *Ernüchterung* ein, *Enttäuschung*, *Zorn* und *Resignation* - "die da in Bern machen ohnehin, was sie wollen"! Also Schluss mit der Politik: Damit aber auch Schluss mit der Demokratie! Oder wenn man jung, hitzköpfig und radaufreudig ist - es gibt diese Wähler auch bei den älteren Semester- dann geht man auf die Strasse. Dann wird die Demokratie zur Regierung der am *lautesten pöbelnden Minderheit*.

Was tun? Auf jeden Fall wären in der bevorstehenden Verfassungsreform klare Vorschriften, ein " Code of good conduct" für Parlamentswahlen aufzustellen. Es braucht harte Bedingungen für die Qualifikation eines Kandidaten, wobei der Nachweis vollständiger Unabhängigkeit (einschliesslich aller Verwaltungsratsmandate und anderer finanzieller Verknüpfungen) im Vordergrund stehen sollte. Vor allem aber bräuchte es eine Regel, die im Sinne einer General- prävention die einzelnen Volsvertreter während der Aus-übung ihres Mandats dazu zwingt, sich ständig des bei ihrem Amtsantritt abgelegten Eids bewusst zu sein und danach zu handeln. Zu diesem Zwecke sollte den Stimm-bürgern das Recht zustehen zu verlangen, dass sich der von ihnen gewählte Volksverttrter noch vor Ablauf der Legislaturperiode zu einer Art Bestätigungs- oder Abwahl stellt, wenn dies eine bestimmte Anzahl Stimmberechtigte (die natürlich seinem Wahlkreis angehören müssen) verlangen.

Schliesslich wäre - wie das die Erfahrungen bei unseren Nachbarn zeigen - auch unser Strafrecht noch straffer zu fassen, um die leider heute überall zur Mode gewordenen Unregelmässigkeiten (lies Korruption) wirksam bekämpfen zu können.

Original Text vom 8.September 95 publiziert am 19.Sept.95 Basellandschaftliche Zeitung.

### **VERFASSUNGSREFORM UND PARLAMENTSWAHLEN** **Die Zukunft der direkten Demokratie**

Der Bundesrat will mit der von ihm eingeleiteten *Total-revision der Bundesverfassung* in erster Linie die Volksrechte ändern, insbesondere Referendum und Initiative erschweren. Eine entsprechende Regierungs- und Parlamentsreform soll dann erst später etappenweise erfolgen.

Einmal mehr ist also nur eine Reform in Etappen auf dem Programm. Ein *gefährliches Vorhaben*, weil dadurch das bereits äusserst *labile Gleichgewicht* zwischen dem Volk, dem Parlament und der Regierung einseitig noch mehr zugunsten des Bundesrats verschoben wird. Ein Ziel, das auch das Parlament herausfordern muss - was der Wähler im Blick auf die Wahlen am 22. Oktober besonders zu gewichten hat.

#### **Die geltende Ordnung**

Die Gewaltentrennung in der geltenden Bundesverfassung wird heute in der Schweiz zunehmend beeinträchtigt, weil das Parlament seine Aufgabe zur Kontrolle der Regierung nur noch ungenügend erfüllen kann. Immer öfter muss der Souverän mit dem Mittel des Referendums für eine Korrektur der allzu *eigenmächtigen Politik des Bundesrats* sorgen.

An sich sollte die Wahl des Bundesrats durch die Bundesversammlung eine gewisse Abhängigkeit der Exekutive von der Legislative bewirken. So war es wenigstens von dem geltenden Verfassungstext gewollt. Aber bereits bei der Wahl der Mitglieder des Bundesrats ist das Parlament bzw. die Bundesversammlung sehr eingeschränkt. Zunächst ist wegen der 1950 eingeführten "Zauberformel" auf die Verteilung der Sitze zwischen

den sogenannten Bundesratsparteien zu achten: Damit auch auf die zahlreichen oft schwer überblickbaren Abmachungen zwischen den eigentlichen Machthaber unseres Polit-Establish-ments, einem Konglomerat massgebender Parteileitungen, führender Persönlichkeiten in Politik, Wirtschaft und Finanz, Gewerkschaften und Arbeitgeber, den Medien, massgebender Werbefirmen und Persönlichkeiten dieses in der Politik immer mehr an Bedeutung gewinnenden Berufsstandes. Ferner hat das Parlament bei der Wahl eines Bundesrats auf Sprache und Kantonszugehörigkeit und neuerdings auch auf eine angemessene Vertretung der Frauen zu achten. Von der Auswahl des *am besten qualifizierten und überzeugendsten Vertreters* unserer Demokratie, der zudem, wie bei einer Direktwahl, das Vertrauen der Mehrheit des Volkes genießt, kann da immer weniger die Rede sein.

### **Bundesrat - kaum kontrollierbar**

Die wirksame Kontrolle des Bundesrats durch das Parlament wird dadurch erschwert, dass unsere Verfassung, im Gegensatz zu den meisten parlamentarischen Systemen anderer Länder, kein *Misstrauensvotum* kennt. Unsere Bundesversammlung kann deshalb weder ein einzelnes Mitglied des Bundesrats oder das ganze Gremium vor Ablauf der auf vier Jahre festgesetzten Amtsdauer zum *Rücktritt zwingen*. Die enge Vernetzung zwischen den Parteien und die gegenseitige Rücksichtnahme hat zur Folge, dass in den wenigsten Fällen seit dem Inkrafttreten der geltenden Verfassung ein Bundesrat zum Rücktritt gezwungen oder nach Ablauf einer Legislaturperiode nicht wiedergewählt wurde. Wie einmal ein bekannter schweizerischer Staatsmann sagte, es liege an den Parteien (heute würde man sagen vor allem an den Medien), einem Bundesrat "schmackhaft" zu machen, es sei an der Zeit, in den Ruhestand zu gehen.

Diese Situation verleiht unserem obersten Exekutivorgan eine grosse Stabilität. Mit den Jahren wurde dadurch und infolge der Absenz einer eigentlichen Opposition *die politische Homogenität zwischen Bundesrat und Bundesversammlung* gefördert. Das hat in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts wesentlich zu einer Kontinuität der Staatsleitung und der Politik und damit zu der heutigen wirtschaftlichen Prosperität und zum hohen Lebensstandard unseres Landes beigetragen. Nach dem zweiten Weltkrieg haben sich aber die Verhältnisse geändert. Die wenigen Wechsel in der Zusammensetzung des Bundesrats und dessen fortwährende Kompetenzerweiterung hat die Regierung von der Bundesversammlung immer unabhängiger werden lassen; ihren politischen Einfluss verstärkt und dementsprechend klar erkennbare "autoritäre" Züge angenommen. (vgl. Fleiner/ Giacometti, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, 1949, S. 576 f) Das Vollmachtenregime der letzten zwei Weltkriege, vor allem aber auch der fortschreitende Multilateralismus haben diese Tendenz eines wachsenden autoritären Verhaltens des Bundesrats nicht nur der Bundesversammlung, sondern neuerdings auch gegenüber dem Souverän verstärkt. Anders wäre es gar nicht möglich, dass sich der Bundesrat in den letzten Jahren ständig über die Entscheidungen des Volkes z.B. in der für die Zukunft unseres Landes so entscheidenden Europafrage hinwegsetzen kann, ohne vom Parlament, den Parteien oder der öffentlichen Meinung, insbesondere den Medien, gebremst zu werden. Offensichtlich hat sich die politische Praxis von der Idee, welche der schweizerischen Bundesverfassung zugrunde lag, bereits beträchtlich entfernt.

### **Die dringlichste Reform**

Bemerkenswert *autoritär* gehen Bundesrat und das hinter ihm stehende Polit-Establishment auch bei der Totalrevision der Bundesverfassung vor. Der kürzlich veröffentlichte

Entwurf belegt - einmal mehr - die "*bewährte*" *Salamitaktik*: Zwei Phasen sollen abgewickelt werden. In der ersten Phase sollen nur die Formulierungen nachgeführt und modernisiert werden. Dagegen ist grundsätzlich wenig einzuwenden - selbst wenn in den Einzelbestimmungen noch manche Falle für das Funktionieren unserer direkten Demokratie versteckt sein dürfte. Kernstück der bundesrätlichen Vorschläge ist aber die geplante Reform der Volksrechte nach einem altbekannten Rezept: Man gibt dem Volk zusätzliche, belanglose Rechte beschneidet dafür das wichtigste Recht - Referendum und Initiative - indem seine Ausübung sachlich und formell (Unterschriftenzahl) erschwert wird.

Wenn schon die Volksrechte, als einer der wesentlichsten Bestandteile des *Gleichgewichts in der Gewaltentrennung* unserer Staatsordnung geändert werden, dann wären doch gleichzeitig die zwei anderen Teile dieses Gleichgewichts, die Parlaments- und Regierungsreform, an die Hand zu nehmen: Sofern man in Bern überhaupt an der Erhaltung dieses Gleichgewichts interessiert ist. Der Bundesrat aber vertröstet auf später, auf etappenweises Vorgehen nach dem "Baukastenprinzip".

Die Absicht ist klar: Zunächst sollen die Volksrechte eingeschränkt werden, weil sie die Regierung als lästig empfindet. Die Vormachtstellung des Bundesrats gegenüber dem Parlament soll unangetastet bleiben. Die Folge davon ist, dass der Bundesrat in seiner autoritären Politik, insbesondere auch in bezug auf einen Beitritt zur EU, fortfahren kann, ohne dabei durch die Volksrechte, dem einzigen Sicherheitsventil unserer Verfassung, gehindert zu werden.

### **Keine Teilreform der Verfassung**

Als die geltende Verfassung geschaffen wurde, ist die

Frage, wer das oberste Organ unseres Bundesstaates wählen soll, eingehend diskutiert worden. Damals ging es, angesichts der turbulenten Verhältnisse in unserem jungen Staatswesen, um Kontinuität und Stabilität. Die Wahl des Bundesrats durch die Bundesversammlung auf eine feste Dauer und unter Ausschluss einer vorzeitigen Amtsentsetzung bzw. eines Misstrauensvotums wurde damals in Kauf genommen in der Meinung, das Volk habe es dank seinem Referendumsrecht jederzeit in der Hand, eine autoritär überbordende Staatsleitung des Bundesrats zu korrigieren oder gar abzustoppen. Zudem wurde vom einzelnen Parlamentarier erwartet, dass er, einmal gewählt, seine Entscheidungen unabhängig nach bestem Wissen und Gewissen und weniger im Rahmen enger parteipolitischer oder anderer Instruktionen treffen würde. Auch die heute unkontrollierbaren politischen Beeinflussungsmöglichkeiten der Medien bestanden damals nicht in dem Ausmass, wie das heute vor allem dank Radio und Fernsehen zutrifft.

Inzwischen haben sich die *Verhältnisse grundlegend geändert*. Ein enges, schwer durchschaubares Netz gegenseitiger Beeinflussung und Abhängigkeit hat die Kontrolle des Bundesrats durch das Parlament - wie das dem Prinzip der Gewaltentrennung entsprechen würde - zumindest aufgeweicht. Entsprechend der vorstehend erläuterten Homogenität zwischen Regierung und Parlament werden in allen wichtigen Fragen Absprachen getroffen, die meistens auch von dem Polit-Establishment abzusegnet sind, bevor sie dem Volk als *fixfertige Vorlagen* serviert werden. Lehnt das Volk diese Vorlagen ab, so betrachten weder der Bundesrat noch das Parlament diese Ablehnung als ein wirklich ernst zu nehmendes Misstrauensvotum. Im Gegenteil, es wird an der einmal vom Bundesrat festgelegten Politik autoritär festgehalten. Mit Hilfe der Medien und recht viel Werbe-Millionen wird versucht, dem Stimmvolk

die *abgelehnte Vorlage mundgerecht zu machen* - nicht selten mit ungenügenden oder gar irreführenden Informationen, Drohungen und Einschüchterungen. Kein Wunder, dass bei einer solchen Behandlung das Stimmvolk zu beiden Organen weitgehend das Vertrauen verloren hat.

### **Ein neuer Verfassungsentwurf**

Eine Verfassungsrevision, wie sie der Bundesrat vorschlägt, ist in diesem Stadium nicht nur vollkommen unannehmbar, sondern sie ist dem Stimmvolk gegenüber schlechtweg *ein Affront*: Reformen der Volksrechte ohne eine gleichzeitige Parlaments- und Regierungsreform sollten auf das strikteste abgelehnt werden.

Der Bundesrat oder noch besser ein von den Parteien, dem Parlament, der Regierung und der Bundesverwaltung *unabhängiger Verfassungsrat* sollte zunächst die sich angesichts der Wandlung der Zeit aufdrängenden Parlaments- und Regierungsreformen prüfen. Erst wenn darüber Klarheit besteht, wäre zu prüfen ob und in welchem Ausmass die Volksrechte anzupassen wären, damit das jetzt labile Gleichgewicht zwischen den Gewalten zumindest wieder in seiner ursprünglichen, wenn möglich in einer verbesserten Form hergestellt wird. Nur so kann ein einwandfreies Funktionieren der direkten Demokratie im Gleichschritt mit einer für die Probleme der Zukunft notwendigen dynamischen Leitung des Staates sichergestellt werden.

### **Die entscheidende Bedeutung der bevorstehenden Wahlen**

Dem Bundesrat wird zu Recht der Vorwurf gemacht, dass er mit seiner defacto Teilrevision der Bundesverfassung im falschen Moment vorgeprellt ist. Er hätte korrekterweise die Parlamentswahlen abwarten sollen, um dann im Einvernehmen mit dem neuen Parlament zunächst einmal das richtig Vorgehen festzulegen. Dieses Vorgehen kann



nur ein unabhängiger Verfassungsrat sein.

Bis ein neuer *diskussionsfähiger Entwurf* vorliegt, geht es vor allem darum, den Bundesrat daran zu hindern, mit seiner vorstehend beschriebenen Vormachtstellung gegenüber dem Parlament die wichtigen Geschäfte, wie bisher, autoritär und ohne Rücksicht auf die Meinung von Volk und Ständen zu erledigen. Das wird eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben der neu zu wählenden Volksvertreter sein. Dafür wird es Persönlichkeiten brauchen, die an den Fortbestand der Schweiz als unabhängiger Bundesstaat mit der bisherigen Form einer direkten Demokratie glauben und bereit sind, sich dafür einzusetzen. An ihnen liegt es, die Reform unserer Verfassung in die richtigen Bahnen zu lenken und bis dahin den Bundesrat dazu zu bringen, den ursprünglichen Verfassungstext wieder besser zu beachten.

## WIR BRAUCHEN EINE REGIERUNGSREFORM

Wie krank ist unsere Demokratie?

Die Frage ist durchaus berechtigt, wenn ein Bundesrat (lies Otto Stich) kurz vor den eidgenössischen Wahlen demissioniert und damit die Wahl seines Nachfolgers dem neuen, in seiner Zusammensetzung geänderten Parlament entzieht. Damit wird auch der *Wille des Stimmvolks*, der sich bei Bundesratswahlen nur über die Volks- und Ständesvertreter manifestieren kann, umgangen.

Theoretisch gilt dies zwar nur bis zu den Gesamterneuerungswahlen zu Beginn einer Legislaturperiode, also im Dezember dieses Jahres, oder dann in Perioden von je vier Jahren. In Wirklichkeit aber kann der durch das Parlament in seiner alten Zusammensetzung gewählte Ersatz in seinem Amt solange bleiben wie er will. Abgewählt kann er nicht werden, und die Wiederwahl wird kaum verweigert.

Genau so fragwürdig ist es, wenn ein Bundesrat ( hier Jean-Pascal Delamuraz) aus persönlichen oder taktischen Erwägungen kurz vor der Wahl des Ersatzes für einen vorzeitig zurückgetretenen Kollegen erklärt, an seinem Sitz festhalten zu wollen. Dadurch werden die an sich bereits sehr eingeschränkten *Auswahlmöglichkeiten* für den neuen Bundesrat noch mehr eingeengt. Der Partei des zurückgetretenen Bundesrats wird ein Übergewicht zugespielt, das weit über das ohnehin äusserst labile Gleichgewicht in unserer obersten Landesbehörde hinausgeht. Bei der Verteilung der Departemente musste das zu persönlich und sachlich unhaltbaren, ja ungerechten Lösungen führen. Besonders im sprachlichen Bereich bewirkte dies, dass gute westschweizerische Anwärter kaum mehr sehr grosse Chancen für einen Sitz im Bundesrat haben dürften. Es gibt wohl wieder nur eine Einer-Vakanz. So wird nicht nur der Graben zwischen der Romandie und der Deutschschweiz grösser, sondern das Stimmvolk fühlt sich

noch mehr frustriert; es stellt sich zu Recht die Frage, wozu denn noch zur Urne gehen und seine Volksvertreter wählen, wenn das Spiel schon vorher zum grössten Teil gelaufen ist?

Die Diagnose ist relativ leicht. Bei der Wahl der Mitglieder unserer obersten Landesbehörde hat das Stimmvolk direkt oder indirekt über seine Vertreter in den eidgenössischen Räten nicht viel zu sagen. Letztlich wird die Wahl eines Bundesrats von einer *relativ kleinen Zahl von Personen* entschieden. Diese Personen sitzen an den entscheidenden Stellen der Parteien, der massgebenden Kreise in Politik, Wirtschaft und Finanz, der Verwaltung und den Medien. Dieses *Polit-Establishment* denkt nicht daran die Karten aus der Hand zu geben. Deshalb beschränkt sich die gross angepriesene Verfassungsreform neben einer durchaus notwendigen sprachlichen Bereinigung auf Reformen bei den Volksrechten, der Justiz und auf die Ernennung von Staatssekretären: aber über eine eigentliche Regierungsreform schweigt sie sich.

Doch nötig wäre eine Regierungsreform, die dem Stimmvolk ein effektives, wenn möglich sogar direktes Mitspracherecht bei der Wahl der Mitglieder unserer obersten Landesbehörde einräumt und die es auch möglich macht, einen Bundesrat während der Amtszeit seines Amtes zu entheben oder gar den Gesamtbundesrat zur Demission zu zwingen: Zum Beispiel dann, wenn er eine Politik betreibt, die deutlich gegen einen Volksentscheid verstösst.

Die Einflussnahme des Volkes bei der Zusammensetzung des Bundesrats könnte vor allem aber auch dadurch verstärkt werden, wenn endlich auf das bestehende "Konkordanz"-System, bei dem möglichst alle massgebenden Parteien im Bundesrat vertreten sind, verzichtet wird. Dadurch würde die politische "Szene" in unserem Lande wieder belebt werden.

Die von vielen Zeitgenossen beanstandete Ziellosigkeit, Lethargie und Bequemlichkeit sowohl der Exekutive als auch der Legislative und damit auch des Stimmvolks würde als Folge der ständigen Auseinandersetzung zwischen der Regierung und einer starken und alerten Opposition verschwinden. Gleichzeitig würde wieder eine Politik möglich, die dynamisch und fortschrittsgläubig ist.

Die eingangs gestellte Frage ist leicht zu beantworten: Ja, unsere Demokratie weist ernsthafte Krankheitssymptome auf. Aber im Kern ist sie noch gesund; nur die in ihr vorhandenen Kräfte sind neu aufzuwecken durch eine gleichzeitig mit allen anderen Reformen durchzuführende Regierungsreform!

## DAS "COMEBACK" DER RUSSEN AUF DEM BALKAN

Die Grossen - Clinton, Jelzin, Chirac, Mayor - hatten in New York abgemacht, noch vor Ende Oktober in Moskau zu einem *Prolog für die Friedensverhandlungen* in Bosnien zusammenzutreffen. Inzwischen hat Jelzin einen neuen Herzanfall erlitten und dürfte im günstigsten Falle nicht vor Monatsfrist zur Verfügung stehen. Heisst das, dass der Friedensprozess aufgehoben oder ohne Jelzin von den Amerikanern vorangetrieben wird? Machen auch die Russen ohne Jelzin mit? Bei der grossen Widerstandskraft "Borias" könnte es ihm gelingen, die Verhandlungen von seinem Spitalbett aus zu dirigieren.

Offensichtlich haben alle ein Interesse daran: Clinton im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen rasch zu einem Resultat zu gelangen; die Russen, um die sich nunmehr bietende *Chance für ein "comeback"* in der Balkanfrage nicht zu verlieren.

Erinnern wir uns: Zu Lebzeiten Titos, nach dem Fall der Berliner Mauer und beim Auseinanderbrechen Jugoslawiens hatten die Sowjetunion und später Russland nicht mehr viel - weder in der Weltpolitik noch auf dem Balkan - zu sagen. Es waren Jelzin und sein Aussenminister Kosyrev, denen es gelang, das Versagen der UNO in Bosnien, das Hin und Her der USA, das Zögern der westeuropäischen Staaten für ein "Comeback" auszunützen: Das fing zuerst ganz "bescheiden" an mit der Entsendung russischer Blauhelme, dann durch die Einschaltung in die Gruppe der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen in Bosnien, und neuerdings, indem Jelzin in New York - anlässlich der 50 Jahre Feier der UNO - zu dem umworbenen Vermittler für den Friedensplan von Bill Clinton aufrückte. Sein Trumpf, bzw. derjenige der Russen, ist der neuerwachte von der sehr aktiven orthodoxen (pravosla-

wischen) Kirche geförderte *Panslawismus*: Die Serben blicken wieder zum grossen slawischen Bruder, hören mehr auf ihn als auf den Westen.

Und die westlichen Grossmächte? Trotz des doch sehr relativen Erfolgs der Nato - Luftangriffe, die für hunderttausende von Menschen zu spät gekommen sind, trotz der Öffnung von Sarajevo und einer prekären Waffenruhe ist der Westen nach wie vor bereit, den Russen und Serben in allem und jedem nachzugeben.

Für die Serben, ausserhalb oder innerhalb von Bosnien, ist der Krieg bei weitem noch nicht zu Ende. Das Ziel ist nach wie vor ein sich bis zur dalmatischen Küste ausbreitendes *Grossserbien* mit grossen Teilen von Bosnien und Montenegro. Die Serben verhalten sich zwar jetzt - seit dem Erfolg der gemeinsamen kroatisch/bosniakischen Offensive - abwartend, hoffen aber - dank den Russen - auf Zeitgewinn und eine "Friedenslösung", die ihnen später gestatten würde, die Idee Grossserbiens zu einem günstigeren Zeitpunkt wieder aufzunehmen.

Inzwischen werden die *hilflosen Zivilbevölkerungen* von beiden Seiten hin- und hergeschoben. Das dauert nun schon Jahre an und wird so weitergehen. "Bewunderungswürdig" ist nur, wie erfinderisch die Bosnosserben sind, stets neue Argumente zu finden, Waffenstillstandsabkommen zum x-ten Male zu brechen oder den wievielten Friedensplan auf die "lange Bank" zu schieben. Moskau, Belgrad und Banja-Luka werden dieses Spiel noch lange betreiben mit dem Resultat, die Stellung der Russen als massgebender "Friedensbringer" definitiv zu etablieren. Zusammen mit den führenden Persönlichkeiten der Bosnosserben - bei denen kaum mehr die Rede von Kriegsverbrechen ist - sitzen sie am Konferenztisch in Genf oder anderswo, erreichen ihre Ziele indem auf dem Papier

das bestätigt wird, was mit roher Waffengewalt auf dem Terrain erreicht wurde.

Die Russen, vor allem aber die Serben, müssen jetzt aufpassen, dass die Kroaten und Bosniaken, beziehungsweise der *weltweit militante Islam* mit seinen eingeschmuggelten Freischärler, nicht wieder losschlagen, sich mehr Gebiete holen als ihnen die Serben genommen haben. Die Gefahr besteht auch, dass die neuerdings Tausenden von serbischen Flüchtlingen, die bewusst nach Kosowo und Mazedonien gelenkt werden, dort einen neuen Kriegsherd anschüren, der sich rasch auf Mazedonien und Albanien, aber auch auf Bulgarien und Griechenland (Ägeis-Mazedonien) ausdehnen könnte. Wenn dann schliesslich die USA und die Nato mit ihrer "Friedensarmee" einmarschieren, könnte es zu spät sein.

Und wie werden sich die Russen verhalten, wenn sie unter einem selbständigen Kommando Teil dieser Friedensarmee sind? Das *schreckliche Drama der letzten 4 Jahre* könnte dann von neuem für die armen hilflosen Zivilbevölkerungen auf beiden Seiten losgehen!

Original Text vom 30.Okt.95

publiziert am 13. Nov.95 Basellandschaftliche Zeitung

## FÜHRT AN DER EU WIRKLICH KEIN WEG VORBEI?

An der EU führe kein Weg vorbei - das behauptete kürzlich der hocheminente Sicherheitsexperte und Professor am Institut de Hautes Etudes in Genf, Curt Gasteyger. Es gäbe *keine ernstzunehmende Alternative zur EU* trotz ihrer zur Zeit "geschwächten Attraktivität". Die EU sei der entscheidende Pfeiler einer gesamteuropäischen Ordnung und deshalb führe für ihn als Schweizer und Europäer kein Weg an ihr vorbei.

Seit Churchill träumen wir alle von einem politisch und wirtschaftlich starken und unabhängigen Europa, das als eine *neue neutrale Kraft* in einer immer chaotischer werdenden Umwelt für Ruhe und Ordnung, für Frieden und mehr Gerechtigkeit für alle Menschen und Völker zu sorgen vermöchte. Gasteyger drückt sich zwar etwas vorsichtiger aus, indem er nur von einer "politisch eigenständigen, wirtschaftlich konkurrenzfähigen und sozial solidarischen Kraft in einer zunehmend chaotischen Welt" spricht. Auch eine Vision, wenn auch viel bescheidener als diejenige Churchills, aber eben, wie Gasteyger selber sagt, eine Vision, ohne die man nicht weiterkommen könne.

Wenn Gasteyger aber schon Visionen als notwendig erachtet, dann sollte er vielleicht auch zugeben, dass man in guten Treuen die ambitionösere Zielsetzung Churchills seiner doch schon sehr von dem ihm eigenen Realitätssinn geprägten Vision vorzieht. Bei näherem Zusehen geht es vor allem darum, ob Europa geeint und gestärkt werden soll, um den vor allem wirtschaftlichen Kampf mit den bereits bestehenden ( wie die USA ) oder die weltweit neu entstehenden, insbesondere wirtschaftlichen *Machtzusammenballungen* ( China, Südostasien, Islam ) aufnehmen zu können, oder ob sich ein geeintes Europa nicht in weiser Selbstbeschränkung - und vielleicht etwas nach schweize-



rischem Muster - zu einer zwar auch weltweit wirtschaftlich ( und auch militärisch) starken, aber *vollständig neutralen* und mit allen Völkern und Ländern *friedlich und solidarisch zusammenlebenden Kraft* entwickeln sollte. Im Vordergrund hätte dabei nicht die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit, vor allem die heute weltweit eingesetzte Hetze nach der Beherrschung der Weltmärkte, zu stehen, sondern die Beschränkung auf die Entwicklung einer eigenen gesunden, menschenarbeit-freundlichen und so auch sozial in sich ausgewogenen, zum grossen Teil selbstgenügsamen, deshalb umweltsfreundlicheren Wirtschaft, die zur Förderung gesunder, ausgeglichener Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den anderen Ländern und Staatengruppierungen beizutragen vermöchte.

Zugegeben, das ist vielleicht eine noch viel unrealistischere Vision für das zukünftige Europa als diejenige Gasteygers. Aber sie enthält wenigstens in sich nicht bereits den "teuflischen" *Samen ungesunder Hegemonie - Bestrebungen*, die heute durch das supranationale System der EU ermöglicht werden und leider bereits nur allzudeutlich bei den Grossen der Union, insbesondere Deutschland und Frankreich, zu Tage treten. Es genügt dazu die Debatten im deutschen Bundestag und dem französischen Parlament zu folgen, um diese Bestrebungen klar zu erkennen: Den sorgfältig gewählten Worten nach ist man zwar nur für Europa, in Wirklichkeit ist man aber "pickelhart" für die Wahrung der eigenen Interessen, auch wenn davon die Interessen anderer EU- Mitglieder oder gar der Union als solcher betroffen werden. Den Grossen geht es eindeutig innerhalb der EU nur um die Beherrschung dieses *supranationalen Vehikels*, das, *vielleicht besser als irgendeine Armee, nationalistischen Machtgelüsten* zu dienen vermag. Bundeskanzler Kohl formulierte das kürzlich bei der Haushaltsdebatte auf die Vorwürfe, man trete den EU-Partnern gegenüber nicht energisch genug auf, so, dass man diesen

Partnern gegenüber in allem höchst behutsam vorgehen müsse, heisse es doch schon jetzt: "Da sind sie wieder die Deutschen, zweimal am Boden, und jetzt wollen sie uns sagen wo es langgeht". Und in seiner ihm offenen Art gab er dann zu, dass man natürlich mit der Zeit in nichts nachgeben werde.

Als Realist kann auch Prof. Gasteyger nicht ablehnen, dass sich die EU bereits jetzt in einer sehr ernstesten *Existenz - Krise*, die übrigens von Delors bereit wiederholt bestätigt worden ist, befindet. Es geht nicht nur um den Zeitpunkt der Einführung der Währungsunion und einer Revision der Abkommen von Maastricht, sondern darum, wer das Sagen hat: die Deutschen oder die Franzosen, ohne dabei die Engländer, die Spanier, die Italiener und alle die Mittel- und Osteuropäer zu vergessen, die dann später bei der Berücksichtigung ihrer nationalen Gefühle lange nicht so zimperlich sein werden, wie die braven Schweizer.

Jedenfalls kann so oder so heute nicht gesagt werden, es führe kein Weg an der supranationalen EU vorbei. Denn die Supranationalität an sich erweist sich mehr denn je als der Beginn einer anderen Konstruktion für ein wieder *nationaleres aber trotzdem solidarisch geeintes Europa* - eben der Weg, den dann auch wir Schweizer zu gehen vermögen. Deshalb ist die jetzt in unserem Lande vorherrschende Ratlosigkeit nicht am Platz - genau so wenig wie der Versuch das effektive Nachgeben in den bilateralen Verhandlungen durch eine lautstarke Härte zu vertuschen.

## EUROPA IST INTEGRATIONSMÜDE

### Die Europäische Integration ist ins Stocken geraten

Seit der Gründung der Europäischen Organisation für Wirtschafts- Zusammenarbeit ( OECD ) 1948 in Paris, das heisst seit mehr *als 47 Jahren, ist intensiv an einer wirtschaftlichen und politischen Integration Europas* gearbeitet worden. Viel Positives wurde erreicht. Trotzdem steht neuerdings die Frage im Raum, ob sich der Aufwand gelohnt hat? Auf jeden Fall ist heute die europäische Integration ernsthaft ins Stocken geraten.

Die OECD begann ihre Tätigkeit, in Ergänzung zum Marshallplan, mit dem Aufbau lebensfähiger Volkswirtschaften in den einzelnen Mitgliederstaaten; dann der erste grosse Schritt aus der *gegenseitigen Abkapselung* der Staaten im letzten Weltkrieg mit einer rasch voranschreitenden *Liberalisierung* des Handels- und Zahlungsverkehrs; Ende der fünfziger Jahre führten die erfolglosen Verhandlungen um eine grosse Europäische Freihandelszone, zur Gründung der kleinen *Freihandelszone, der Efta*, und den *Europäischen Gemeinschaften*, heute der *Europäischen Union, EU*, sowie einer immer weitergehenderen wirtschaftlichen, sowie den ersten Ansätzen zu einer politischen Zusammenarbeit.

Irgendwie ist bei diesen intensiven, aber recht kostspieligen Integrationsbestrebungen ein gewisser *Sättigungsgrad* erreicht worden. Gerade diejenigen europäischen Staaten, die heute intern mit grossen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Problemen zu kämpfen haben - Frankreich ist dafür ein gutes Beispiele - möchten sich wieder selber mit ihren Problemen befassen: Auf nationaler Basis mit einfachen, dafür rasch wirkenden Mitteln die zum grossen Teil von aussen kommenden Ursachen ihrer Probleme abwehren, anstatt multilaterale,

immer komplexere und in der Praxis oft gar nicht funktionierende Lösungen zu suchen. Diese Tendenz, macht sich bei allen EU-Mitgliedstaaten, sowie auch im restlichen Europa bemerkbar.

Eine Art *Integrations- bzw. Europamüdigkeit*, die sowohl bei den Befürwortern als auch bei den Gegnern jeder weitergehenden Integration, insbesondere eines weiteren Ausbaus der EU, festzustellen ist. Kurioserweise am wenigsten in der Schweiz, weil unsere führenden Schichten, wie üblich mit Rückstand zur allgemeinen Entwicklung, noch ganz fest an das Allerheilmittel eines EU-Beitritts glauben und dies auch unserer Jugend einreden.

Die Gründe dafür sind vielfach: Wenn auch das bisher Erreichte durchaus positiv zu werten ist, sind sich doch viele Europäer der Tatsache bewusst geworden, dass das komplizierte Instrumentarium einer weitergehenden Integration Schwächen aufweist, die Zweifel an dessen *Wirksamkeit* sowie der *Verhältnismässigkeit der Kosten* aufkommen lässt.

### **Schwächezeichen**

Nach aussen präsentiert sich die EU, die heute in der europäischen Integration dominiert, kürzlich auf 15 Mitglieder erweitert wurde, noch immer in vollem Glanz. Sie erscheint stark genug, um besonders gegenüber den kleineren und wirtschaftlich schwächeren Staaten in- und ausserhalb des Kontinents als die alles ordnende Macht in Europa aufzutreten.

Aber bereits bei Bosnien hat sie vollständig versagt und die Entscheidung den Amerikanern überlassen. Leider, denn was in Dayton zusammengebastelt wurde, verspricht wenig Gutes für die Zukunft. Dafür dürfen bzw. müssen

jetzt, gemäss Präsident Clinton, die Europäer massiv beim *wirtschaftlichen Wiederaufbau* mithelfen. Brüssel hat dieses Paket bereits elegant an die Organisation für Sicherheit und Entwicklung in Europa weitergeschoben, die sich jetzt unter schweizerischem Vorsitz - dafür sind wir und vor allem unsere harten Schweizerfranken gut genug - mit dem Problem auseinandersetzen darf.

### **Wirtschaftlich wenig attraktiv**

Auf wirtschaftlichem Gebiet müssen die ambitionösen Zielsetzungen der EU einer vollen Wirtschafts- und Währungsunion in eine weite, wenn nicht gar vollständig unbestimmte Zukunft hinausgeschoben werden.

In dem nun voll "aus"-gebrochenen Zeitalter der "Globalisierung der Märkte und wirtschaftlichen Beziehungen" verliert der grosse, einheitliche europäische Binnenmarkt zusehends an *Attraktivität*, damit an Wirtschaftswachstum und neuen Arbeitsplätzen: Die grossen, vor allem die transnationalen Unternehmen, die "TRANSATS", wie sie neuerdings genannt werden, ziehen die Riesenmärkte des Fernen Ostens dem ohnehin schon stark ausgepumpten bzw. "abgegrastem" europäischen Binnenmarkt vor und zwar nicht nur zum Absatz ihrer Produkte und Dienstleistungen, sondern vor allem auch zur Verlagerung ihrer Produktion mit den entsprechenden Milliarden - Investitionen in diese zur Zeit noch aus Niedriglohnländern bestehenden Regionen; die kleinen und mittleren Unternehmen werden neuerdings in den meisten EU-Staaten, besonders markant ist das in Frankreich, von einer riesigen Konkurswelle überrollt.

Von den so oft gerühmten *Präferenzen der Mitgliedstaaten der EU* am grossen Binnenmarkt, von denen sich die neuen Mitglieder, wie Finnland, Schweden und Österreich, soviel versprochen hatten und denen so mancher Schweizer-

Unternehmer nachtrauert, bleibt bei näherem Zusehen nicht viel übrig: Viele dieser Privilegien sind der letzten Gatt (Uruguay) Runde zum Opfer gefallen. Was davon übrig geblieben ist, wird durch eine immer durchlässiger werdende gemeinsame Grenz- und Zollmauer zunichte gemacht. Trotz hunderte komplizierter und schwer überblickbarer Vorschriften, einem Verwaltungsaufwand von jährlich nahezu 150 Milliarden SFR ( gemäss neuester Schätzung), ist es nicht gelungen, die Löcher in dieser Mauer zu stopfen.

Als Folge davon wird das Gebiet der EU von Flüchtlingen und Arbeitssuchenden aus aller Welt, unerwünschten Personen, dubiosen Geschäftsleuten, Kriminellen, Terroristen oder ganz einfach von tausenden Obdachlosen, Migranten und Landstreichern *überflutet*. Besonders schwerwiegend ist der leider an immer mehr Punkten und Grenzabschnitten kaum noch kontrollierbare Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr, bei dem ein Skandal nach dem anderen aufgedeckt wird: Terroristen, meistens aus Drittstaaten, die ungehindert in die EU eindringen und von einem Mitgliedstaat zum andern ihrem unheimlichen Handwerk nachgehen; hunderttausende Tonnen Schmuggelware, die zum Nachteil der einheimischen Produktion zu Dumpingpreisen abgesetzt wird; eine florierende Geldwäscherei, neuerdings besonders zugunsten der immer gefährlicheren Mafia aus Russland und dem übrigen Osteuropa, um nur einige Beispiele für eine Situation zu nennen, die von Delors, als er noch im Amt war, periodisch kritisiert und als äusserst gefährlich für das Überleben der EU bezeichnet wurde.

### **Resignation statt Euro-Euphorie**

Besonders zu schaffen macht der EU als solcher und den einzelnen Mitgliedstaaten das weiterhin *stagnierende Wirtschaftswachstum*; eine erschreckende *Arbeitslosigkeit*

(offiziell 18 Millionen in Wirklichkeit eher gegen 30 Millionen) mit zunehmend gefährlichen *sozialen Unruhen*, die trotz einem ins Unermessliche gesteigerten sozialen Aufwand, entsprechend hohen staatlichen Defiziten und Einbußen bei der Konkurrenzfähigkeit einzelnen Unternehmen nicht mehr unter Kontrolle zu bringen sind.

Der EU, aber auch ganz allgemein allen auf dem Gebiet der europäischen Integration tätigen Organisationen, wird ein ständig wachsender Haushaltsbedarf, ein zunehmend schwerfälliger Beamtenapparat, viel Leerlauf und Korruption vorgeworfen. Viele Europäer, besonders auch in den neuen Mitgliedstaaten der EU, haben nachgerade die Nase voll von dem in keinem *Verhältnis zum Erfolg stehenden Aufwand*. Grossartige Mammutkonferenzen, eine Papierflut von Berichten, Vorschlägen und Gesetzestexten, von denen man genau weiss, dass sie nur auf dem Papier stehen bleiben und deren Anwendung von niemandem oder ungenügend kontrolliert wird.

Kein Wunder, dass bei dieser Entwicklung, die durch die teure Eigenreklame der supranationalen Institutionen in Brüssel hochgespielte *Euro-Euphorie* einer tiefsitzenden *Resignation* nicht nur in der EU sondern auch im restlichen Europa gewichen ist. Eine Resignation, die sich auch auf den Konsum, die Landwirtschaft, Gewerbe und Kleinhandel, besonders in Ländern, wie Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, die Beneluxstaaten, aber neuerdings auch ziemlich vehement in Deutschland auszuwirken beginnt. Und immer häufiger wird die Frage gestellt, wozu denn all dieser Aufwand, der ohnehin letzten Endes, vom Einzelnen aus gesehen, nur zu mehr Steuern und weniger wirtschaftlichen Vorteilen führt.

### **War die Zollunion ein Fehlgriff?**

Diese Europamüdigkeit greift neuerdings auch auf die politischen Kreise, die Verwaltungen und Regierungen

über. Je mehr die EU oder Europa zu einem in sich geschlossenen *Wirtschaftsblock* werden, desto grösser ist die Gefahr, dass sie mit den anderen *Wirtschaftsblöcken auf der Welt*, wie Südostasien oder die USA, in Konflikte geraten, von denen alle Mitgliedstaaten betroffen werden, auch wenn sie mit dem Konfliktgegenstand überhaupt nichts zu tun haben. Das ist auch der Grund, warum vor allem die grossen transnationalen Unternehmen anfangen, sich von der EU und den anderen Wirtschafts-Blöcken zu distanzieren. Der schweizerische Topmanager eines solchen Unternehmens erklärte kürzlich, bezüglich der grossen Probleme unserer Zeit werden in Zukunft die Verhandlungen nicht zwischen den Regierungen, sondern ausschliesslich zwischen den ganz grossen Unternehmen der Welt zu führen sein.

Angesichts solcher, für den einzelnen Bürger irgendwie doch recht bedenklicher Zukunftsaussichten, überlegt sich heute mancher, ob Ende der fünfziger Jahre mit dem Verzicht auf eine *grosse Freihandelszone* nicht ein grundlegender Fehler begangen wurde? Denn eine Zollunion ist letztlich vom Standpunkt des präferentiellen Zugangs zu dem von ihr geschützten Markt nur so viel wert, wie der *schwächste Punkt* ihrer nach aussen gemeinsamen Grenz- und Zollmauer. Der grosse Militär-Philosoph von Clausewitz sagte das gleiche von einer Festungsmauer. Die heutige EU ist ein gutes Beispiel dafür. Was nützt diese gemeinsame Grenz- und Zollmauer, wenn sie so durchlöchert ist, dass jedermann bzw. jede Ware illegal einzudringen vermag? Was nützt eine gemeinsame Handelspolitik, wenn die grossen transnationalen Unternehmen unter sich oder auch gegeneinander bestimmen, was in dieser übermässig "globalisierten" Welt gelten soll? Da wäre man mit einer Freihandelszone besser bedient, weil es für jede Ware und Dienstleistung *Ursprungszeugnisse* braucht, die auch innerhalb eines grossen freien



Markts an der Grenze jedes einzelnen Mitgliedstaates vorzuweisen sind. Das Geschäft der heute in der EU, und damit in ganz Europa florierenden *Schmuggler* würde dadurch genau so erschwert werden, wie dasjenige der illegal einreisenden Menschen aus aller Welt, die immer wieder an einer innereuropäischen Grenze ihr Identitätspapier zu zücken hätten, auch wenn sie im Genuss der Freizügigkeit sind. Überhaupt hätte eine Freihandelszone den Vorteil, dass einer wirtschaftlichen und auch politischen Zusammenarbeit keine Grenzen gesetzt wären mit dem Unterschied, dass die Teilnehmerstaaten sich in jedem Fall zu einen Konsens "zusammenzuraufen" hätten, dass es aber handkehrum für sie leichter wäre, in kritischen und dringenden Fällen für das eigene Land *autonome Abwehrmassnahmen* zu treffen als dies beim starren Gebilde einer Zoll- oder Wirtschaftsunion mit einer gemeinsamen Handelspolitik und einer ganzen Reihe anderer gemeinsamer Politiken der Fall ist.

### **Schlussfolgerung**

Die einzelnen Staaten sollten, auch als Mitglieder irgendeiner multilateralen Organisation, wieder vermehrt in die Lage versetzt werden, die *Verantwortung* für ihre Probleme selber zu übernehmen. Erst wenn sie bei sich selber Ordnung geschafft und ihrer Eigenart entsprechend eine gesunde wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Entwicklung sichergestellt haben, werden sie sich zu einer engeren Zusammenarbeit und gemeinsamen Ordnung zusammenschliessen können. Die Erfahrungen in der EU zeigen, dass die europäischen Staaten, die Grossen und die Kleinen, diesen Reifegrad noch nicht erreicht haben.

Dementsprechend kann es heute bei der europäischen Integration nach wie vor nur um den *Freihandel* und eine *wirtschaftliche Zusammenarbeit* und nicht um die Erhaltung eines von oben nach unten aufgebauten *starren und*

*sehr theoretischen Systems*, gehen. Einmal mehr darf der Altmeister der EU, Jacques Delors, zitiert werden, der in den letzten Jahren wiederholt, in seiner manchmal sehr diskreten Art und in kleinen Nebensätzen, durchblicken liess, dass auch ein weniger starres System - eben eine Freihandelszone, wie sie neuerdings von der EU selber für den Mittelmeer-Raum vorgesehen wird - mit einigen zusätzlichen Bestimmungen für eine solidarische Zusammenarbeit in ganz wichtigen und grundsätzlichen Fragen für die *Integration in Europa* genügen könnte.

Original Text vom 28. Nov.95 mit redaktionellen Änderungen

## "MUT ZUM AUFBRUCH" - WIE ETWA IN FRANKREICH?

Es geht nicht gut auf unserer *Welt voller Widersprüche*, in der wir Mühe haben, uns zurechtzufinden.

Die "Grossen" in unserer Wirtschaft haben sich deshalb zusammengetan, um uns in einem gemeinsamen Bericht zu mehr "*Mut zum Aufbruch*" aufzufordern. Dazu haben sie eine Reihe von *Reformen* vorgeschlagen: statt der direkten Bundessteuer eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungs-Betriebe, der SBB, der Post, des Gesundheitswesens usw. usf. Nur so könne ein Klima des *freien Wettbewerbs* geschaffen werden, das uns befähigen werde, in eine bessere Zukunft aufzubrechen.

*Wohin solche Reformen führen*, kann jeder *bei unserem französischen Nachbarn ablesen*. Gerade die grossen transnationalen Unternehmungen sollten mit solchen Vorschlägen Äusserst behutsam vorgehen. Klar, je mehr zum Beispiel öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden, desto grösser wird der damit *vom Ausland her geschürte Konkurrenzkampf* und umso billiger würden die für diese Unternehmungen wichtigen Dienstleistungen. Gleichzeitig würden damit aber auch wesentliche Dienstleistungen, die für eine sozial gesunde Gesellschaft wichtig sind, abgebaut. Der *moderne Wohlfahrtsstaat braucht nun einmal öffentliche Mittel*, um das heute ständig steigende Minimum an sozialen Leistungen bezahlen zu können. Neben dem Gesundheitswesen oder der Altersfürsorge trifft dies auch für Unternehmungen wie die SNCF in Frankreich oder die SBB in der Schweiz zu, bei denen leider immer wieder vergessen wird, dass sie allein aus ihrer Zweckbestimmung heraus gar nicht rentabel sein können: Ein *gut ausgebautes Eisenbahnnetz* ist nicht nur erforderlich, um alle nur erdenklichen Transporte für die Wirtschaft durchzuführen, sondern in erster Linie, um die

Be-wohner eines Landes einander näher zu bringen, die Dis-tanzen zwischen dem Wohn- und Arbeitsort durch das Mittel möglichst rationeller Massentransporte zu überwin-den sowie entlegene Landesteile wirtschaftlich und touri-stisch zu erschliessen.

Noch viel wichtiger ist aber heute im *Zeitalter des "Ozon-lochs"* die Bahn, um den Personen- und Warenverkehr von der Strasse wegzubringen. Wenn die *Reinhaltung unserer Luft* nicht nur ein *leeres Wort* bleiben soll, dann braucht es ein noch viel stärker ausgebautes Eisenbahnnetz; die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel sollte gratis oder nur gegen eine geringe Abgabe jedermann zugänglich gemacht werden. Das würde natürlich ein vielfaches des heutigen SBB-Defizits kosten. Es wären aber Kosten, die sich gleich wie bei allen anderen öffentlichen Dienstlei-stungen auf die Dauer nicht nur zum Vorteil einer *gesun-den Gesellschaft*, sondern auch *wirtschaftlich und politisch positiv* auswirken müssten.

Der Streik in Frankreich wird von vielen als eine *ernste Warnung* gewertet, die nichts anderes besagt als "Finger weg von den öffentlichen Dienstleistungen und den öffent-lichen Angestelllten". Breite Kreise der französischen Be-völkerung, ob Rechts, Mitte oder Links, haben offenbar diese Warnung verstanden: In dem modernen Staat des nächsten Jahrhunderts kann nicht mehr alles und jedes nach *rein wirtschaftlich-optimalistischen Gesichtspunkten* beurteilt werden. In diesem Sinne darf auch die Lösung nicht einfach in einer Kürzung der direkten Steuern (von der letztlich die Grossen und die Bessergestellten profitieren) auf Kosten einer Erhöhung der indirekten Steuern, insbesondere der Mehrwertsteuer, gesucht werden. Davon würden die Kleinen und die Schwachen verhältnismässig viel stärker betroffen werden; spitz ausgedrückt hiesse das, die *"Bedürftigen"* hätten die *sozialen Unterstützungs-programme für sich und ihresgleichen in Zukunft gleich*

*auch noch selber zu "berappen"*. Dabei würde bereits eine bescheidene Anpassung des Steuersatzes der höheren Einkommen und Geschäftsgewinne genügen, diese in unserer Zeit unvermeidlichen sozialen Kosten abzudecken.

Kein Wunder, dass im Dezember in Frankreich Millionen auf die Strasse gingen und die Mehrheit der von dieser Streikbewegung Betroffenen, trotz aller Unannehmlichkeiten für sich und ihre Familien, Verständnis für die Forderungen der Gewerkschaften zeigten - um so mehr als auch in Frankreich die grossen Unternehmungen ihre Produktion in Niedriglohnländer dislozieren und bei sich zu Hause radikal rationalisieren. Sie tun dies angeblich, um durch mehr Umsatz auf den Weltmärkten den *Fortbestand des Unternehmens* sicherstellen zu können. Die Frage ist nur: zugunsten von wem? Sicher nicht zugunsten der Hunderttausende zusätzlicher Arbeitsloser, die dabei entstehen und soziale Kosten verursachen, welche der Staat nicht mehr zu meistern vermag. Gleichzeitig wird aber vom Staat verlangt, günstigere wirtschaftliche Voraussetzungen durch den Abbau seines Defizits und weniger (direkte) Steuern und Abgaben zu schaffen.

*Widersprüche, nichts als Widersprüche* in allem und jedem: in der Wirtschaft, in der Politik, im Sozialen, in der Kultur, Erziehung und Ausbildung, in religiösen und moralischen Fragen, im Verhältnis der Generationen zueinander und in allen Bereichen menschlichen Daseins. Kein Wunder, dass bei dieser Fülle von Widersprüchen die Menschen eine tief sitzende Angst vor der Zukunft entwickelt haben. Es ist diese Angst, die bei den Wirren in Frankreich zum Ausdruck kam und die eigentlich auch dem Bericht "Mut zum Aufbruch" hätte zugrunde gelegt werden dürfen!

Original Text vom 10. Dezember 95

publiziert am 19. Dezember 95 in Basellandschaftlichen Zeitung.